



24. Juni 1924

ERNST NIEKISCH · DIE DEUTSCHE SOZIALDEMO- KRATIE

ES kam auf dem Berliner Parteitag nicht zu Skandalen. Die Opposition verhielt sich manierlich, der sächsische Konflikt wurde bereinigt, der alte Parteivorstand wiedergewählt, der Reichspräsident Ebert wurde nicht aus der Partei ausgeschlossen. Jede Gruppe war bestrebt ihren guten Willen zur Aufrechterhaltung der Parteieinheit zu betonen. War der friedliche Verlauf der Ausdruck einer letzten, zusammenfassenden und siegesgewissen Gemeinschaftlichkeit der Grundauffassung und Willensrichtung? Oder war er nur ein Symptom dessen, daß die Energieen spärlich und dürftig sind, die in den sich befehdenden Gegensätzlichkeiten wirken?

Wie seltsam ist doch diese Opposition! Sie ist nicht, wie es das Wesen der Opposition sein sollte, eine Bewegung, die vorwärts will und von Kräften des Werdenden und Zukünftigen getrieben wird; sie möchte vielmehr das Rad der Geschichte wieder rückwärts drehen und durch Ideen, die vor 30 Jahren einmal gewesen sind, die Gegenwart töten. Ebenso seltsam sind die Arrivierten, die Verteidiger des bestehenden Zustands, die Vertreter der kompakten Majorität. Eben sie finden sich in der Situation, die naturgemäß einer jugendfrischen Opposition zukäme: Sie fühlen, wie die verworrene Gegenwart neue Einstellungen und Umstellungen fordert. Aber sie tragen die Verantwortung für die Beschlüsse der Partei und für die Ausführung dieser Beschlüsse, das heißt für zahllose Fehlgriffe und Mißerfolge. Die Last der Verantwortungen lähmt sie; sie sind nicht jener rücksichtslosen Unbekümmertheit fähig, mit der die Jugend, die noch nicht in der Verantwortung sitzt, vorzustürmen, für neue Auffassungen zu werben pflegt. Die durch vielerlei Ursachen bewirkten Mißerfolge der verantwortlichen Mehrheit aber kompromittieren deren politische Anschauungen und nehmen diesen den besten Teil ihrer moralischen wie ihrer geistigen Durchschlags- und Überzeugungskraft. Diese politischen Anschauungen, die doch erst tastend und mühsam den Ansprüchen der neuen Verhältnisse sich anzupassen suchen, gelten bereits als abgewirtschaftet, ehe sie noch zu wirtschaften angefangen haben. Diejenigen, die als ungebundene und unverantwortliche Minderheit Bewegungsfreiheit haben, kämpfen für eine rettungslos dahingeschwundene Vergangenheit. Dabei steht die Hemmungslosigkeit ihres Temperaments in

einem quälenden Widerspruch zu der sachlichen Öde ihres Überzeugungsinhalts. Jene aber, deren Sinn für die inneren Gesetzmäßigkeiten der Gegenwart und Zukunft offen steht, sind durch den Druck ihrer verantwortlichen Stellung gebunden. Sie haben Wirkungen zu berechnen und Rücksichten zu nehmen, wo eine Sache bedingungslose Hingabe verlangt. Wo solche Erscheinungen innerhalb einer geschichtlichen Bewegung auftreten, da verraten sie eine gewisse Erschöpftheit der quellenhaften Ursprünglichkeit dieser Bewegung; sie stellen Krisenmerkmale dar und sind regelmäßig von der Stimmung der Müdigkeit und Resignation begleitet, von der sich auch der Berliner Parteitag ergriffen zeigte.

Wie aber geriet die ehemals so stolze und selbstsichere Sozialdemokratie in diesen krisenhaften Zustand?

Überblickt man die Politik der Sozialdemokratischen Partei innerhalb der letzten beiden Jahrzehnte, so fällt es in die Augen, daß sie auf einer sich immer gleichbleibenden charakteristischen geistigen Haltung beruht. Die Fehler und Mißgriffe, die man ihr vorwirft, sind natürliche Auswirkungen und Lebensäußerungen einer vorhandenen, klar umrissenen Wesensbeschaffenheit. Es kommt darauf an diese geistige Einstellung, diesen Wesenskern unserer Partei in aller Schärfe zu erfassen. Das gelingt nur, wenn man die Stellung der Partei zum Staat und ihre Betätigung innerhalb des Staates betrachtet. Der deutschen Sozialdemokratie ist der Staat mehr als einer andern sozialistischen Partei der Internationale zum Problem geworden. Das rührte daher, daß sie sich mehr als jede andere sozialistische Partei am Staat rieb. Bismarck hatte die Arbeiterklasse als Staatsfeind gebrandmarkt und behandelt; es war kein Wunder, daß sie sich schließlich als Feind des Staates fühlte. Der Staat erschien dieser Betrachtungsweise als der Feind des Proletariats schlechthin. Die Folge war, daß die sozialistische Arbeiterschaft niemals dem Gedanken nähertrat, wie er erobert werden könne. Sie hatte kein Interesse für konkrete Staatsgestaltung, konnte auch keines haben; kam doch für sie vorgeblich nur die Beseitigung und Ausrottung des Staates mit Stumpf und Stiel in Frage.

Der Revisionismus unternahm es, im Verein mit der Gewerkschaftsbewegung, einer andern, positiven Staatsauffassung Bahn zu brechen. Aber beide hatten in der Praxis der Partei nicht die volle Energie ihrer theoretischen Überzeugung. Sie machten dem Wortradikalismus viel zu große Konzessionen und verschafften ihm, dem schon Absterbenden, dadurch, daß sie ihm "den Wind aus den Segeln nehmen" wollten, immer neues Prestige. Sie vermieden jedes klare Bekenntnis. »Für die Dresdener Resolution haben«, wie sich Victor Adler einmal in Amsterdam ausdrückte, »auch Leute gestimmt, die man nicht drunter haben wollte.« Durch diese Zaghaftigkeit und Zweideutigkeit wurde die Partei, die sonst schon gute Fortschritte in der Staatsbejahung machte, immer wieder in die Staatsverneinung zurückgeworfen. Diese fand ihren sichtbaren Ausdruck in der Budgetverweigerung durch die Parlamentsfraktionen, die ausdrücklich durch Parteitagsbeschlüsse vorgeschrieben war. Die politische Tätigkeit der Partei erschöpfte sich in Kritik und in der Organisation dieser Kritik. Man war nach Bebel »Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft« und ihres Staates. So ergab sich, daß die Sozialdemokratie in schärfsten kritischen und durchaus einflußlosen Worten die Verantwortung für alles, was sich ereignete, ablehnte. Praktisch bedeutete:

das eine geradezu bedrückende Ohnmacht der von Jahr zu Jahr an Gefolgschaft gewinnenden Sozialdemokratie. Dieser Sachverhalt wurde von den ausländischen Bruderparteien stark empfunden. Sehr deutlich hat in dieser Hinsicht auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Amsterdam 1904 Jaurès gesprochen: »Gewiß, ihr seid eine große bewunderungswürdige Partei . . ., die dem internationalen Sozialismus das Vorbild einer konsequenten systematischen Aktion, einer wohlgegliederten und machtvollen Organisation gegeben hat . . . Aber zwischen eurer anscheinenden Macht . . . und der wirklichen Macht zu Einfluß und Tat besteht ein Gegensatz, der um so größer zu werden scheint, je mehr eure Wahlmacht zunimmt.«

Die grundsätzliche, wenn auch durch die Praxis gelegentlich gemilderte Verneinung des Staates, die Unzugänglichkeit für seine Ansprüche hatte die ideelle Folge, daß der Staat in den Bereich jener Dinge gerückt wurde, über die man sich nicht mehr den Kopf zerbrach. Nach einer sozialdemokratischen Staatsidee bestand gar kein Bedürfnis. Die wenigen staats- und verfassungspolitischen Ideale, die der Sozialdemokratie vorschwebten, waren teils Bruchstücke, die sie sich von den Vorbildern der europäischen Westmächte geholt hatte, teils einfache ideale Gegenpole der vorhandenen und bekämpften deutschen Wirklichkeit. Der Gedanke der klassen- und damit staatlosen Gesellschaft, zu dem sich die Sozialdemokratie bekannte, war niemals eine lebendige Idee. Er war immer nur ein nebelhafter, verschwommener Begriff, eine Abstraktion, ohne Blut und Dinglichkeit, und rein negativ. Er bestand in einer bloßen Verneinung des ganzen Verteidigungs- und Sicherungssystems, das sich die besitzende Klasse im Staat zum Schutz ihres Privateigentums geschaffen hatte. Der höchst positiven bürgerlichen Staatsidee stellte die Arbeiterklasse nichts annähernd Gleichgewichtiges gegenüber. Es hat fast den Anschein, als ob die materielle Besitzlosigkeit des Proletariats eine gewisse geistige Dürftigkeit zur Folge gehabt hätte, auf Grund deren es unfähig war dem vielgestaltigen Staatsgedanken der Gesättigten einen ebenso vielgestaltigen, allerdings von gegensätzlichen und andersgerichteten Prinzipien beherrschten Staatsgedanken der Hungernden entgegenzustellen. Zweifelloso deutete diese Armut der Idee auch an, daß sich im Proletariat der Wille zur Macht in kaum nennenswerter Stärke entwickelt hatte. Immer ist die Idee für den Willen zur Macht sowohl Zielpunkt, der seine Richtung verrät, wie Verschleierung, hinter der er sich versteckt, und je stärker er ist, desto glühender, brennender, lebensfrischer wirkt die Idee, die er vorantreibt. Die Farblosigkeit, die Unlebendigkeit einer Idee läßt immer den Rückschluß zu auf die Schwächlichkeit der Triebkraft, die die Idee zu verwirklichen trachtet. War so innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung die positive Kraft der Gestaltung, die Kraft des wahrhaft revolutionären und schöpferischen Aufbaus nur in sehr kärglichem Maß vorhanden, wie Jaurès einst so fein gefühlt hatte, so kamen aber auch ihre negativen, rein zerstörerischen Antriebe nicht zur eigentlichen Entfaltung. Die politische und gewerkschaftliche Tagesarbeit hatte so innige Verflechtungen zwischen der Arbeiterbewegung und dem bürgerlichen Staat hergestellt, daß ein Ansturm gegen ihn, der ihn in seinen Grundfesten hätte erschüttern können, jenseits alles Erwägenswerten lag. Da sich nun weder nach der positiven noch nach der negativen Richtung ein aufrüttelndes, durchstoßendes Handeln vollzog, lief das praktische Verhalten der Sozialdemokratie trotz allem kritischen Schwung doch nur auf eine bloße Passivität hinaus.

Damit war ganz von selbst eine gewisse Widerstandsunfähigkeit der Partei hart und brutal auftretenden staatlichen Tatsachen gegenüber gegeben. Durch nichts wird das deutlicher dargetan als durch den 4. August 1914. Noch wenige Tage vor der Kriegserklärung bekannte sich die Partei zu den antimilitaristischen und pazifistischen Gedanken, die auf verschiedenen internationalen Kongressen im Vordergrund gestanden hatten. Sie zweifelte nicht an der Interessensolidarität des internationalen Proletariats und neigte sogar zur etwaigen Ablehnung der Kriegskredite. Diese Gedanken zerstoßen in nichts, als die Kriegsgefahr unmittelbar hereingebrochen war. Weil die Partei an keiner eigenen, an Wirklichkeiten genährten staatspolitischen Auffassung der Dinge Halt fand, verlor sie sich, als sie die rationalistischen Völkerverständigungskonstruktionen aufgegeben hatte, rettungslos an bloße primitive kriegerische Abwehrtriebe. So erklärt es sich, daß die Partei gelegentlichen annexionistischen Anwandlungen zum Opfer fiel. Da sie einen politischen Schwergewichtspunkt in sich nicht besaß, schwankte sie haltlos in den Stürmen der erregten Zeit. Es wäre denkbar gewesen, daß die Partei, indem sie mit durchdringendem Blick die kriegspolitische Sachlage erfaßte, der Niederlage des Deutschen Reiches vorbeugte. Sie hätte eine freiheitliche Innenpolitik erzwingen können, die der Entente ihr wirksamstes moralisches Kampfmittel gegen Deutschland aus der Hand geschlagen hätte und gleichzeitig die Voraussetzung für rechtzeitige und verheißungsvolle Friedensverhandlungen gewesen wäre. So allein hätte sie dem wahren Interesse des deutschen Volkes gedient. Sie hätte sich vor allen Dingen zur Trägerin jener Politik machen sollen, die man als Ostorientierung bezeichnet hat, und die in den Jahren 1915, 1916, 1917 hier verfochten wurde. Aber ahnungslos stand sie Stuermer, verständnislos Kerenskij gegenüber. Statt der Verständigung mit Rußland ließ sie Brest Litowsk geschehen. Ebenso wie sie 5 Jahre später, statt die Verständigung mit Frankreich zu bewirken, den Ruhrkrieg mitmachte. Freilich, um jene selbständige Politik zu treiben, dazu hätte die Partei aus der Glut einer lebendigen Idee und dem Selbstvertrauen in das eigene Können heraus handeln müssen. Indes fehlten sowohl diese Glut wie das Selbstvertrauen. Die Kriegspolitik der Partei war infolgedessen nur ideenlose Handwerkelei, die neben dem politischen Gestümper des Bürgertums einherhumpelte und, wie Scheidemanns Buch über den Zusammenbruch beschämend erweist, kläglich im Fahrwasser der Unzulänglichkeiten Bethmann Hollwegs segelte. Die Kriegspolitik der Sozialdemokratie war keine Tat sondern von Anfang bis zu Ende ein Ausweichen vor der Tat..

Nach der militärischen Niederlage und dem Zerfall des alten Staates schlug die geschichtliche Stunde für die Partei. Nahezu das gesamte deutsche Volk setzte seine Hoffnungen auf die Sozialdemokratie; sie hatte fast unbeschränkt die Macht Deutschlands in Händen. Man erwartete Großes und Durchgreifendes von ihr. Es kostete die Partei keine Mühe jene politischen Forderungen zu verwirklichen, die sie aus dem westlichen Kulturkreis übernommen hatte. Die republikanische Staatsform, das parlamentarische System, das Frauenwahlrecht waren mit einem Federstrich eingeführt. Damit aber hatte sich die Partei bereits ausgegeben; ihr Fonds an staatspolitischem Gedankengut war erschöpft. Die Augen eines ermatteten Volkes waren hungrig und dürstend auf die Partei gerichtet; sie aber stand mit leeren Händen da. Was war da zu tun?

Die Idee, die für die Sozialdemokratie in Frage kam, war die Idee der lebendigen, sozialen, einheitlichen deutschen Demokratie. Die ganze Last der Verantwortung dafür, daß dies Werk auch gelinge, ruhte auf ihren Schultern. Es mußten die Voraussetzungen der Demokratie in kürzester Zeit förmlich aus dem Nichts gestampft werden. Die Verfassungsgebende Nationalversammlung mußte bei ihrem Zusammentritt den demokratischen Boden bereits als fraglos feststehende Tatsache vorfinden. Es handelte sich darum mit Energie und Nachdruck in den entscheidenden Novembertagen dem damals noch willigen deutschen Volk den demokratischen Lebensstil aufzuprägen. Der Rätegedanke, der als Phrase viele Köpfe verwirrte, mußte in seiner tiefen Bedeutung: als Gestaltungswille des Schaffenspostulats, erkannt, der in den Sozialistischen Monatsheften beschriebene und geforderte Aufbau unserer Innenwirtschaft, mit seiner Krönung in einer Kammer der Arbeit, mußte unverzüglich begonnen werden. Das wäre die Grundlage der sozialen Demokratie in Deutschland gewesen. Indes, nichts von alledem geschah. Demokratie war für die Partei keine schöpferische Aufgabe, eine Forderung an die Erziehung, sie war nur der Vorwand nichts selbst zu tun, nichts selbst zu verantworten, nichts allein in die Hand nehmen zu müssen. Das zeigte sich deutlich genug während der wenigen Wochen, da sie mit sichtbarem Unbehagen fast ausschließlich die Regierungsgewalt in ihren Händen hatte. Immer hatte die Partei den deutschen Einheitsstaat verlangt. Daß diese Programmforderung aber kein politisches Bekenntnis sondern nur eine papierne Meinungsäußerung war, erwies sich jetzt. Die Partei brachte in jenen Tagen ihrer Macht keine große deutsche Bewegung zur Entflammung; sie ließ alles beim alten, nur die monarchischen Spitzen waren abgebrochen. Von einem Großdeutschland wagte niemand zu reden. Der Anschluß Deutsch Österreichs wurde ängstlich abgewehrt. Die Partei begriff auch nicht, daß die Republik einer unbedingt zuverlässigen Wehrmacht bedurfte, die ein behaftendes Verhältnis zum demokratischen Staat und zu sozialen Gedankengängen besaß. Und die außenpolitischen Dinge gar ließ sie nach dem Novemberzusammenbruch treiben, wie sie eben liefen. Hier zeigte sich noch deutlicher als in der Wirtschaft die Scheu vor jedem konstruktiven Gedanken. Das war um so folgenreicher, als schließlich doch die Innenpolitik von der Außenpolitik beherrscht wird. Die deutsche Republik hat Ansehen und Autorität auch im Innern doch vor allem infolge ihrer endlosen nationalen Demütigungen verloren. Zwar redete die Partei gewiß von Völkerverständigung und Versöhnung, von materieller und moralischer Wiedergutmachung. Indes handelte es sich dabei im Grund nur um den vagen, schlagwortähnlichen Ausdruck schwächerer Wünsche, nicht um energiereiche, das Bewußtsein bezwingende, das Handeln bestimmende Leitgedanken. Zu der konkreten und faßbaren Ausgestaltung jener allgemeinen sozialdemokratischen Völkerverständigungshoffnungen, der Idee der Kontinentalpolitik, trat die Partei in kein Verhältnis: sie fühlte dumpf, wie sie dadurch zu einer unbequemen Aktivität verpflichtet worden wäre, die etwas wagte, die Ungewöhnliches tat, die klare Sachlagen herbeiführte und den Mut zur Konsequenz hatte. Sie riß sich, auch wenn sie die unmittelbare Regierungsverantwortung trug, nie von den Methoden einer veralteten und bei der Ohnmacht vollends lächerlichen Machtstaatspolitik los. Hierin aber waren ihr die bürgerlichen Parteien überlegen. Vom Standpunkt solcher Politik aus konnte die Sozialdemokratie immer, was denn auch geschah, als

vaterlandslos gebrandmarkt werden. Indem sie der alten Machtstaatspolitik keine neue, scharf umrissene Völkerpolitik entgegensetzte, wirkte sie auch nicht als Verkörperung einer außenpolitischen Idee. Die Zustimmung zur "Erfüllungspolitik", die jetzt nach der Vorlage des Sachverständigengutachtens dem Reichstag durch die Macht der Verhältnisse abgetrotzt wurde, erscheint als Kapitulation vor der Übergewalt verhängnisvoller Tatsachen und nicht als Sieg der bessern außenpolitischen Einsicht der Sozialdemokratie. Daher fallen der Sozialdemokratie auch keine Früchte in den Schoß, im Gegenteil, die Reichstagswahl, die bereits im Zeichen des Sachverständigengutachtens verlief, endete mit einer schweren Niederlage der Partei, und Hilferding klagte auf dem Parteitag: »Den Erfolg der Erfüllungspolitik ließen uns die bürgerlichen Parteien schon bei der jetzigen Regierungsbildung nicht teilen.«

Da im Herbst 1918 und im Frühjahr 1919 die Sozialdemokratie darauf verzichtete Geschichte zu machen, erhoben sich alsbald wieder die alten Mächte; sie spürten keine feste Hand und keinen sichern Griff, so war es ihnen klar, daß sie bald wieder obenauf sein würden. Die Partei zeigte in der Stunde der Entscheidung, daß sie sich nicht auf das Herrschen verstehe; damit bestimmte sie sich selbst dazu wieder dienen zu müssen. Sie entfaltete keine formgebende Kraft; die Folge war, daß sie wieder zum Stoff wurde, dem von außen her fremde Form aufgezwungen wurde. Die Partei war passiv, als sie sich in höchster Aktivität hätte entfalten müssen. Die Gegenrevolution gewann nicht an Boden, weil sie sich etwa durch Kühnheit ausgezeichnet hätte; ihr fielen vielmehr die Erfolge ähnlich in den Schoß wie der Sozialdemokratie im November 1918 ihre "Errungenschaften".

Es bestand die Möglichkeit durch eine weitsichtige Koalitions politik das Bürgertum anzuspannen am Auf- und Ausbau der sozialen Demokratie mitzuwirken. Das hätte allerdings vorausgesetzt, daß die Sozialdemokratie stets aus eigenem freien Entschluß Koalitions politik trieb, wenn das politische Urteil sie als notwendig erkannte. Nichts war schädlicher als jenes leidende Verhalten, das Hermann Müller in seinem letzten Parteivorstandsbericht so umschrieb: »Wir waren eigentlich nur in der Regierung, wenn nichts anderes übrigblieb.« Damit lag die Initiative stets beim Gegner. Es war zu wenig, daß die Sozialdemokratie bei ihrer Koalitions politik nur darauf eingestellt war "das Schlimmste zu verhüten". Erstrebte sie nicht mehr, dann war sie schon von vornherein in bloße Defensivstellung gedrängt. Und in dieser Defensivstellung, in der sich eine schaffende Tat nicht vollbringen läßt, ist sie im Reich dann auch bis jetzt verblieben. (Nur in Preußen hat die Partei, dank der klaren Orientierung des sozialdemokratischen Innenministers, noch die Möglichkeit einer Machtbetätigung. Doch wird diese vom Reich her immer wieder unterbunden. Immerhin ist Preußen das einzige deutsche Land, in dem es nicht gelungen ist die Sozialdemokratie politisch zu expropriieren.)

Das ist im großen und ganzen die Situation, in der sich die deutsche Sozialdemokratie augenblicklich befindet. Wie hart auch vieles klingen mochte: es war keine Anklage, nur eine Feststellung. Die bloße Analyse führt uns zu der im Verlauf der Darlegung schon angedeuteten Einsicht: Die Partei erwies sich in ihrer Haltung, ihrer Politik als die Partei des kleinen, ausgebeuteten und unterdrückten Mannes, der keine Herrscherüberlieferung, keinen Herrscherwillen besitzt. Er sehnt sich nach Befreiung von vielen

Ketten, aber seine Sehnsucht ist gestaltlos. Er weiß nicht, was er morgen, übermorgen tun soll. Er ermangelt des freien Herrscherblicks, der die Gesamtheit der sozialen Tatsachen umfaßt und mit großem Zug zu disponieren weiß. Damit sind wir bei jener Marxschen Erkenntnis angelangt: daß das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein der Menschen bestimme. Das enge gesellschaftliche Sein des unterdrückten, ausgebeuteten Proletariers war kein günstiger Nährboden für einen weitausgreifenden politischen Willen, der einer Welt sein Gesetz aufzudrücken versucht.

Gibt es aber keinen Ausweg aus diesem furchtbaren Zirkel: daß das ärmliche gesellschaftliche Sein von einem engen, selbstunsichern Bewußtsein begleitet ist, und daß hinwiederum aus diesem Bewußtsein keine Kräfte quellen, um das gesellschaftliche Sein umzugestalten? Während des Zustandes staatlicher Schwäche in den letzten 6 Jahren entstand zweifellos innerhalb des Proletariats eine gewisse Gewohnheit der Freiheit. Das gesellschaftliche Sein der Arbeiterschaft erfuhr trotz all dem Schweren, das seit 1918 über sie hinwegging, Auflockerungen und Erhöhungen. Jetzt muß diese Gewohnheit der Freiheit ihre Feuerprobe bestehen. Sie kann der Ursprung einer frisch aufflammenden, republikanischen, sozialen und demokratischen Bewegung sein. Aus ihr kann die Sozialdemokratie neuen Auftrieb empfangen. Wird das geschehen? Wir dürfen uns nicht damit begnügen zu fragen und abzuwarten. Wir müssen zu Taten kommen. Und wir müssen eines immer im Auge haben: Nicht die Formen der politischen Verfassung sind entscheidend. Nur auf die Substanz der Politik kommt es an. Und in dieser wiederum hat die Außenpolitik den Primat. Begreift sie dieses, dann kann die deutsche Sozialdemokratie die wirkliche Sachwalterin des deutschen Volkes werden und endlich an die Aufgabe gehen, die ihr von Pflicht wegen zufällt: in einer Konzentration aller produktiven Kräfte Deutschlands die deutsche Wirtschaft aufzubauen.

FRITZ BAADÉ · HAT DIE DEUTSCHE LANDWIRTSCHAFT VERSAGT?



FAST 6 Jahre sind vergangen, seitdem der Krieg durch den Waffenstillstand beendet wurde, und die Umstellung unserer Produktion auf die Friedenswirtschaft, der innere Wiederaufbau und die Überwindung der Kriegsschäden in Angriff genommen wurden. Diese 6 Jahre waren aber gerade auf wirtschaftlichem Gebiet alles andere als eine Friedenszeit; sie waren mehr als je erfüllt von wilden Kämpfen und Stürmen, den Folgen unseres Währungsverfalls. Nachdem durch die Schaffung einer neuen Währung und deren bisher gelungene Stabilisierung auch diese Periode abgeschlossen ist, kann man darangehen die einzelnen Zweige unserer Wirtschaft daraufhin zu untersuchen, wie weit sie sich gegenüber den zerstörenden Einflüssen der Inflationszeit nicht nur behauptet sondern auch darüber hinaus ihren besonderen Aufgaben im Produktionsprozeß gewachsen gezeigt haben. Dies soll heute für die Landwirtschaft geschehen. Dabei muß die Frage, ob die Landwirtschaft versagt habe, in einem doppelten Sinn beantwortet werden: zunächst absolut, durch eine reine Konstatierung des Tatbestands, sodann relativ und wertend, wobei also Leistungen und Fehler in Vergleich zu den Leistungen und Fehlern anderer Wirtschaftszweige betrachtet werden müssen.

Beginnen wir mit der Feststellung des Tatbestands. Wir müssen uns hier fragen: Welches waren die produktiven Aufgaben der Landwirtschaft in der Nachkriegszeit? Welche Möglichkeiten boten sich für eine erfolgreiche Bewältigung dieser Aufgaben, welche besonderen Schwierigkeiten traten auf? Und wie weit hat es schließlich die Landwirtschaft verstanden den Schwierigkeiten zu begegnen und die Möglichkeiten zu nutzen?

Unter den Aufgaben steht die Überwindung der Kriegsschäden im eigenen Betrieb an erster Stelle. Durch die lange Dauer des, unter äußerster Ausnutzung aller Hilfsquellen geführten Krieges waren die landwirtschaftlichen Produktivkräfte auf allen Gebieten erschöpft. Bis zum letzten Mann und bis zum letzten Roß war jede nur irgendwie taugliche menschliche und tierische Arbeitskraft in den Dienst des Heeres gestellt gewesen; was bei der Demobilisierung in die Betriebe zurückströmte, war nicht nur an Zahl dezimiert sondern auch, Mann und Tier, in seiner Leistungsfähigkeit weitgehend geschwächt. Der Acker war durch lange unzureichende Bearbeitung und erzwungenen Raubbau vernachlässigt und ausgepowert. Der Viehstand war geradezu verwüstet. Eine Reduktion unseres Viehstands war durch den Fortfall der Futtermiteinfuhr und die Einschränkung unseres Nahrungsmittelspielraums, die eine mehr vegetabile Kost zur Notwendigkeit machte, an sich unvermeidlich; die verspätete Einsicht in diese Tatsache und die blindwütige Betätigung eines ungeheuren bürokratischen Apparats hatten uns statt einer planmäßigen, den spätern Wiederaufbau berücksichtigenden Reduktion den berüchtigten Schweine-, Ferkel- und Rindermord gebracht.¹ Die Schäden des zahlenmäßig verminderten Viehstands wurden noch durch ungünstigen Altersaufbau, schlechte Futtermittelverwertung und geringe Qualität des produzierten Stalldüngers vergrößert. Auch die Kunstdüngerversorgung der Landwirtschaft mußte gegenüber den unmittelbaren Kriegserfordernissen zurücktreten, da die Stickstoffproduktion zur Munitionserzeugung gebraucht wurde, und Auslandsphosphate, außer Thomasmehl aus den lothringischen Gruben, nicht hereinkamen. Maschinen und Gebäude konnten aus Mangel an Arbeitskräften, zum Teil wegen der Knappheit der nötigen industriellen Rohstoffe (Kupfer, Leder-, Spinnstoffe, Zement) nicht instand gehalten werden; was etwa an Maschinen angeschafft wurde, war minderwertiger Kriegersatz. Der Betriebsleiter stand also vor der Aufgabe seinen Betrieb in allen Bestandteilen: Acker, Viehstand, Gebäude und Inventar, wiederaufzubauen, und dieser Wiederaufbau mußte mit der größten Energie und vor allem der größten Planmäßigkeit vorgenommen werden, unter Berücksichtigung auch der aus dem organischen Charakter des Landguts hervorgehenden Beziehungen und Wechselwirkungen.

Aber die Landwirtschaft hatte nicht allein die Aufgabe ihre Leistungen möglichst rasch wieder auf die Vorkriegeshöhe zu steigern, die ganze Lage unserer Volkswirtschaft erforderte gebieterisch eine Produktionssteigerung noch über dieses Maß hinaus. Die Lebensmittelnot während des Krieges hatte der gesamten Bevölkerung die Wichtigkeit der landwirtschaftlichen Produktion nachdrücklich vor Augen gerückt und die Unabhängigkeit unserer Lebensmittelversorgung vom Ausland als ein höchst erstrebenswertes Ziel erscheinen lassen. Dazu wirkten die sich aus den Währungsverhältnissen ergebenden

¹) Siehe dazu *Schulz Die Kriegskartoffelpolitik, die Schweinemassenschlachtung und unsere Partei, in den Sozialistischen Monatsheften 1916 I Seite 82 ff.*

den Einfuhrschwierigkeiten jahrelang wie eine Fortsetzung der Blockade. Obendrein stand das erste Jahr nach dem Krieg stark unter dem Zeichen einer allgemeinen Weltknappheit an Urprodukten, besonders Lebensmitteln und industriellen Rohstoffen. Diese Knappheit schlug 1920 allerdings in ihr Gegenteil um; es begann sich ein Weltüberfluß an Nahrungsmitteln zu zeigen, der als Weltagrarkrisis noch immer andauert. Ein richtig aufgestelltes Produktionsprogramm mußte also diese weltwirtschaftlichen Zusammenhänge berücksichtigen. Nicht eine schematische Produktionssteigerung auf allen Gebieten war das Ziel, das der einzelne Betriebsleiter und die gesamte Landwirtschaft sich zu stellen hatten, es handelte sich vielmehr darum die Produktivkräfte im Rahmen der auf dem Weltmarkt sich regulierenden internationalen Arbeitsteilung zu entwickeln.

Zu den eigentlichen Produktionsaufgaben der Landwirtschaft treten solche wirtschaftspolitischer und sozialpolitischer Art. Nicht nur der Krieg hatte ein Trümmerfeld hinterlassen; es galt auch die chaotische Hinterlassenschaft der Vorkriegszeit zu entwirren: die Landarbeiterfrage. Die soziale und rechtliche Stellung der Landarbeiter, besonders im Norden und Osten, entsprach nicht der allgemeinen ökonomischen und politischen Entwicklung der Arbeiterklasse in Deutschland. Durch die Revolution war der Anstoß gegeben mit einem Sprung das nachzuholen, was sonst nur in der langsamen Entwicklung von Jahrzehnten zu erreichen war. Wirtschaftlich konnte aus diesem Versuch sich zunächst nur ein Zustand der Gärung ergeben, der den produktiven Aufgaben wenig förderlich war, wenn auch eine künftige günstige Gestaltung der Produktion nur auf einer gesunden Lösung dieser Probleme aufgebaut sein kann.

Ganz besonders erschwert wurden der Landwirtschaft ihre Aufgaben durch die aus der Kriegszeit übernommene Zwangswirtschaft. Die Erfordernisse der Kriegswirtschaft hatten es mit sich gebracht, daß ganz Deutschland mit allen Vorräten, Arbeitskräften und Hilfsmitteln wie eine belagerte Festung behandelt wurde, wobei natürlich der Gedanke der Produktion gegenüber dem der Verteilung in den Hintergrund gedrängt wurde. Dieses System der Zwangswirtschaft war so tief in den wirtschaftlichen Organismus hineingewachsen, daß bei der Umstellung auf die Friedenswirtschaft nicht eine schnelle Beseitigung sondern nur ein langsamer Abbau möglich war. Leider waren aber bei der Art und dem Tempo dieses Abbaus noch immer viel zu wenig die Forderungen der Produktion maßgebend, vielmehr wurden gerade die wichtigsten Fragen von einem sehr kurzichtigen Konsumentenstandpunkt aus behandelt. Es wird weiter unten noch nachzuweisen sein, wie gerade der wichtigste der noch vorhandenen Minusposten unserer landwirtschaftlichen Produktion, die an Menge und noch viel mehr an Leistung verminderte Milchviehhaltung, auf das Konto solcher "Konsumentenpolitik" zu setzen ist.

Die einschneidendsten Einwirkungen auf den landwirtschaftlichen Wiederaufbau gingen aber von der Inflation aus. Diese Zusammenhänge sind hier bereits ausführlich behandelt worden.² Die wichtigsten Folgeerscheinungen der Inflation für die Landwirtschaft waren die Befreiung von der Hypothekenschuld und die gewaltig gesteigerte Kaufkraft ihrer Produkte gegenüber allen industriell erzeugten Produktionsmitteln (Maschinen und Kunst-

2) Siehe Baadé Die deutsche Landwirtschaft nach dem Krieg, in den Sozialistischen Monatsheften 1923 Seite 657 ff.

dünger). Daß diese Inflationszeit auf der andern Seite ihre Gefahren hatte und an die kaufmännischen Fähigkeiten des Betriebsleiters sehr hohe Anforderungen stellte, ist hier ebenfalls dargelegt worden. Soweit die Landwirte sich dieser Situation gewachsen zeigten und die aus den Preisrelationen sich ergebenden Gewinne für ihre Betriebe ausnutzten, fiel ihr privatwirtschaftliches Interesse durchaus mit dem volkswirtschaftlichen zusammen.

Wir wollen uns nun einmal vorstellen, welche Entwicklung ein landwirtschaftlicher Musterbetrieb hätte durchmachen müssen, der, unter Verzicht auf besondere Spekulationsgewinne, mit hervorragender kaufmännischer und technischer Tüchtigkeit durch die Wirren der Inflationszeit hindurchgesteuert wurde, und wie ein solcher Betrieb heute aussehen müßte.

Der Wiederaufbau dieses Betriebes begann mit der Auflösung des Heeres, indem sich der Betriebsleiter aus den freiwerdenden Pferdebeständen die nötige Zahl tierischer Arbeitskräfte sicherte. Die ersten beiden Jahre nach dem Krieg waren sehr schwer. Die Erträge des Ackers waren durch den Krieg sehr stark zurückgegangen; auch die sorgfältigste Bearbeitung konnte sich nur in einer sehr allmählichen Steigerung der Erträge auswirken. Trotzdem bildete sie die Grundlage für das kommende Wiederaufbauprogramm. Die Vermehrung des Viehstands konnte, da wirtschaftsfremde Futtermittel kaum erhältlich und viel zu teuer waren, nur ganz langsam, Hand in Hand mit der Steigerung der Ackererträge, vorgenommen werden. Da fast sämtliche Produkte noch unter Zwangswirtschaft standen, war ihre Kaufkraft gegenüber den Produktionsmitteln gering. Neuanschaffungen von Maschinen konnten nur mühsam bestritten werden. Auch für den Kunstdünger war die Preisrelation ungünstig, außerdem stand er im 1. Nachkriegsjahr nur in sehr geringen, erst langsam wachsenden Mengen zur Verfügung. Wenn trotz all diesen Schwierigkeiten nicht nur die Existenz der Wirtschaft behauptet sondern auch eine allmähliche Steigerung der Produktion erreicht wurde, so war dies nur durch die immer vollständiger werdende Befreiung von Hypotheklasten und den Abbau der Zwangswirtschaft möglich. Im 2., vor allem aber im 3. Nachkriegsjahr trat dann der Umschwung zur Hochkonjunkturperiode ein. Es begann die Zeit der billigen Maschinen und des billigen Kunstdüngers. Haupterfordernis für den Betriebsleiter war durch den Schleier der hohen Papiergeldzahlen hindurch diese Tatsache zu begreifen und sie mit aller Energie zu nutzen, wobei er sich auch darüber im klaren sein mußte, daß diese Preisrelation so günstig war, daß sie unmöglich von langer Dauer sein konnte. Es handelte sich also um eine einmalige, nie wiederkehrende Gelegenheit nicht nur alle Kriegsschäden auszugleichen sondern die Ertragsfähigkeit der Wirtschaft nachdrücklich und anhaltend zu erhöhen und ihr für alle künftigen Krisen eine gesicherte Grundlage zu schaffen. Durch gesteigerten Kunstdüngerverbrauch, der nicht allein den Raubbau der Kriegsjahre sondern auch die nach Qualität und Quantität verminderte Stallmistproduktion ausgleichen mußte, wurden die Ackererträge wiederhergestellt. Ob es dabei möglich war die Vorkriegserträge zu erreichen oder sie gar zu überschreiten, hing, wie noch zu zeigen sein wird, von der Art der Viehhaltung und der Grundlage der Futtermittelbeschaffung ab. Gleichzeitig wurden der Maschinenpark und das gesamte tote Inventar wiederhergestellt oder vollständig neu beschafft. Das Ziel war dabei das Budget der Wirtschaft auf Jahre hinaus von allen Neuanschaffungen und größeren Reparaturen zu be-

freien und den Aufwand an menschlichen und tierischen Arbeitskräften durch arbeitsparende Einrichtungen aufs äußerste zu vermindern. Dieses beides: der vermehrte Kunstdüngerverbrauch und die Wiederherstellung des toten Inventars, ließ sich in den Jahren 1921 und 1922 aus den laufenden Erträgen der Wirtschaft bestreiten, auch zu einem gründlichen Durchreparieren aller Gebäude sowie zu kleineren, unbedingt nötigen Neubauten langten die Gewinne dieser Jahre. Voraussetzung war allerdings, daß auf allen kostspieligen Luxus in der persönlichen Lebenshaltung verzichtet wurde. Darüber hinausgehende Substanzgewinne, etwa in Gestalt umfangreicher Neubauten an Wirtschaftsgebäuden oder gar Wohnhäusern, dürften aber wohl fast überall nur durch besondere Inflationsgewinne (Papiermarkkredite) möglich gewesen sein. War so eine allmähliche Wiederherstellung und sogar eine gewisse Vermehrung der Vermögenssubstanz in den Inflationsjahren unschwer zu erreichen, so bildete die Schaffung und Erhaltung von Betriebsmitteln und Reserven ein viel schwierigeres Problem. Immerhin boten sich auch hierfür Möglichkeiten, insbesondere durch die Beschaffung von Kunstdüngervorräten über den Bedarf des laufenden Jahres hinaus.

Eine spezielle Stellung nimmt der Wiederaufbau des Viehstands ein. Es läßt sich hier kein Normalzustand angeben, der von jeder gut geleiteten Wirtschaft zu erreichen gewesen wäre. Es ist vielmehr zwischen Wirtschaften mit einer gesicherten respektive ausbaufähigen Futterbasis und solchen, die auf Zukauf von Futtermitteln angewiesen sind, zu unterscheiden. Bei den ersten konnte die Viehhaltung der Vorkriegszeit in organischer Entwicklung wiederhergestellt werden. Es brauchte nur die Aufzucht mit der Steigerung der Ackererträge Hand in Hand zu gehen. In vielen derartigen Wirtschaften bestand sogar die Möglichkeit den Viehstand gegenüber der Vorkriegszeit zu erhöhen, sei es durch gesteigerten Kunstdüngerverbrauch auf Wiesen und Weiden sei es durch die Umgestaltung bisher ziemlich ertragloser Ländereien und geringer Weiden mit den Mitteln neuzeitlicher Grünlandtechnik. Im Zusammenhang mit der Vermehrung des Viehstands ist in derartigen Wirtschaften dann auch oft eine Steigerung der Ackererträge über die Vorkriegsernten hinaus zu beobachten. Anders dagegen in den sogenannten Abmelkewirtschaften. Auch der tüchtigste Betriebsleiter vermochte hier nichts gegen die Fehler einer kurzsichtigen Konsumentenpolitik auszurichten. Die Bedeutung der Milch als des wichtigsten unentbehrlichsten Nahrungsmittels führte dazu, daß die Milch auch noch lange nach Aufhebung der Zwangswirtschaft für alle anderen Produkte, bis in das 5. Nachkriegsjahr, noch immer unter behördlicher Preisregulierung stand. Der künstlich niedriggehaltene Milchpreis erlaubte aber nicht die Verwendung käuflicher oder gar vom Ausland importierter Kraftfuttermittel. So verschwand der Typus der Abmelkewirtschaft, und in den ehemaligen Abmelkewirtschaften konnte nur noch so viel Milchvieh gehalten werden, wie sich mit der eigenen Futtermittelproduktion dieser Wirtschaften erhalten ließ, das heißt etwa die Hälfte des Vorkriegsbestands. Durch diese Preispolitik wurden nun gerade diejenigen Wirtschaften betroffen, die für unsere landwirtschaftliche Produktion und für die Ernährung der städtischen Bevölkerung die größte Bedeutung haben: die intensiven Rübenwirtschaften. Mit der zwangsläufigen Verminderung des Rindviehbestands mußte auch die Stallmistproduktion und damit der Ertrag an Zuckerrüben und allen anderen Ackerfrüchten hinter den Vorkriegserträgen zurückbleiben. Alle Tüch-

tigkeit des Betriebsleiters (vermehrter Feldfutterbau, stärkere Kunstdünger-
verwendung, bessere Futter- und Mistkonservierung) konnten die Fehler einer
produktionsschädigenden Preispolitik nur mildern, nicht ausgleichen.

Wollen wir daher das Gegenwartsbild einer in den Inflationsjahren muster-
haft geleiteten Wirtschaft zeichnen, so müssen wir nach der Art ihrer Futter-
mittelversorgung 2 Typen unterscheiden. Die von fremden Futtermitteln un-
abhängige Wirtschaft ist in jeder Beziehung wieder auf der Höhe ihrer Vor-
kriegsleistungen, in manchen Fällen sind sogar Fortschritte gegenüber der
Zeit vor dem Krieg erzielt worden. Diese Fortschritte können sich in gestie-
genen Ackererträgen, in vermehrter Viehhaltung oder in verbessertem Nutz-
effekt der Arbeitsleistung infolge vermehrter Maschinenanwendung auswir-
ken. Besonders weitgehend sind die Fortschritte dort, wo die moderne
Grünlandtechnik den Betrieb auf eine völlig neue Grundlage gestellt hat.
Anders in der Wirtschaft, die vor dem Krieg ihren Rindviehbestand und da-
mit ihren Rübenbau und ihre Hektarerträge nur durch Zukauf von Kraft-
futtermitteln aufrechterhalten konnte. Auch in dieser Wirtschaft sind, wenn
sie musterhaft geleitet war, zwar die Gebäude, das Arbeitsvieh und das tote
Inventar in allerbestem Zustand, es sind vermutlich sogar maschinelle Ver-
besserungen eingeführt worden. Der Kunstdüngerverbrauch ist gestiegen.
Trotzdem hat die Anbaufläche der Hackfrüchte vermindert werden müssen,
und die Hektarerträge konnten trotz aller Mühe nicht wieder völlig auf die
Vorkriegshöhe gebracht werden. Der Milchviehbestand bleibt in dieser Wirt-
schaft an Größe und Leistung gegenüber der Vorkriegszeit weit zurück.
Während der ganzen, für die Landwirtschaft sonst günstigen Jahre hat eine
produktionsfremde Preispolitik diesen Hauptpunkt des Wiederaufbaus lahm-
gelegt; jetzt, nachdem die Preisrelation zwischen Milch und Futtermitteln
plötzlich günstig geworden ist, verbietet die allgemeine Kapitalknappheit
das Versäumte mit der nötigen Schnelligkeit nachzuholen.

Wenden wir den Blick von dem hier entworfenen Bild einer Musterwirtschaft
zu der großen Masse der landwirtschaftlichen Betriebe, so bemerken wir,
höchstwahrscheinlich mit Erstaunen, daß der größte Teil der Postulate, die
hier für eine Musterwirtschaft aufgestellt wurden, in der großen Praxis tat-
sächlich verwirklicht ist. Mögen im einzelnen auch viele Fehler und Unter-
lassungssünden begangen worden sein: im großen und ganzen ist doch der
landwirtschaftliche Wiederaufbau folgerichtig durchgeführt. Mit der einen
erwähnten Ausnahme, die aber nicht der Landwirtschaft zur Last zu legen
ist, ist in Viehhaltung und Ernteerträgen größtenteils das Vorkriegsniveau
wieder erreicht, zum Teil sogar überschritten. Die maschinelle Ausstattung
der Betriebe ist fast überall verbessert, die Gebäude sind in gutem Zustand.
Wenn trotzdem durchweg über eine schwere wirtschaftliche Notlage geklagt
wird, so liegt dies vor allem an dem Mangel an flüssigem Betriebskapital.
Daß es der Landwirtschaft ganz allgemein nicht gelungen ist dieses schwie-
rigste aller Probleme der Inflationszeit zu bewältigen, nämlich außer der
eigentlichen Vermögenssubstanz noch reichliche flüssige Mittel in die Stabili-
sierungszeit hinüberzuretten, daraus kann ihr unmöglich ein Vorwurf ge-
macht werden, denn das haben in allen Wirtschaftszweigen nur ganz wenige
Bevorzugte fertiggebracht. Natürlich sind auch sonst viele Fehler gemacht
worden. Es gibt wohl keinen Betriebsleiter, der an die Zeit der günstigen
Kaufkraftrelation nicht mit dem berühmten "Hätt' ich doch" zurückdächte.
2 Fehler sind so allgemein, daß sie geradezu als typisch bezeichnet werden

können: 1. die Anschaffung von Luxusgegenständen statt produktiver Anlagen, 2. die Überschätzung der voraussichtlichen Dauer der guten Konjunktur. Noch heute sind viele Betriebe mit einem allzu umfangreichen Neubau- und Investitionsprogramm belastet, das in jenen Jahren begonnen wurde, aber nicht mehr vor dem Umschwung zu Ende geführt werden konnte. Im allgemeinen ist aber der Fehler der Luxusanschaffungen von geringerer Bedeutung als man für gewöhnlich glaubt. Der Städter, der die berühmten Klaviere auf dem Bauernwagen hat hinausfahren sehen, und der dann auf einem Bauernhof eine notwendige Maschine nicht vorfindet, bedenkt nicht, daß der Landwirt, der das Klavier kaufte, in der Regel ein ganz anderer ist als der Landwirt, der den Maschinenkauf unterlassen hat; meist gehören sie sogar ganz verschiedenen Wirtschaftskreisen an. In meiner Heimat kann man geradezu 3 Typen von Dörfern unterscheiden. Zur 1. Kategorie gehören die Dörfer des reichen Leinetals mit einer Bauernbevölkerung, die schon vor dem Krieg sehr wohlhabend war. Hier waren von jeher die Betriebe mit allen erforderlichen Sachkapitalien reichlich ausgestattet; es galt also nur den verhältnismäßig geringfügigen Kapitalverschleiß während des Kriegs auszugleichen. Die Hauptmasse der Gewinne aus den Jahren 1921 und 1922 konnte daher lediglich in Gegenständen des persönlichen Bedarfs eine wertbeständige Anlage finden. Die 2. Kategorie bilden die Dörfer der Seitentäler, mit etwas geringeren Böden und weniger günstiger Verkehrslage. Hier herrschte vor dem Krieg zwar nicht geradezu Armut, aber doch eine fühlbare Kapitalknappheit, infolge deren eine ganze Reihe von Betriebsverbesserungen immer wieder hatte zurückgestellt werden müssen. Dies sind die Dörfer, die in produktiver Hinsicht am meisten gewonnen haben, in die die meisten Sämaschinen, Grasmäher, Getreidemäher, Zentrifugen usw. über den Vorkriegsbestand hinaus neu hineingekommen sind. Die Zone dieser Dörfer ist zugleich die Zone der umfangreichen Elektrifizierung des platten Landes. Während die Dörfer der 1. Zone meist schon vor dem Krieg elektrischen Anschluß hatten, kamen die Dörfer der 2. Zone meist in den Inflationsjahren überaus wohlfeil zu ihrer elektrischen Anlage. Mit dem elektrischen Licht und den zahlreichen, ebenfalls sehr günstig gekauften Elektromotoren hat sich die persönliche Lebenshaltung und die Arbeitersparnis in den Betrieben wesentlich verbessert, so daß diese Dörfer denen der 1. Zone viel ähnlicher geworden sind. Die 3. Kategorie umfaßt die Dörfer des eigentlichen Berglands, mit steinigem, zwar nicht ertraglosen, aber unsichern und schwer zu behandelnden Boden, und zum Teil weit vom Verkehr abgelegen. In diesen Dörfern, die, wie man sagt, "hinter dem Mond" liegen, und aus denen vor dem Krieg "der Gerichtsvollzieher nicht herauskam", hat die Nachkriegszeit sehr ungleichartig gewirkt. Der schlechte landwirtschaftliche Zustand dieser Dörfer vor dem Krieg hatte seine Ursache nicht nur in der hohen Verschuldung und äußersten Kapitalknappheit sondern auch in der schlechten Auslese und geringen Tüchtigkeit der bäuerlichen Bevölkerung. Zwischen Kapitalknappheit, Schulden und Untüchtigkeit bestand hier die bekannte unheilvolle Wechselwirkung. In diesen Dörfern war die Zeit der guten Konjunktur viel zu kurz, um alle Schäden, nicht nur der Kriegs- sondern auch der Vorkriegszeit, auszugleichen. Nicht nur, daß diesen von jeher rückständigen und schwer bedrückten Bauern vollständig die Fähigkeit abging sich in rasch wechselnde wirtschaftliche Bedingungen hineinzufinden: sie waren geradezu dazu bestimmt Inflationsverluste zu erleiden, infolge

ihrer traditionellen Einstellung, die ihnen Schulden als das größte Unglück und bares Geld im Kasten als das erstrebenswerteste Ziel erscheinen ließ. Da die wirtschaftliche Einsicht und kaufmännische Beweglichkeit in jenen Jahren das Ausschlaggebende war, so finden sich in den Dörfern dieser Art alle Abstufungen. Es gibt da den ganz rückständigen Bauern, der von der Konjunkturperiode überhaupt nichts gemerkt hat, der heute noch das gleiche unzureichende und elende Arbeitsvieh hat wie vor dem Krieg, klapprige Maschinen, schadhafte Gebäude und verunkrautete Äcker. Andere wieder haben immerhin einiges verbessert, sind aber mit dem Neuaufbau ihrer Betriebe längst nicht zu Ende gekommen. Und schließlich findet man dort Betriebe, die durch einen rasch entschlossenen, geschäftlich und landwirtschaftlich tüchtigen Betriebsleiter vollkommen umgestaltet worden sind und nun in einem auffallenden Gegensatz zu ihrer Umgebung stehen.

Fassen wir nun all diese Einzelbeobachtungen zusammen, so müssen wir unbedingt zu dem Ergebnis kommen, daß die überwiegende Mehrzahl der deutschen Landwirte in den Jahren nach dem Krieg für den Wiederaufbau ihrer Betriebe alles getan hat, was in ihren Kräften stand, und was man nur irgend von ihr erwarten konnte. Geschäftliche und spekulative Fähigkeiten über das geleistete Maß hinaus konnte niemand vom Landwirt verlangen. Vor allem aber hat immer, mit einer geradezu bewundernswürdigen Instinkt-sicherheit, bei allen Maßnahmen der Landwirte dasjenige im Vordergrund gestanden, was das Wichtigste ist: die Produktion, die Erhaltung und Mehrung der Bodenkraft. Man kann daher den deutschen Landwirten nur das Zeugnis ausstellen, daß sie gerade in diesen schwierigen Jahren das ihnen anvertraute Volksgut, den Grund und Boden, mit der größten Tüchtigkeit und Gewissenhaftigkeit verwaltet haben. Gerade wenn man, wie der Verfasser dieses Aufsatzes, dem eigenen Berufsstand kritisch gegenübersteht und die Fehler daher mehr zu sehen gewohnt ist als die Leistungen, ist es eine besondere Genugtuung zu diesem Ergebnis zu gelangen.

Bei einer Untersuchung über das Versagen oder Nichtversagen der deutschen Landwirtschaft hat man aber nicht nur das Verhalten der einzelnen Landwirte in Betracht zu ziehen sondern auch das der großen landwirtschaftlichen Organisationen. Die Aufgaben, die diese Organisationen in diesen Jahren zu erfüllen hatten, lagen auf 3 Gebieten. Sie mußten 1., in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftswissenschaft, den technischen Fortschritt in der Landwirtschaft weiterführen, insbesondere neue Wege finden, um die landwirtschaftliche Technik den neuen wirtschaftlichen Bedingungen, den Wirkungen von Krieg und Blockade (Phosphorsäure, ausländische Futtermittel) anzupassen und die Erträge auf jede Weise zu steigern. Gleichzeitig mußten die neuen und nicht minder die alten Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung in die breitesten Kreise der landwirtschaftlichen Praxis hineingetragen und durch unermüdliche Ermahnung, Wirtschaftsberatung und Wirtschaftskontrolle befestigt werden. Was auf diesem Gebiet ganz besonders in den Fragen der Schädlingsbekämpfung (Landwirte, beizet das Saatgut!), der Kunstdüngeranwendung und der Grünlandwirtschaft geleistet worden ist, ist geradezu vorbildlich. In ganz Europa ist überall im öffentlichen Leben ein sehr starkes Interesse für die Hebung der nationalen landwirtschaftlichen Produktion festzustellen. Wenn man aber Gelegenheit hatte die sehr interessanten ausländischen Bestrebungen zur Hebung der Landwirtschaft kennen zu lernen und mit den deutschen zu vergleichen, so erhält man einen sehr starken Ein-

druck von dem Vorsprung, den Deutschland auf diesem Gebiet hat. Das Bild, wie es zum Beispiel die letzte Wintertagung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft bot, mit dieser so überaus intensiven Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Praktikern, die selbst wissenschaftlich hochgebildet sind, dürfte nicht so leicht seinesgleichen finden. Leider sind die landwirtschaftlichen Organisationen ihrer 2. Aufgabe nicht in dem gleichen Maß gerecht geworden: nämlich dem Landwirt ein guter und klarblickender Berater in rein wirtschaftlichen Dingen zu sein. Vielleicht hat hier die Verquickung mit ihrer 3. wichtigen Aufgabe, nämlich die Landwirtschaft wirtschaftspolitisch gegenüber der Regierung und anderen Wirtschaftskreisen zu vertreten, schädigend gewirkt. Da es in den Jahren der günstigen Preisrelationen vor allem darauf ankam diese Zeit rasch und energisch für den Wiederaufbau der Betriebe zu nutzen, hätte es durchaus im Interesse der Landwirte gelegen, wenn ihnen von ihren Organisationen unermüdlich zugerufen worden wäre, einmal, daß die Konjunktur dieser Jahre außerordentlich günstig war, sodann, daß diese guten Jahre bald vorübergehen würden und müßten. Manche überflüssige Luxusanschaffung wäre dann unterblieben, manche Verbesserung der Wirtschaft wäre rechtzeitig vorgenommen worden. Wenn es der Landwirtschaft an dieser sehr nötigen Wirtschaftsberatung gefehlt hat, so lag das daran, daß ihre Organisationen bestrebt waren jede Belastung von ihr fernzuhalten und darum ihre Lage immer als möglichst ungünstig hinstellten. Über diesem Bestreben wurde die Aufgabe vernachlässigt den Landwirten die wirtschaftliche Lage in ihrer wirklichen Gestalt, frei von agitatorischer Einstellung, vor Augen zu führen. In manchen Fällen, zum Beispiel bei der Getreideumlage des Jahres 1922, dürfte der indirekte Ausfall, den die Landwirtschaft durch die Folgen dieser unsachlichen Darstellung hatte (verminderte Kunstdüngeranwendung), größer gewesen sein als das ganze in Frage stehende Streitobjekt. Es muß allerdings zugegeben werden, daß den landwirtschaftlichen Verbänden eine rein sachliche, sich von jeder agitatorischen Übertreibung fernhaltende Darstellung der Lage durch die Verständnislosigkeit ihrer wirtschaftspolitischen Gegner fast zur Unmöglichkeit gemacht wurde. Eine Darstellung der wirtschaftlichen Lage, rein auf Grund der Wahrheit und der eigenen Sachkenntnis, kann von einer wirtschaftspolitisch eingestellten Organisation nur dann erwartet werden, wenn sie nicht fürchten muß, daß ihre Offenheit von der andern Seite mißbraucht wird. Wenn in landwirtschaftlichen Dingen in Deutschland von einem Versagen gesprochen werden soll, so ist dieses Versagen in erster Linie auf der Seite der städtischen Verbraucher und ihrer politischen Vertretungen zu suchen. Jede Rücksichtnahme auf die Lebensnotwendigkeiten der Landwirtschaft mußte hier erst in einem zähen und leidenschaftlich geführten politischen Kampf errungen werden. Zumal war dies bei dem Abbau der Zwangswirtschaft der Fall, und diese Verständnislosigkeit ist, wie oben dargelegt wurde, dafür verantwortlich zu machen, wenn in einem der wichtigsten Punkte, nämlich bei der Milchviehhaltung, der Wiederaufbau der Landwirtschaft noch nicht völlig gelungen ist. Hier muß Wandel geschaffen werden. Wir müssen dazu gelangen, daß wirtschaftspolitische Fragen auf beiden Seiten in sachlicher Weise erörtert werden können, ohne das fortgesetzte Schielen nach dem agitatorischen Erfolg. Daß alle Stellen den Mut zu einer unbeirrbaren Sachlichkeit finden, ist die wichtigste Voraussetzung für eine wirklich fruchtbare Agrarpolitik im Dienst der Produktionsidee.



MAX SCHIPPEL · ZOLLPOLITIK UND ARBEITER



AN braucht nur eine größere Verantwortung zu tragen und zu fühlen, und die politischen Zusammenhänge und Notwendigkeiten erscheinen sofort in wesentlich anderm Licht. Das gilt nicht nur für Deutschnationale in ihrer Stellungnahme zur Reparationsfrage sondern auch für uns selber nach den verschiedensten Betätigungsrichtungen.

Es gilt für uns sogar in der Handelspolitik, bei der wir zwar "prinzipiell" die bürgerliche Freihandelsideologie seit jeher gern von oben herab behandeln: meist allerdings eine kaum irgendwo noch vorhandene und vielleicht kaum jemals ernstlich irgendwo vertretene Freihandelsideologie, denn die "Lösung aller sozialen Fragen" und die "Versöhnung von Kapital und Arbeit" durch die Erschließung der freien und gleichen internationalen Konkurrenz wird schwerlich von irgendwelchem namhaften "Bourgeoisökonom" als neue Heilslehre verkündet worden sein, so daß dieser ganzen Liebe Mühe eigentlich immer recht verloren war. Die handelspolitische Wirklichkeit und Tagesarbeit sah uns jedoch (in Deutschland-Österreich und allenfalls noch in England, aber keineswegs sonst in europäischen oder gar in überseeisch siedelungskolonialen Ländern) stets hilflos an der Seite und im Schlepptau der bürgerlichen Freihandelsagitation, die, literarisch von vielgelesenen großstädtischen Handelsblättern, Korrespondenzen und freisinnigen Abbüchern ausgehend, dem "Konsumenten" die "Billigkeit" des international unbeschränkten und unbelasteten Einkaufs recht geschickt beizubringen und als jederzeit ausschlaggebendes, Arbeiter und liberales Bürgertum vereines handelspolitisches Endziel anzupreisen verstand. Gerade unsere unzugänglichsten Verfechter des alles beherrschenden Klassengegensatzes und der waghalsigsten Klassenoffensive erwiesen sich auf diesem Gebiet in der Regel als recht harmlose Wiederkäufer.

In der Gegenwart haben wir immerhin manchen engern Zusammenhang mit den *Produktionserfordernissen* gewonnen. Wir lernen diese berücksichtigen, auch wo sie nicht so einfach mit der augenblicklichen billigsten Bedarfsdeckung zusammenfallen. Die seltsame *russische* Vorhut des europäischen Proletariats konnte so einen Zolltarif entwerfen, der, um mit Potagew, dem Leiter der russischen Zollverwaltung, zu reden, »vor allem die grundlegenden russischen Industrien gegen den fremden Wettbewerb schützen« sollte¹, und der für fast alle russischen Gewerbeserzeugnisse wesentliche Zollerhöhungen vorsah, allerdings mit ausgeprägter Schonung der Bedarfsartikel der agrarischen Produktion, ähnlich wie dies die jüngste vereinsstaatliche und canadische Zollpolitik kennzeichnet.² Trotzki spricht mit üblicher Offenbarungsgeste heute von dem »System des sozialistischen Prohibitionismus«, von Erziehungszöllen, die notwendig zum proletarisch weltrevolutionären Wiederaufbau, wenigstens in Rußland, gehörten.

Bei *uns* daheim belehrte uns vor kurzem eine sozialdemokratische Wochenschrift einleitend zwar über die Verwerflichkeit aller Landwirtschaftszölle, »diese das deutsche Volk in Konsumenten und Produzenten radikal aufteilende Frage«. Zum Schluß jedoch bat sie »gegebenenfalls zu erwägen, ob den

1) Siehe *Manchester Guardian Commercial* vom 21. Februar 1924: *Russia*,

2) Siehe *Schippe* *Überseeische Agrarkrisis und amerikanische Arbeiter* und *Die Agrarbewegung in Amerika*, in den *Sozialistischen Monatsheften*, in diesem Band Seite 295 ff. und 1923 Seite 666 ff.

durch die ausländische Konkurrenz getroffenen Landwirten die Möglichkeit zu bieten ist mit Hilfe eines Zolls auf die Erzeugnisse der Viehzucht, der Meierei und einer Reihe landwirtschaftlicher Fabrikate sich in stärkerem Maße auf diese Erzeugnisse umzustellen: eine Stellungnahme, die selbst den, von der Produktion radikal geschiedenen, also ganz reinen Konsumenten recht sonderbar anmuten muß. Denn in normalen Zeiten und selbst in der Gegenwart hat der Fleisch- und Milchkonsum für den Geldbeutel des Verbrauchers eine unvergleichlich höhere Bedeutung als der seinem Geldwert nach dagegen ganz unglaublich bescheidene Brotkonsum.



Am tiefsten ließen aber in jüngster Zeit einige *deutschösterreichische* Kundgebungen blicken. Ich komme um so lieber darauf zu sprechen, weil die österreichische Art nach Möglichkeit selbst praktisch engbegrenzte Tagesfragen in das Licht allgemeinerer theoretischer Auffassungen zu rücken und so auf ein höheres Niveau des Durchschnitts der parteigenössischen Auseinandersetzungen hinarbeiten vielfach als geradezu vorbildlich bezeichnet werden kann, während bei uns in Reichsdeutschland hier recht oft mehr und mehr zu wünschen übrig bleibt. Den Ausgangspunkt für neue zollpolitische Erwägungen bildeten die deutschösterreichischen Arbeiterkammern, mit Wien an der Spitze. Sie hatten zu Einzelzöllen wie zu Handelsvertragsproblemen mehrfach Gutachten zu erstatten, und die Halbmonatsschrift *Arbeit und Wirtschaft*, das verdienstvolle, die gleichartigen reichsdeutschen Preßorgane weit überflügelnde Organ der Gewerkschaften, Arbeiterkammern und Betriebsräte, berichtet regelmäßig über die Hauptbeschlüsse.

Das eine Mal handelte es sich um die bedrängte Lage der *Glasproduktion*:

»Die *Arbeiterkammer* hat bei der Regierung einen Schritt unternommen, um eine *Erhöhung* der gegenwärtigen Zölle auf Glas zu erwirken. Dieser Schritt hat in der Öffentlichkeit begreifliche *Erregung* ausgelöst. Die glasverarbeitenden Industrien und insbesondere der Glashandel nehmen auf das schärfste *gegen* die geplante Zoll-erhöhung Stellung, und es sind nicht nur die Unternehmer dieser Gruppen, sondern *auch die in ihnen beschäftigten Arbeiter und Angestellten*, die sich gegen die Zoll-erhöhung aussprechen . . . Die Kammer war sich der Tragweite ihres Schrittes wohl bewußt. Jeder Zoll bedeutet für die Konsumenten und die Weiterverarbeiter, besonders aber natürlich für den Handel eine Belastung und Erschwerung. Wenn man sich daher zu einem Zoll entschließt, so darf dies nur dann geschehen, wenn der durch ihn verursachte Schaden geringer ist als der Schaden, den die Zollfreiheit anrichtet. Ein solcher Fall liegt hier zweifellos vor.«

Ursache der österreichischen Notlage sei »ein systematisches Dumping«, und zwar durch die tschechoslowakische Konkurrenz, die auf jede Anfrage eines Kunden antwortet, daß sie »bereit sei jeden österreichischen Preis zu unterbieten«. Dieses konsumentenwohlgefällige Verhalten macht auf die Kammer ersichtlich gar keinen Eindruck. Sie unterscheidet vielmehr, wie alle Schutz-zöllner zum mindesten seit Friedrich List, zwischen augenblicklichen scheinbaren *Preisvorteilen* und schließlich sich einstellenden Verlusten an *produktiver Kraft*. Die Zukunft der österreichischen Glasindustrie sei auf das schwerste gefährdet; unter der bestehenden Krise wandere bereits der alte Arbeiterstamm ab und aus, zum Teil in die neuauftretenden Glasindustrien Rumäniens, ein geschulter Nachwuchs werde nicht mehr herangezogen:

»Die österreichische Industrie soll niedergedrungen und stillgelegt werden, damit die tschechoslowakische Industrie den Markt konkurrenzlos beherrschen kann. Es braucht nicht weiter ausgeführt zu werden, was ein solcher Zustand für die heimischen Abnehmer, insbesondere für die ohnedies darniederliegende Bauindustrie,

bedeuten würde . . . Gegen die ausländische Konkurrenz kann nach Anschauung der Kammer nur eine Zollerhöhung helfen. Die Kammer schlägt daher vor, unverzüglich in den in Betracht kommenden Zollpositionen eine Erhöhung eintreten zu lassen.«

Das sind alles Pfeile aus wohlbekanntem protektionistischen Köchern. Wie weit sie im einzelnen treffsicher sind, berührt hier weiter nicht. Aber soweit sie die Interessen der österreichischen Einzel- und Gesamtproduktion sachgemäß wahren, so weit decken sich zweifellos die Interessen der einzelberuflichen und gesamten österreichischen *Arbeiterschaft* mit den protektionistischen Schlußfolgerungen, vor denen die Arbeiterkammer nicht zurückschreckt; wie sie selber sagt, trotz aller Erregung der weiterverarbeitenden Industrien und des Handels und sogar unter den entsprechenden Arbeiterschichten. Daß insoweit die einzelindustriellen und mehrheitlichen Interessen des Unternehmertums gleichfalls nicht nach anderer Richtung laufen, mag den Nichtsalsklassenkämpfer stutzig machen und höchst peinlich berühren; für den handelspolitisch Geschulten ist dies alles weder etwas Unerwartetes noch etwas irgendwie zu nachträglicher Opposition Anreizendes. Produktionsfragen sind eben heute vielfach zugleich Unternehmer- und Arbeiter-, Profit- und Arbeitsmarkt-, mit anderen Worten "Arbeitsgemeinschafts"fragen.



IN halbes Jahr vorher standen für Deutsch Österreich die Zementzölle zur Erörterung. Abermals konnte die Arbeiterkammer, der in ihrer »schwierigen Situation« offenbar recht wenig geheuer war, »einen erhöhten Schutz nicht verweigern, weil sie sonst einer der wichtigsten Industrien Österreichs vollständig den Boden unter den Füßen weggezogen hätte«. Ganz der vielangewendeten Produzentenlogik entsprechend wollte die Kammer mit dem *Zoll* keine Notwendigkeit der *Preiserhöhung* verbunden sehen. Die Zementindustrie erfordert große fixe Anlagen; nütze sie diese, wie heute, nicht genügend aus, so arbeite sie pro Mengenergebnis mit verhältnismäßig hohen Produktionskosten. Anders, wenn »ihr durch den Schutzzoll die ausländische Konkurrenz vom Halse gehalten« werde; sie sei alsdann, bei gleichen, aber noch immer mehr als genügenden Anlagen, »in die Lage versetzt mehr und infolgedessen auch billiger zu produzieren«.

Der Vorkriegsprotektionismus nannte das bekanntlich, unter der höhnischen Kritik der Freihandelsdoktrinäre, die Wirkung des *gesicherten Marktes*, wie ihn eine große Reihe der wichtigsten Zölle erstrebe: aus den von der Arbeiterkammer erwähnten Gründen ohne Preiserhöhung und dennoch zu hervorragendem Vorteil der heimischen (nationalen) Produktion. Besonders der Chamberlainismus hat diese Beweisführung seit seinem Anfang gern verwendet. Und auch hier wird man, ohne den österreichischen Einzelfall mitentscheiden zu wollen, wiederholen können: Soweit die Produktionsinteressen in dem vorliegenden Fall richtig zur Geltung gebracht sind, ist der beteiligte "Produzent" nicht nur das unternehmende Kapital sondern auch die ausführende Arbeit, mit deren Vertretung die Arbeiterkammer betraut war, und deren Vertretung sie ganz folgerichtig im Auge behielt.

Zur Zeit der Zementzollerörterungen kam zugleich noch eine andere der alten Streitfragen zwischen dem prinzipiellen Freihandel und dem Protektionismus zur Sprache. Nämlich der *Verhandlungszoll* und Verhandlungszolltarif, der, wie man weiß, durch das Anbieten von eigenen zollpolitischen

Gegenleistungen die Erreichung zollpolitischer Zugeständnisse vom schutz-zöllnerischen Gegenstaat überhaupt erst ermöglichen oder doch erleichtern soll. Der grundsätzliche Freihandel hatte es hier leicht radikal zu erklären: Wie komme ich dazu auch noch mich und meine Konsumenten durch Zölle zu schädigen, wenn irgendein gegenüberstehendes Ausland in erster Linie sich selber durch seine Zölle schädigt, obwohl diese für meine Ausfuhr nicht gerade angenehm sein mögen? Selbst der Napoléon-Cobden-Vertrag hatte seinerzeit den radikalern Freihandelsflügel schwer bedrückt, obwohl die Drohung mit englischen Zollermäßigungsverweigerungen oder doch -vertagungen zum letztenmal eine Rolle gespielt haben sollte: alle für französische Zollherabsetzungen zugestandenen englischen Zollreduktionen oder Zollaufhebungen sollten ohne weiteres nach allen Einfuhrländern hin verallgemeinert werden. Daß der Chamberlainismus, vor allem die Richtung Balfour, an der Wende des Jahrhunderts von neuem die Schaffung eines Verhandlungstarifs empfahl, war Rückfall in den kurzfristigsten protektionistischen Aberglauben. Heute lesen wir in Arbeit und Wirtschaft, und zwar aus der Feder des jüngern Kautsky: Man habe bei den österreichisch-italienischen Verhandlungen leider den italienischen Exportinteressen nichts anzubieten gehabt; wie habe man da »Erleichterungen der hohen italienischen Zölle erreichen können«? So seien die »Opfer«, die Österreich bringen mußte, im Vergleich zu denen Italiens unverhältnismäßig schwer gewesen für einen Freihändler sind bekanntlich eigene, auch ganz isoliert autonome Zollherabsetzungen stets Gewinn, niemals Opfer):

Bei den Verhandlungen hat sich eine besondere Merkwürdigkeit herausgestellt, die den österreichischen Unterhändlern das Verhandeln sehr erschweren mußte. Bekanntlich wird seit mehr als einem Jahr von der österreichischen Regierung ein neuer Zolltarif vorbereitet, der eine Anpassung der Zollsätze an die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse Österreichs bringen soll. Heute besteht mit wesentlichen Abänderungen noch immer der Zolltarif vom Jahre 1906 . . . Die österreichischen Unterhändler mußten die Möglichkeit in Betracht ziehen, daß dieser neue Tarif über kurz oder lang in Kraft gesetzt wird, und sie mußten von den Italienern die Berücksichtigung dieser Möglichkeit verlangen. Während aber die Italiener von einem schon in Kraft stehenden Zolltarif ausgehen konnten, und während sie bei jeder Konzession, die sie von Österreich forderten, darauf hinweisen konnten, daß die von ihnen gewährte Gegenkonzession den Österreichern tatsächlich eine Herabsetzung der Zolllast bringen würde, konnten die österreichischen Vertreter nur immer drohen, daß der neue Zolltarif eine Erhöhung der Sätze bringen würde, ohne daß sie mit Bestimmtheit die Wahrheit ihrer Behauptung erweisen konnten . . . Es ist jedenfalls ein einzig dastehender Fall in der Geschichte der Handelsverträge, daß ein Staat zu Unterhandlungen geht, ohne von vornherein zu wissen, was er dem Gegner bieten kann.«

Diese letzte geschichtliche Bemerkung mag ungeprüft bleiben. Der prinzipielle Freihändler wußte allerdings stets von vornherein, was er »dem Gegner« zu bieten haben würde: nämlich nichts. Keine abwehrenden Einfuhrzölle beim Verhandlungsabbruch, denn deren Selbstauflegung wäre nach guter Freetradeüberlieferung lediglich Selbstmord und Selbstschädigung gewesen. Und genau genommen hatte man der Gegenpartei nicht einmal den Freihandel zu »bieten«, denn dieser Freihandel war, weil prinzipielle Schicksalsbestimmung und Selbstbefreiung, ohne Verhandlungen genau so gesichert, und außerdem war er allgemein und keineswegs speziell dem Verhandlungsgegenpartner vorbehalten. Eine solche rein autonome Handelspolitik läßt sich in der Tat bei allseitiger Freihandelstendenz denken: bei international allseitigem Fortschreiten zu immer weiteren Zollherabsetzungen, obwohl die national verschiedene Abstufung dieses Fortschreitens sogar unter

solchen Voraussetzungen noch krasse Ungleichheiten schaffen und zum Verhandlungsprinzip, das heißt zu Drohungen mit Vorenthaltungen von Zollermäßigungen, hätte nötigen können. Und daß dieses autonome Freihandelsverfahren bei international überwiegendem, immer vielgestaltigerem Protektionismus nicht praktisch durchführbar wäre, habe ich vor Jahr und Tag unter tiefster Entrüstung aller klassenzielbewußten Parteitheoretiker immer und immer wieder des langen und breiten klar zu machen gesucht.³ Nun haben wir zum erstenmal bei Handelsvertragsverhandlungen im Ernst mitzuwirken, und, siehe da, wir schlagen nicht nur auf längere Dauer berechnete Zölle zu dauerndem Produktionsschutz vor, sondern wir plädieren weiter mit der selben Herzhaftigkeit für vergänglichere Zölle: zum Abhandelnlassen, aber nur unter Gegenleistungen, also gleichfalls zu dauernderer Aufrechterhaltung bei vorläufig unüberwindlicher Hartnäckigkeit des handelspolitischen Gegners.

Il n'y a que le premier pas qui coûte. Bei dem vielen Wenden und Kehrtmachen kommt freilich die alte schöne prinzipielle Freihandelsmusik nicht entfernt mehr mit. Sie hat ausgespielt. Und doch klappte und klapperte dereinst alles so gut.

GERTRUD HANNA · HEIMARBEIT



INE Ausstellung von Heimarbeiterzeugnissen unter Bekanntgabe der Stunden- oder Tagesverdienste, in der Art der Berliner Ausstellungen von 1904¹ und 1906², würde voraussichtlich heute ein noch viel größeres Elend aufdecken, als damals durch diese Veranstaltungen der Öffentlichkeit zur Kenntnis kam. Heute arbeiten viel mehr Menschen zu Hause als damals, in der Absicht den Lebensunterhalt ganz oder auch teilweise zu verdienen, und riesengroß ist das Verlangen nach Heimarbeit, das nicht erfüllt werden kann. Die große Nachfrage nach Heimarbeit zeitigt Folgen ähnlich denen, die sich immer und auf allen Arbeitsgebieten einstellen, wenn die Arbeitsgelegenheiten für die Zahl der Anwärter darauf nicht ausreichen. Für die Arbeitsbedingungen der Heimarbeit sind sie aber gefährlicher, weil hier die Notlage der nach Verdienst suchenden Menschen viel leichter ausgenutzt werden kann als in anderen Zweigen der Erwerbsarbeit. In der gegenwärtigen Zeit ist es nun ganz besonders einfach aus dem starken Verlangen nach Heimarbeit Vorteil zu ziehen. Einmal ist Heimarbeit für den größten Teil der Frauen jetzt die einzige Gelegenheit zum Geldverdienen; dann aber stammen die jetzt zur Heimarbeit drängenden Personen aus verschiedenen Gesellschaftsschichten mit unterschiedlichen Ansprüchen auf Entschädigung für ihre Arbeit. Beide Umstände bieten günstige Gelegenheiten willige Arbeitskräfte zu erhalten.

Immer schon war Heimarbeit für die Mehrzahl der Beschäftigten nur Füllarbeit, Arbeit, um zu vorhandenem Einkommen oder Besitz noch etwas hinzuzuverdienen. Diesem Zweck dient die in Gebirgsgegenden anzutreffende

3) Siehe Schippel Arbeiterklasse und Handelspolitik, in der Chemnitzer Volksstimme vom 7. bis zum 14. Juni 1904, vor dem Bremer Parteitag; besonders den Abschnitt V: Wer Handelsverträge (Tarifverträge) will, muß auch Zölle wollen.

1) Siehe Timm Zum allgemeinen Heimarbeiterachutzkongreß, sowie die Rundschau Gewerkschaftsbewegung, in den Sozialistischen Monatsheften 1904 I Seite 181 ff. und 329 ff.

2) Siehe Schröder Gedanken zur Heimarbeiterausstellung, in den Sozialistischen Monatsheften 1906 I Seite 221 ff.

Hausindustrie, in der die Bevölkerung, im Besitz kleiner Häuschen, mit womöglich etwas Ackerland, in mehr oder weniger großer Abhängigkeit von Lieferanten des Rohmaterials und von Agenten und Verkäufern der fertigen Ware Heimarbeit verrichtet. Diesem Zweck dient auch die Arbeit der verheirateten und der unverheirateten Heimarbeiterinnen, die zum Einkommen ihrer Männer und anderer Familienangehörigen, mit denen sie in Familiengemeinschaft leben, oder zum Einkommen aus Besitz oder Rente etwas hinzuverdienen wollen oder müssen. Die Auswahl ist bei solcher Füllarbeit in der Regel sehr gering; meist ist überhaupt keine vorhanden. Namentlich in Gebirgsgegenden ist gar nicht selten die gesamte auf Erwerbsarbeit angewiesene Bevölkerung in *einem* Erwerbszweig beschäftigt, und häufig hängt diese Bevölkerung von einem einzigen Auftraggeber und Agenten oder doch von nur sehr wenigen ab. Daß in solchen Fällen Unzufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen oder Widersetzlichkeit für den einzelnen schwerste Folgen haben kann, liegt auf der Hand. Eine Auflehnung einer größeren Anzahl der Arbeitskräfte ist aber so gut wie ausgeschlossen. Sie wird allein schon durch die Drohung verhindert die Arbeit in eine andere Gegend zu überführen. Wo aber Mangel an Arbeitsgelegenheiten die Beweglichkeit der auf Arbeit angewiesenen Menschen hemmt, und wo die große Armut der Menschen den Verlust auch nur einiger Stunden Arbeitsverdienst schon fürchten läßt, da sagt sich der einzelne: Was ich habe, weiß ich; was ich durch eine Veränderung gewinnen kann, ist ungewiß, und geringer Verdienst ist immerhin besser als gar keiner. So denken auch die verheirateten Frauen und alle diejenigen, die nur "hinzuverdienen" wollen und müssen. Besonders verheiratete Frauen sind glücklich über Arbeits- und Verdienstgelegenheit im Hause, selbst wenn sie dadurch weniger erhalten als durch außerhäusliche Erwerbsarbeit, weil Heimarbeit ihnen eine bessere Gelegenheit zur Erledigung häuslicher Arbeiten neben der Erwerbsarbeit bietet, und weil sie ihnen eine bessere Aufsicht der Kinder ermöglicht als Arbeitsgelegenheit, die sie 10 oder mehr Stunden täglich vom Hause fernhält. Frauen mit kleinen Kindern können ja auch schwer regelmäßig 10 Stunden und länger vom Hause fernbleiben. Werkstatt- oder Fabrikarbeit läßt auch häufigeres Aussetzen der Arbeit nicht zu, wozu Hausfrauen- und Mutterpflichten vielfach zwingen. Die Möglichkeit die Berufsarbeit diesen häuslichen Verrichtungen besser anzupassen läßt etwaige ungünstigere Arbeitsbedingungen der Heimarbeit weniger fühlen oder gänzlich übersehen. Kommt nun noch hinzu, daß andere Erwerbsgelegenheiten vermeintlich oder wirklich für Frauen nicht vorhanden sind, so veranlassen Vorliebe für die Heimarbeit in Verbindung mit der aus verschiedenen Ursachen bewirkten Notlage sich ihr trotz allen ihr anhaftenden Mängeln zu widmen.

Im Augenblick fänden zahllose Frauen überhaupt keine Erwerbsgelegenheit, wollten sie auf Heimarbeit verzichten. Betriebe, Werkstätten und Kontore können nicht alle Kräfte beschäftigen, die sich zur Arbeit zur Verfügung stellen. Heute sind aber viel mehr Frauen als jemals zuvor auf Erwerbsarbeit angewiesen. Selbst der Lohn des vollbeschäftigten Familienvaters reicht heute weniger als früher zur Ernährung der Familie aus. Wieviel weniger das Einkommen aus der Erwerbslosenfürsorge, deren Höchstsatz, aber auch nur in den teuersten Gegenden des Westens und dort erst seit kurzem, 92 Pfennig pro Tag ist. So bleibt den Frauen nichts anderes übrig als sich nach Arbeit umzusehen. Sie drängen nun in die Heimarbeit. Zu ihr

drängen auch die vielen Frauen aus verarmten bürgerlichen und feudalen Gesellschaftskreisen. Diese Frauen greifen schon um deswillen gern zur Heimarbeit, weil sie ihnen nicht ganz so "entehrend" scheint wie Arbeit außerhalb des Hauses in Werkstätten oder Fabriken, und weil sie ihnen am ehesten Gelegenheit zur Verwertung ihrer Kenntnisse und Handfertigkeiten gibt. Es muß als ein Glück betrachtet werden, daß gerade jetzt so großer Wert auf Handarbeiten gelegt wird. Zweifellos hat die Rücksicht auf die Notlage weiter Schichten der Bevölkerung die Mode mit ihrer Vorliebe für Handarbeiten mit beeinflußt. Zweifellos aber haben auch findige Geschäftsleute es verstanden die Notlage zahlreicher Menschen für ihre Zwecke zu verwenden. Es war sicherlich vielfach profitabler durch Besticken des Stoffs und durch Herausarbeiten von Verzierungen aus dem Stoff Wäsche- und Kleiderschmuck zu schaffen als teure Besatzstoffe, Stickereien usw. dazu zu verwenden. Es fehlte auch zeitweilig an solchen Dingen, und man mußte nach Ersatz suchen; diesen bot die Handarbeit so vorzüglich und so billig. Vielfach gibt die Handarbeit dem Gegenstand heute erst den Wert, und der hohe Preis der Waren wird in den Geschäften auch damit begründet. Diejenigen aber, die diesen Wert schaffen, erhalten in der Regel erschreckend geringe Bezahlung dafür. Die Auftraggeber rechnen eben mit der großen Konkurrenz der Arbeitskräfte unter einander und damit, daß ein großer Teil dieser Arbeitskräfte eben nur Füllarbeit sucht oder sich damit begnügt und begnügen kann. Es ist interessant, aber auch empörend, wie dieser Umstand von Unternehmern und ihren Beauftragten ausgenutzt wird. In einer Verhandlung wies die Vertreterin einer Firma auf die guten Mäntel mit Pelzkragen hin, die von den Damen getragen werden, die für sie zu Stundenlöhnen von 10 und 15 Pfennig arbeiten, als Beweis, was bei solchen Löhnen möglich sei. Die Inhaberin eines größeren Handarbeitsgeschäfts in Berlin erklärte einer Frau, die über die unglaublich niedrigen Entschädigungen für kunstgewerbliche Handarbeiten erstaunt war und nicht begriff, wie es komme, daß für solche Bezahlung noch immer Arbeitskräfte zu haben seien: »Für uns arbeiten auch heute noch die Damen, die immer für uns gearbeitet haben. Die Damen aus besserm Hause.« Manchmal wird auch der geringe Preis fertiger Gegenstände, die von Vereinen verkauft werden, damit begründet, daß Damen des Mittelstands die Arbeiten ausgeführt haben. Und immer wieder wird denjenigen, die Kritik an den niedrigen Löhnen üben, gesagt, die Damen, die diese Arbeiten ausführen, seien so zufrieden mit dem, was sie bekommen, und für die Arbeitsgelegenheit so dankbar.

Bei der großen Zahl der sich heute um Heimarbeit bemühen Frauen und bei der Verschiedenartigkeit der Ansprüche dieser Arbeitskräfte an Arbeit und an Verdienst kann man die Löhne leicht auf tiefem Niveau halten. Das am häufigsten angewandte Druckmittel besteht darin, daß der Unternehmer erklärt, er verzichte lieber auf die Herstellung des Artikels, ehe er mehr dafür zahle. Ein weiteres Druckmittel ist die Drohung den Auftrag in anderen Orten herstellen zu lassen, wo billiger gearbeitet wird. In der Tat treiben zahlreiche Orte gegen einander Schmutzkonkurrenz. Stopftiere, die in Berlin und Umgegend hergestellt wurden, und zwar zu so miserablen Bedingungen, daß sich selbst bürgerliche Blätter dagegen wandten, werden jetzt noch billiger in Sonnenburg gefertigt und sind als Arbeitsgelegenheiten für Berlin verschwunden. Ähnliches zeigt sich bei Aufträgen in Strick- und Häkelarbeit, für die Apolda und einige Orte in Schlesien die Konkurrenzorte

bilden. Häufig werden auch Wien und Tschechien als günstige Gegenden für Heimarbeitererzeugnisse angegeben. Sicherlich, und nachweisbar, wird in einigen dieser Orte ausnahmsweise billig gearbeitet. Häufig aber ist das Ausspielen solcher Orte nichts anderes als ein Drohmittel, das nur allzu oft mit Erfolg angewendet wird. Dies ist um so leichter möglich, als eine Reihe von Arbeiten ohne besondere Schwierigkeiten in andere Orte überführt werden können, und überall Hände zur Anfertigung der betreffenden Gegenstände in so großer Zahl zur Verfügung stehen. Bei der zweifellos bestehenden Gefahr Aufträge zu verlieren, wenn den Anforderungen der Auftraggeber nach Bemessung der Herstellungskosten nicht entsprochen wird, und bei den Folger, die daraus für zahlreiche, auf Verdienst angewiesene Menschen erwachsen, kann man es verstehen, daß Verantwortungsgefühl und Mitleid mit den nach Arbeit, selbst nach schlechtbezahlter Arbeit rufenden Menschen veranlaßt schlechtbezahlte Aufträge anzunehmen. Sie sagen sich: Weniger ist besser als gar nichts. Das ist zweifellos richtig. Richtig ist aber auch, daß die Neigung zur Annahme schlechtbezahlter Aufträge durch die in weiten Schichten unserer Bevölkerung verbreitete Ansicht beeinflusst wird: Wir müssen uns daran gewöhnen billiger zu arbeiten, um Absatzmärkte zu gewinnen oder nicht zu verlieren. Diese Auffassung wird von Auftraggebern jedesmal angeführt, wenn sie billig hergestellte Ware haben wollen, um sie zu hohen Preisen nachher abzusetzen.

Billiger als das zurzeit geschieht können nun aber viele Heimarbeiterinnen wirklich nicht mehr arbeiten. Schon jetzt ist ihr Arbeitsverdienst gar nicht selten niedriger als die Erwerbslosenunterstützungssätze. Das tritt nur deswegen nach außen nicht so deutlich in die Erscheinung, weil die Stundenverdienste von den Auftraggebern höher angegeben werden, als sie tatsächlich sind, und weil recht oft an der Arbeit mehrere Personen arbeiten, der Arbeitsverdienst also nicht den Lohn nur *einer* Arbeitskraft darstellt. Heute werden vielfach wieder die Kinder zur Hilfe bei der Erwerbsarbeit herangezogen, und zwar weit über den Rahmen des gesetzlich Zulässigen hinaus. Sie müssen die Wolle und die Seide für Strick- und Häkelarbeiten wickeln; sie ziehen die Fäden für Hohlsäume aus, und sie helfen auch unmittelbar bei der Arbeit. In typischen Heimarbeitsgegenden leidet heute wieder der Schulbesuch durch die Erwerbsarbeit der Kinder in ähnlicher Weise, wie dies vor Inkrafttreten des Kinderschutzgesetzes der Fall war. Kinderarbeit, wie auch die Hilfe alter Familienmitglieder, wird nun in der Regel nicht bewertet, so daß die Heimarbeiter sich oftmals selber über die tatsächlich durch ihre Arbeit erzielten Stundenlöhne täuschen. Bei der Abschätzung dieser Löhne bestehen zwischen Auftraggebern oder ihren Vertretern und den Arbeitern immer Differenzen. Die Schätzung ist auch nicht so leicht. Nur ganz selten werden die Arbeitskräfte selber gehört. Sie wüßten sich in den meisten Fällen auch kaum zu helfen. In der Regel sind die Heimarbeiter, ganz besonders die Frauen, so verschüchtert, und sie fürchten so sehr den Verlust ihrer Arbeitsgelegenheit, daß sie nicht wagen sich an maßgebender Stelle zu äußern oder gar zu protestieren. Aber selbst, wenn die Arbeiter gehört würden, wären die Schwierigkeiten nicht ganz beseitigt. Bei der unendlichen Vielheit der Arbeiten, die ununterbrochenem Wechsel unterworfen sind, ist eine Schätzung der erforderlichen Zeit nicht so einfach. In der Heimarbeit können weder Tages- noch Stundenlöhne gezahlt werden, sondern es kann nur eine Bezahlung nach Stück erfolgen. Billigerweise müßten die Stück-

löhne so bemessen sein, daß sie einer Durchschnittsarbeiterin einen Stundenlohn ermöglichen, der der Lohnhöhe anderer Arbeiterinnen in Betrieben entspricht. Im günstigsten Fall aber wird der Stücklohn nach der Arbeitszeit der allergeübtesten Arbeiterinnen bemessen. Nur allzuoft wären selbst diese erstaunt, wenn sie hörten, wie viel weniger Zeit für eine Arbeit als ausreichend angenommen wird als tatsächlich für sie notwendig ist.

Nirgends erfolgt die Lohnfestsetzung willkürlicher als in der Heimarbeit. Es ist dies ja auch erklärlich. In der Heimarbeit kennt man durch Gewerkschaften beeinflusste Lohnsätze nur dort, wo die Heimarbeit nicht die einzige Art der Herstellung bestimmter Waren ist, oder wo, wie in der Lederwarenbranche in einigen Gegenden Deutschlands, Heimarbeit von gelernten Arbeitern geleistet wird und nicht nur Füllarbeit ist. Die Arbeitsbedingungen der Heimarbeiter in der Lederbranche und in einigen Zweigen der Schneiderei waren in den letzten Jahren normaler Wirtschaft durchaus nicht ungünstiger als die der Werkstattarbeiter der Branche. Anders aber stand es schon immer um die Bedingungen der Heimarbeit, die nur oder überwiegend von Frauen ausgeübt wurde, und wo Werkstattarbeit für die in Frage kommenden Gegenstände überhaupt nicht vorkommt. Auf diese Arbeitsbedingungen konnten die Gewerkschaften bisher nennenswert nicht einwirken. Deshalb sollte die Gesetzgebung hier helfend eingreifen. Das Hausarbeitsgesetz vom 20. Dezember 1911, das mit so großem Tamtam nach der Elendsschilderung durch die Ausstellung im Jahr 1906 angekündigt worden war, bot so gut wie gar keine Handhabe dazu.³ Die wenigen Paragraphen, die eine, wenn auch nur minimale Einwirkung zuließen, traten erst 1918 in Kraft und auch nur mit Einschränkungen.⁴ So sind selbst damals nicht einmal für sämtliche Berufe Fachausschüsse errichtet worden, obgleich diese für Lohnfestsetzungen nur als Gutachter in Frage kommen. Bis zum Herbst 1923 waren in ganz Deutschland nur 29 Fachausschüsse vorhanden, und auch diese führten nur ein Scheindasein.

Diesem Zustand sollte durch das Gesetz zur Abänderung des Hausarbeitsgesetzes (Heimarbeiterlohngesetz) vom 30. Juni 1923 ein Ende gemacht werden.⁵ Jetzt sollte die Bildung von Fachausschüssen möglich sein, denen ein Recht zur Festsetzung von Löhnen zustand, die sogar für verbindlich erklärt werden konnten, wenn die Entgelte für Heimarbeit hinter den Löhnen der Werkstattarbeiter der betreffenden Gegend zurückblieben, und wenn eine Änderung auf tariflichem Weg nicht möglich war. Die einmütige Zustimmung aller Parteien im Reichstag zu dem Gesetz erweckte in weiten Kreisen der Bevölkerung die Hoffnung, daß es nun möglich sein werde der Heimarbeit zu helfen. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Bis jetzt sind Fachausschüsse nach dem Gesetz vom 30. Juni 1923, soweit eine Übersicht möglich ist, überhaupt nicht gebildet worden. Für Preußen sind die zuständigen Regierungsorgane, die Gewerbeaufsichtsämter, angewiesen worden aus Mangel an Mitteln die Bildung nicht vorzunehmen. Deshalb wird die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft in der Heimarbeit auch weiterhin nahezu unbeschränkt möglich sein, wenn man ihr nicht durch Selbsthilfe begegnet.

3) Siehe *Umbreit* Das neue Heimarbeitsgesetz, in den Sozialistischen Monatsheften 1911 III Seite 1650 ff.

4) Siehe *Stähler* Der lange Weg des Heimarbeiterschutzes, in den Sozialistischen Monatsheften 1918 I Seite 342 ff.

5) Siehe *Stähler* Ein Schritt zum Heimarbeiterschutz und Die Vielgestaltigkeit der Heimarbeit, in den Sozialistischen Monatsheften 1922 I Seite 350 ff. und 1922 II Seite 924 ff.

Hiermit aber hat es seine großen Schwierigkeiten. Nach den bisher gemachten Erfahrungen ist an Selbsthilfe nicht zu denken bei den durch erbärmlichste Arbeitsbedingungen stumpf gewordenen Bewohnern von Gebirgsgegenden, die an die Möglichkeit aus ihrer elenden Lage herauszukommen nicht mehr glauben, und sie ist auch nahezu aussichtslos bei den aus verschiedenen Gesellschaftsschichten stammenden Heimarbeiterinnen der Städte, weil unter diesen das einheitliche Klassenempfinden fehlt, das Voraussetzung für Solidarität im Streben nach besseren Lebensbedingungen ist. Daß die Arbeitskräfte in der Heimarbeit derartig ausgebeutet werden können, ist zu einem erheblichen Teil Schuld der Arbeiterschaft. Selbst organisierte Arbeiter, die nicht nur Gewerkschaftsmitglieder sind sondern sich aktiv an der Gewerkschaftsarbeit beteiligen, zeigen sich völlig gleichgültig gegenüber den Arbeitsbedingungen ihrer weiblichen Familienangehörigen, vor allen Dingen ihrer Frauen, die als Heimarbeiterinnen "hinzuverdienen". Es macht den Eindruck, als ob tatsächlich auch heute noch nur dann Interesse zur Erhöhung von Frauenlöhnen vorhanden ist, wenn dadurch die Gefahr des Lohnendrucks für die eigene Arbeit beseitigt oder die Frauenarbeit eingeschränkt werden kann. Es ist andernfalls gar keine Erklärung dafür zu finden, daß selbst Frauen von organisierten Arbeitern für unglaublich niedrige Löhne in der Heimarbeit tätig sind, ohne daß die Männer auch nur den Versuch machen eine Änderung der Zustände herbeizuführen. Mit dem üblichen Hinweis auf die "Dummheit der Frauen" ist diese Erscheinung nicht zu erklären. Eher dürfte die Annahme berechtigt sein, daß selbst von der organisierten Arbeiterschaft die Frauen und ihre Arbeit nicht als vollwertig betrachtet werden, und daß Erwerbsarbeit, die von den Frauen zu Hause verrichtet wird, ungefähr so bewertet wird wie die Hausarbeit der Frauen.

Diese Auffassung muß mit allen Mitteln bekämpft werden, schon im Interesse der Arbeitsbedingungen der Gesamtarbeiterschaft. Wie kann der Kampf gegen die Absichten des vereinigten Unternehmertums erfolgreich geführt werden, wenn die große Masse der auf Verdienst angewiesenen Frauen zu solchen Löhnen arbeitet wie es in der Heimarbeit der Fall ist? Es kann und wird nicht ausbleiben, daß die niedrigen Löhne, die für Heimarbeit gezahlt werden, auf die Löhne für Werkstatt- und Fabrikarbeit zurückwirken. Die Not hat in zahlreichen Fällen schon das Vorurteil beseitigt, daß Erwerbsarbeit gegen die Standesehre verstößt. Trotzdem besteht heute noch in den Reihen früher bessergestellter Frauen Abneigung gegen Fabrik- oder Werkstattarbeit. Auch diese Abneigung wird schwinden, wenn es sich herausstellt, daß auf die Dauer die Beschaffung der Existenzmittel durch Heimarbeit nicht möglich ist, und wenn die Notwendigkeit den Unterhalt zu bestreiten immer weitere Kreise in die ständige Erwerbsarbeit zwingt. Dann haben wir die Voraussetzung für erfolgreichen Lohndruck auch in der außerhäuslichen Erwerbsarbeit in ähnlicher Weise, wie er jetzt in der Heimarbeit anzutreffen ist. Alle auf Erwerbsarbeit angewiesenen Menschen werden aber in Werkstätten außerhalb des Hauses Gelegenheit dazu weder finden noch suchen. Es bleibt ein erheblicher Teil übrig, der in der Heimarbeit beschäftigt wird. Deshalb muß den Arbeitsbedingungen dieses Zweiges des Erwerbslebens mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden als bisher, und die Gesetzgebung muß endlich Maßnahmen treffen, die sich nicht nur auf dem Papier gut ausnehmen sondern auch durchgeführt werden.

Mit der Verabschiedung des Heimarbeiterlohngesetzes haben anscheinend weite Kreise ihr Gewissen beruhigt. Um diesen zu zeigen, daß trotzdem immer noch die Gelegenheiten zu schrankenloser Ausbeutung der in der Heimarbeit beschäftigten Personen nicht beseitigt, ja nicht einmal eingeschränkt sind, müssen die Arbeits- und Ausbeutungsmethoden der Heimarbeit wieder mehr der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden, eventuell auf die gleiche Weise wie es 1904 und 1906 geschehen ist. In Spitzenmessen und ähnlichen Veranstaltungen, wie sie die letzten Jahre gebracht haben, kommen wohl die Erzeugnisse von Hausfleiß und Heimarbeit zur Kenntnis der Besucher, aber nicht die Arbeitsbedingungen. Über diese erfährt man selbst auf Befragen der Auskunftspersonen auf solchen Ausstellungen nichts. Der Zweck der Zurückhaltung ist den Kennern der Verhältnisse bekannt. Die übergroße Mehrzahl der Ausstellungsbesucher denkt auch gar nicht an diejenigen, die die Ausstellungsgegenstände angefertigt haben. Im günstigsten Fall stehen sie interessiert vor den Ständen im Ausstellungsraum, wo Arbeiten durch hervorragend geschickte Hände angefertigt werden, und freuen sich darüber, "wie flink das geht".

Die Not der Heimarbeiterinnen schreit zum Himmel. Unter ihr leiden derartig viele Menschen, daß es höchste Zeit ist, daß dagegen eingeschritten wird. Bis jetzt ist dieses Arbeitsgebiet stark vernachlässigt worden, von der organisierten Arbeiterschaft sowohl wie von der Gesetzgebung. Wollen wir nicht zusehen, daß ein erheblicher Teil unserer auf Erwerbsarbeit angewiesenen Bevölkerung trotz fleißiger Arbeit verhungert, dann müssen wir für Änderung sorgen. Hierauf ist aber erst dann zu rechnen, wenn sich das öffentliche Gewissen regt. Dieses zu wecken ist deshalb erstes Erfordernis. Dazu sollten alle diejenigen durch Wort und Schrift beitragen, die über das Elend der Heimarbeit informiert sind.

ADOLF BEHNE · ÜBER DIE MODERNE BAUKUNST FRANKREICHS



Am Beginn der modernen französischen Baukunst stehen Auguste Perret in Paris und Tony Garnier in Lyon. In der historischen Entwicklung entsprechen sie ungefähr einem H. P. Berlage in Holland, einem Peter Behrens in Deutschland, einem Otto Wagner in Österreich. An Otto Wagner erinnert sehr stark das Bekenntnis Perrets, das er für das ihm gewidmete Heft der Prager Stavba niederschrieb: »Lebendige Architektur ist jene, die getreu ihre Epoche ausdrückt. Man findet ihre Beispiele auf allen Gebieten der Konstruktion. Man wird jene Werke wählen, die, streng untertan ihrer Bestimmung, verwirklicht durch rechte Verwendung des Materials, Werte des Schönen darstellen durch ihre Disposition, durch ihre harmonischen Verhältnisse, die bestimmt werden von den zugrunde liegenden Elementen des Notwendigen.«

Perret ist in erster Linie Konstrukteur. Als solcher ist er von genialer Kühnheit, vom Schlag eines Eiffel, dessen Geist wir auch in der wunderbaren Konstruktion wiederfinden, die Freycinet in Orly für die großen Dirigeableshallen auführt. Perret benutzt den Eisenbeton, um ein Knochengerüst zu schaffen, in das die Wände als leichte Füllungen gestellt werden. Am konsequentesten durchgeführt ist diese Technik in der Basilika zu Raincy. Die Haupt-

werke Perrets sind das Kasino in Saint Malo 1899-1900, ein Wohnhaus in der rue Franklin in Paris 1902-1903 (hier die entscheidende Wendung), eine Garage in der rue du Ponthieu in Paris 1908-1909, das Théâtre des Champs-Élysées in Paris 1911-1912. Die Geschichte dieses Baus ist ein Streit zwischen Perret und van de Velde geworden, in dem nicht nur deutsche Freunde wie Karl Ernst Osthaus (der aber den Verdiensten Perrets nicht gerecht wird) für van de Velde Partei ergriffen haben, sondern unter anderen auch Jacques Mesnil in einer Schrift Henry van de Velde et le Théâtre des Champs-Élysées. Es kann keine Frage sein, daß van de Velde als Künstler Perret überlegen ist, daß das, was am Théâtre des Champs-Élysées Raumgestaltung ist, das Verdienst van de Veldes bleibt. Wie weit aber die Hinausdrängung van de Veldes persönlichen Intrigen zuzuschreiben ist, wie weit sie überpersönlich den Sieg der modernen Konstruktion über die Architektur manifestiert, läßt sich auch nach der Schrift Mesnils kaum entscheiden. Die neueren Bauten Perrets sind die Docks in Casablanca 1916, die Ateliers Esders 1919, ein Turmhäuserprojekt 1922, die Basilika in Raincy 1923, Dekorationsatelier in Paris 1924. Alle diese Bauten zeigen eine großartige Erfindungskraft in der konstruktiven Gestaltung, besonders die Riesenateliers für Esders, und gleichzeitig einen schlechten Geschmack in der architektonischen Formgebung, der gelegentlich, so bei den Hochhäusern, fast grotesk wirkt.

Garnier ist durch und durch Architekt. Geboren ist er am 13. August 1860 in Lyon; er betrieb seine Studien in Lyon, Paris, Rom, unternahm Reisen, unter anderm nach Deutschland. In 2 großen Publikationen gibt er einen Einblick in seine Arbeit, die bewundernswert ist ebenso sehr wegen der Größe der Konzeption wie wegen der sorgfältigsten Kleinarbeit in der Durchbildung. Das Werk *Les grands travaux de la ville de Lyon* enthält Garniers Bauten, die er als Stadtbaumeister Lyons für diese Gemeinde ausgeführt, respektive projektiert hat, das Französisch-Amerikanische Sanatorium, das Hospital Grange Blanche, das Stadion, die Kunstschule, den Schlachthof, die städtischen Wohnbauten, die Hauptpost, das Telephonamt, einige Grabmäler und vor allem die imposante Bourse du travail mit ihren Kongreßsälen, Bibliotheken, Museen, Verwaltungsräumen usw. Edouard Herriot, damals Bürgermeister Lyons, jetzt französischer Ministerpräsident, hat die Mappe mit einigen Sätzen eingeleitet, denen folgendes entnommen sei: »Ich wünschte, daß das aufmerksame Studium dieses Werkes allen denen Nutzen bringe, die wie wir den Drang des Schaffens haben. Wenn man die Energie unserer bauenden Vorfahren mit unseren mittelmäßigen Ansätzen vergleicht, fühlt man sich klein. Unsere französischen Städte lassen noch immer alle die Organe vermissen, die für ihre zeitgemäßen Funktionen unentbehrlich sind... Ich weiß Herrn Tony Garnier Dank, daß er die Lehren des Altertums in ihrem weitesten Sinn interpretiert hat, und daß er eine Kampfstellung gegen jene künstlichen Erfindungen genommen hat, die uns so viele schlechte Kopieen nach Art der Madelaine oder des Palais Bourbon gebracht haben. Ich beglückwünsche ihn besonders, daß er durch sein Beispiel eine Architektur gefordert hat, die ihrer Zeit und ihrer Zone gemäß ist... Genug der Renaissancefassaden und der Pavillons im Stil demi Louis XVI... Tony Garnier ist Künstler, weil er die Kunst nicht sucht. Seine Theorie, wenn er eine hat, erscheint deshalb als wahrhaft klassisch. Es ist die antike Tradition, die zugleich die französische Tradition ist.« Umfassender, kühner noch ist

die Mappe *Une cité industrielle, étude pour la construction des villes*, in der eine moderne Industriestadt in allen Problemen des Wohnens, des Verkehrs, der Hygiene, des Unterrichts usw. mit einer meisterlichen minutiösen Sorgfalt und mit einem großen Reichtum wertvollster Anregungen ausgearbeitet ist.

Von Perret und Garnier sind die stärksten Impulse auf die junge Generation französischer Architekten ausgegangen. Gewiß haben diese Anschauungen noch den Sieg nicht davongetragen: so wenig wie bei uns. Zum Beispiel auf den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete sind sie noch ohne Einfluß geblieben. Da herrscht, in Frankreich noch ebenso wie in Belgien, der Antiquarismus. Hören wir das Urteil eines neutralen Kritikers, des holländischen Architekten Max Spejer, der sich in der *Architectura* vom 20. Januar 1924 also äußert: »Die Reise von Ostende nach Paris bietet kein hoffnungsvolles Bild dessen, was in den Friedensjahren hergestellt ist . . . Der Anblick ist recht traurig, vielerorts ein wildes Durcheinander aus Häuschen von einer lächerlichen Prätension, nirgends auch nur eine anziehende einfache Gruppierung. Wo hier oder dort nach einer planmäßigen Gruppierung gestrebt wurde, hat dies zu einem abstoßend trockenen Anblick geführt, gegen den selbst die wenigst geglückte unserer holländischen Gartenstädte eine genial phantastische Erfindung genannt werden muß.« Auch die Bauten der Exposition des arts décoratifs et industriels modernes bleiben nach den vorliegenden Plänen in einer sehr äußerlichen Dekoration (Spätlinge des Jugendstils): eine Enttäuschung nach dem Wortlaut des letzten Rundschreibens der Leitung, in dem es hieß: »Die Ausstellung wird alle dekorativen Künste umfassen, die mit der Architektur im Bunde sind: Möbel, Schmuck, die Kunst der Straße, des Theaters, des Gartens usw. Sie ist offen nur für Werke neuer Gesinnung, unter Ausschluß jeder Kopie, jeder Imitation. Aber neuartige Arbeiten wird sie aufnehmen, gleichviel, ob es Luxusartikel oder wohlfeile Erzeugnisse sind.« Die offiziellen Ausstellungsbauten (von Charles Plumet) sind, wie gesagt, eine Enttäuschung. Wichtig ist aber, daß Auguste Perret das Ausstellungstheater bauen wird, und daß der Pavillon für Post und Telegraphie dem jungen modernen Architekten Robert Mallet Stevens übertragen worden ist.

Ohne Perret, ohne Garnier wäre Le Corbusier, der bei Perret gearbeitet hat, kaum denkbar. Fügen wir hier einige kurze Daten über den Fortgang der Arbeit in Frankreich an. Le Corbusier hat seine ausgezeichneten, hier gewürdigten Aufsätze¹ gesammelt unter dem Titel *Vers une architecture* und gleichzeitig seine Vorschläge für eine Dreimillionenstadt unter dem Titel *Recherches des principes fondamentaux d'urbanisme moderne* als Flugblatt herausgebracht. In den neuen Heften des wieder erscheinenden *L'Esprit Nouveau* setzt er seine Artikelreihe fort. Angeschlossen haben sich der modernen Baubewegung in Frankreich R. Mallet Stevens, der sich von einem Projekt für den Aeroclub de France zu einer Villa in Huyères ausgezeichnet entwickelt hat, und Gabriel Guevrekian, der ein sehr gutes Hotel publiziert. Die Bewegung gewinnt an Intensität durch das kameradschaftliche Zusammengehen mit der holländischen Stilgruppe, deren Führer Theo van Doesburg jetzt in Paris arbeitet. (Es bleibt sehr zu bedauern, daß Doesburg nicht in Weimar innerhalb des Bauhauses Wirkungsmöglichkeit fand.) Einem Manifest der Stilgruppe, das die Überschrift *Auf dem Weg zum kollektiven*

1) Siehe *Behne Junge französische Architektur*, in den Sozialistischen Monatsheften 1922 I Seite 512 ff.

Bauen trägt, sei dieses entnommen: »Wir haben die gegenseitigen Beziehungen der Maße, der Proportionen, des Raums, der Zeit und der Materialien untersucht und haben die Methode gefunden sie konstruktiv als Einheit zu behandeln. Wir haben durch die Sprengung der Geschlossenheit (Wand usw.) den Gegensatz zwischen dem Außen und dem Innen aufgehoben. Wir haben der Farbe ihren wahren Platz innerhalb der Baukunst gegeben, und wir erklären, daß die vom Bau losgelöste Malerei (das heißt das Tafelbild) kein Lebensrecht hat. Die Epoche der Zerstörung ist endgültig vorbei. Eine neue Epoche beginnt: die Epoche des Aufbaues.«

Weniger radikal ist die Gruppe französischer Architekten, die in der Zeitschrift *L'Architecte* ihren Mittelpunkt hat. Gerade deshalb aber ist das Vorwort lesenswert, mit dem das genannte Organ, das bei Kriegsausbruch sein Erscheinen einstellte, kürzlich sein erstes neues Heft eröffnete. Es wird hier ohne weiteres eingestanden, daß der moderne Ingenieur nicht selten zu Resultaten gekommen ist, die den Architekten vom Fach beschämen. »Es erscheint erstaunlich und für die Professionels sogar ein wenig beschämend zu sehen, daß die Kunst des Bauens, ästhetisch betrachtet, sich im Schlepptau anderer Industrien befindet. Man muß in der Tat zugeben, daß die tiefgehende Erneuerung der Bauweisen, auch wo sie auf völlig neue Materialien angewendet wurden, nur sehr selten die Erscheinung erneuert (man denke an Perret). Die organische Schönheit der Struktur scheint wohl die einzige Schönheit zu sein, die in einer so sehr vom Prinzip der Zweckmäßigkeit beherrschten Kunst legitim ist. Doch scheint sie nur sehr selten Gegenstand der Untersuchung durch die Architekten zu sein. Es ist vielmehr unbestreitbar, daß eine allzu große Zahl von ihnen immer noch darauf aus ist einen Dekor a priori festzuhalten, der die Struktur schändet und nur ein mehr oder minder aufgefrischter Abklatsch von erledigten Bauwerken ist.« Es ist nun sehr interessant, daß der Herausgeber, ähnlich wie Herriot in seinem Vorwort zu Garniers Bauten das tut, in dieser betont sachlichen und antidekorativen Einstellung die wahre klassische Tradition sieht. Er antwortet auf die Frage, woran man einen modernen Bau erkenne, dieses: »Der entscheidende Punkt ist die Übereinstimmung zwischen dem Ausdruck und der Struktur. Die Konstruktion umfaßt nur die Elemente des Notwendigen, deren Kombinationen und Beziehungen genügen eine architektonische Wirkung zu schaffen. Ein zweites Charakteristikum, und dieses scheint mir für das Verständnis französischer Baukunst sehr wichtig zu sein, ein zweites Charakteristikum also von allgemeingültiger Bedeutung ist die *Einfachheit*.« Zusammenfassend heißt es da: »Der moderne Baumeister versagt es sich aus dem Riesenbestand der Nachahmungen zu schöpfen. Sein Tun ist mehr ein Konstruieren als ein Dekorieren. Um ein Kunstwerk zu schaffen, steht ihm nichts mehr zur Verfügung als die Untadeligkeit der Beziehungen, die Übereinstimmung der Farben und die Reinheit der Silhouette. So bekennt sich die neue Baukunst zu den klassischen Traditionen.« Wir ersehen hieraus, daß der Begriff klassische Tradition für den Franzosen ein völlig anderer ist als für uns, die wir ihn viel zu sehr mit Bildungsbegriffen beschwert haben; von jenen ganz abgesehen, die nur die 3 Säulenordnungen im Schädel haben. Und zwar macht da in Frankreich der Unterschied der Generationen nichts aus: Le Corbusier stellt den Parthenon und den Aeroplan in eine enge Verwandtschaft. Erinnern wir uns auch, daß Herriot an Garnier rühmt, er habe die Lehren des Altertums in ihrem weitesten Sinn interpretiert. Es sei an

dieser Stelle gestattet einige Worte zu zitieren, die Maurice Denis in einem Aristide Maillol gewidmeten Aufsatz über das Thema Klassische Kunst schrieb: »Kein Klassiker, der nicht ökonomisch mit seinen Mitteln umgeht, der nicht die Grazie des Details der Schönheit des Ensembles unterordnet, der nicht die Größe durch Prägnanz erreichen will.« Diese Worte lassen abermals erkennen, wie dem Franzosen klassische Tradition keine Fessel ist, denn sie bedeutet ihm keine Formensprache, keinen Kanon von Ornamenten, sondern einfach das gesunde Schaffensprinzip, das, unabhängig von bestimmten, zeitlich-formalen Ausprägungen, jeden Fortschritt der Technik des Materials aufnimmt und begrüßt, und bei allen Erneuerungen, zum Beispiel des Bauens, eine Gewähr gibt, daß nicht irgendein Teilproblem einseitig hervortritt, daß vielmehr stets die Beziehung auf den Menschen in seiner Totalität gewahrt bleibt: die Einfachheit.

Das außerordentlich hohe Niveau der holländischen Baukunst hat bei uns, mit Recht, vielfache Bewunderung geweckt. Nicht *nur* bei uns. Ein belgischer Architekt, Léonard, schreibt in der Cité: »Das Durchschnittsniveau der holländischen Baukunst ist so hoch, daß wir kaum zu hoffen wagen es jemals in Belgien zu erreichen.« Und auch L'Architecte sagt an einer Stelle des Vorworts: »Wenn sich Frankreich in der modernen Baukunst nur durch individuelle Versuche, übrigens solche von höchster Qualität, bemerkbar macht, so haben andere, weniger erschöpfte Länder bereits aus der Phase vereinzelter Anstrengungen den Übergang zu siegreich verwirklichten Einheiten finden können. L'Architecte wird eine große Anzahl von Reproduktionen den privaten und öffentlichen Bauten des neuen Amsterdams widmen. Ohne malerische Altertümeleien, ohne heimatkünstlerische Nachahmerei haben jene heutigen Bauten, an denen das Ornament fast verpönt ist, schon den Zauber der alten Baukunst. Hier triumphiert eine entschlossene moderne Baukunst, die mit allen Kräften der Überzeugung ausgerüstet ist.«

Für die engen Wechselbeziehungen zwischen den Ländern des Kontinents scheint es mir ganz besonders interessant zu hören, wie ein holländischer Künstler die Rolle der französischen, der englischen und der deutschen Baukunst für die Zukunft seines Landes beurteilt. R. N. Roland Holst konstatierte in einem Vortrag, den er an der Pariser Sorbonne hielt (auch Berlage sprach bei dieser Gelegenheit an der Sorbonne), den zeitweiligen Einfluß der englischen Cottagearchitektur. »Der Einfluß, der dann von Deutschland kam, war viel unpersönlicher, aber gleichzeitig zwingender; ärmer für das Gefühl aber unendlich energischer in seiner Wirkung . . . Englands Einfluß wirkte ausschließlich ästhetisch, der Einfluß Deutschlands wirkte mechanisch und technisch . . . Die angewandten Künste können nicht, wie man das in England glaubt, einzig durch die ästhetische Einsicht einzelner Personen gedeihen. Aber sie können ebensowenig, wie man das in Deutschland glaubt, unter der Tyrannei einer mechanischen Technik bestehen, die erst der Baukunst und dann den angewandten Künsten ihr Joch auferlegen möchte . . . Der englische Einfluß war lange vor 1914 zu Ende, der deutsche Einfluß endete in dem Schicksalsjahr.« Als Roland Holst seinen Vortrag im Februar dieses Jahres in Amsterdam wiederholte, leitete er ihn durch einige Sätze ein, denen wir noch folgendes entnehmen: »Wenn Deutschland, wie wir alle hoffen, bald seine alte Kraft gewinnt, und wenn deutsche Künstler ihre mächtige Energie auch in der Architektur wieder ausdrücken, dann scheint es mir für die jüngeren holländischen Künstler von großer Wichtigkeit zu sein, daß

unsere Bewegung nicht in toller Fahrt mitgeschleppt wird sondern selbst ihre Hand am Steuerrad halten kann. Das wird nun nach meiner Überzeugung nur der Fall sein, wenn die architektonische Entwicklung Frankreichs zu uns nicht völlig fremd steht, und wir uns nicht von ihr entfremden, wenn wir also in Holland offen bleiben für die Korrektur, die der romanische Geist immer und unter allen Umständen bedeutet. Unsere Einsichten hier sind reifer, tiefer und offener als unsere Leistungen. Für die Ausführung fehlte uns in Holland manchmal doch die Technik. In Deutschland war das vor dem Krieg umgekehrt, und wenn Deutschland sich erholt, wird die Energie seiner Architekten zu Werken treiben, die bedeutender scheinen als ihr verklärter Geist in Wirklichkeit ist . . . Das Gleichgewicht ist allein zu finden in der großen Tradition des romanischen Geistes.«

CHARLES ERSKINE SCOTT WOOD · DIE ZEICHEN DER WÜSTE · ÜBERTRAGEN VON MAX HAYEK



IEHE die Zeichen der Wüste:

Die unbewegte Wasserlache, von Hufen zerstampft;

Um sie herum leuchten die weißen Knochen derer,

Die zu spät kamen.

Ein wirbelnder Staubpfeiler, Walzer, den Wind und Erde tanzen:

Glänzende Schwarzwände von Obsidian,

Wo wilde Stämme ihre Pfeilspitzen schnitten.

Der Boden ist mit Überresten bestreut,

Genau wie sie sie fallen ließen,

Die Schnitte der Fertiger sind unverdunkelt

Von den stummen, hoffnungslosen Jahren,

Doch die Jäger dahin für immer.

Die Steppe schert sich um deren Tod nicht mehr

Als um den Tod von Armeen kriechender Grillen.

In der Sonne gleißend, weißer als Schnee, seh' ich die Gebeine

Jener, die gelebt haben, wie ich jetzt lebe.

Ihre Gebeine sind hier. Wo sind sie, die gelebt haben?

Ein dünner Schleier von Mücken versummt seine Stunde.

Ich weiß, sie sind meine Schwestern und ich

Geringer als der Sonnenuhrzeigerschatten dieses Felsens,

Denn der Schatten kehrt ja ewig wieder.

Unüberwindliche Stille. Undurchdringlich.

Sie zwingt die Seele hervorzutreten

Und befragt zu werden.

Nacht überwältigt mich.

Koyoten bellen zu den Sternen.

Auf dem Mitternachtssand lieg' ich,

Die Erde nachdenklich

Durch meine Finger siebend.

Ich bin dieser Staub.

Ich blicke zu den Sternen auf

Und weiß, daß ihnen mein Leben

Nicht wertvoller ist als das der Blumen;

Der kleinen, zarten Blumen der Steppe,
Die hauchgleich an des Frühlings Saum sich klammern
Und dahin sind.

Ich bin in die Wüste gekommen, weil meine Seele
Dürstet wie die Wüste dürstet:
Meine Seele, die die Seele von allem ist;
Weltweit. Nicht unterschieden.
Nach Wassern dürsten, die den Pfad voll Schönheit machen,
Das freundliche, wohlwollende Gras anlocken,
Die Weiden und Pappeln,
So daß wir in der irremachenden Hitze des Tages
In ihren Schatten ruhen mögen,
Besänftigt wie von den Händen stiller Frauen,
Und dem Gespräch der fließenden Wasser lauschen mögen.
Den Stimmen glücklicher Frauen,
Die Vertraulichkeiten austauschen.
Die kleinen Flüsse entlaufen den zerklüfteten Titanen,
Die in azurne Mäntel argwöhnisch gehüllt sind.
Sie stehen sich in den Busen der Steppe hinaus,
Und die Weiden folgen nach, mit Händen winkend
Und ihnen zurufend: »Entlauft nicht so schnell!«
Sie weben einen grünen Teppich in einer Öde
Und bauen den Vögeln eine sichere Festung.
Sie sind die Wasserträger
Für all die scheuen Dinge, die in der Steppe dürsten;
Doch zuletzt vermählen die ungeduldigen Lebensspender
Den weithingedehten Sümpfen sich,
Die in der jubelnden Frühlingszeit grün
Und im Herbst kupferrot sind.
Die binsigen Marschen sind Heiligtümer für Reiher, Ibisse und Enten,
Wiegen der stattlichen Kraniche, die, wenn das Jahr schwindet,
Hoch im blauen, wolkenlosen Dom kreisen
Und nach dem Südland verlangen.
Wer ist ihr Mahner?
Wer ihr Steuermann?
Die Berge umsäumen die Steppe amethysten
Und gürteten sie mit Opal;
Sie heben ihre Häupter in die Wölbung der Zeit
Hoch über unsere Drangsal.
Ihre luftigen Schlösser sind auf
Saphirene Fundamente begründet.
Meine Seele geht zu ihnen aus wie ein Vogel zu seinem geheimen Nest.
Die Berge sind die Wohnstatt des Friedens;
Der gequälten Seele ein Ort des Sinnens.
Hinter ihnen schlummert die Schöpfung, ein nackter Gott;
Sein Haupt ruht auf geborstnem Fels,
Den das Chaos schmolz;
Er träumt von größeren Göttern, die kommen.
Wer soll ihn wecken?

Sollen die Blumen ihn mit ihren zarten Fingern
 Oder mit der Musik ihrer bebenden Glocken wecken?
 Rittersporn und Blauglocken, Lupinen, Ähren von Lasur,
 Wilde Federnelken, rosig wie Auroras Bett?
 Sonnenblumen auf felsigen Berglehnen,
 Die Banner der Eroberung prahlerisch entfaltend?
 Oder das ferne, goldene Meer von Bigelovien,
 Das gegen Sonnenuntergang hinrollt?
 Die Blumen blühen fröhlich in der Steppe,
 Unbekümmert, ob du sie siehst oder lobst.
 Sie ermüden sich nicht mit Fragen
 Sondern erblühen in Vollkommenheit zum Leben
 Und in Vollkommenheit zum Tode
 Und lassen nichts ungesagt.
 Sie breiten den Füßen der Winde einen üppigen Teppich,
 Und den scherzenden Lufthauchen, die leicht über sie hinhüpfen,
 Flüstern sie duftend zu:
 ›Verweilt ein wenig, Brüder! Raubt uns unsere Leidenschaft,
 Denn unser Tag ist kurz, doch unsere Schönheit unvergänglich!‹

ANNA SIEMSEN · HUMANISMUS UND GEGEN- WARTSSCHULE

BEI der Betrachtung des humanistischen Gymnasiums sahen wir, daß und warum dieses in seiner gegenwärtigen Gestalt ein Trugbild, daher nicht zu retten ist.¹ Wir sahen indes auch, daß die Aufgabe des alten humanistischen Gymnasiums, die Aufgabe an einer vom Menschen aus gewonnenen Idee das Kind zur Einheit zu bilden, auch heute noch geleistet werden muß, und zwar auf einer breiteren Basis als sie je vorher gefordert wurde. Wir sind gehalten diese Grundlage zu finden, wenn wir nicht einem durchaus unsozialistischen Utilitarismus verfallen wollen. Und wir sind imstande sie zu finden, wenn wir die beiden Pole fest im Auge behalten, um die alle Erziehung kreist: das Kind als Ausgangspunkt, mit seinen vielfachen Möglichkeiten als Mikrokosmos und Energiezentrum, und die menschliche Gemeinschaft als Ziel, dem alle Entwicklung zustrebt, und in die das Kind hineinzubilden ist. Die Gefahren, die hier bestehen, und denen bisher jede praktische Schul- und Erziehungsorganisation unterlegen ist (theoretische Systeme haben diese Klippe eher vermeiden können), sind die: entweder von der Gesellschaft überhaupt zu abstrahieren und ein Bildungssystem in die Luft zu bauen oder die gegenwärtige Gesellschaft schlechtweg als die menschliche Gemeinschaft zu nehmen, die Ziel der Erziehung ist, und damit statt einer menschlichen Bildung von innen heraus eine Disziplinierung und Dressur von außen her eintreten zu lassen. Vermeidbar sind sie nur, wenn es gelingt in der Wirklichkeit selbst die Ansätze und Möglichkeiten zu finden, aus denen eine vollkommenere Gesellschaft sich bilden kann.

Diese Ansätze glaube ich in einem neu erwachenden Gemeinschaftswollen zu sehen, das nicht nur eine materiell gegründete Notgemeinschaft sondern

1) Siehe *Siemsen* Die humanistische Bildung, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 304 ff

eine gesinnungshafte Zielgemeinschaft erstrebte. Die Tatsache dieses Strebens ist auch auf allen Gebieten: dem wirtschaftlichen, dem politischen, dem religiösen und künstlerischen, nachweisbar und nachgewiesen, kämpft überall mit dem ungeordneten Individualismus der gegenwärtig wohl endenden Epoche und führt infolge dieses Zwiespalts zu den mannigfaltigsten Sektenbildungen. Diese sind heute unvermeidlich. Unvermeidlich ist auch ihr Übergreifen auf das Gebiet der Schule, und es scheint mir, daß sie hier eine bedeutende Aufgabe haben: die Kristallisationspunkte für eine Erneuerung dessen zu werden, was im alten Humanismus lebensvoll und menschenbildend war. Das Wesentliche war die gläubig erschaute und als Vollbild erfaßte Einheit, die wieder einheits- und stilbildend wirkte. Sie ist niemals in Wahrheit nachgebildet worden; das sehen wir heute, wo wir einen Abstand gegen diese Zeiten haben, mit voller Klarheit. Was erreicht wurde, war vielmehr etwas völlig anderes und Neues. Petrarca ist so wenig ein antiker Dichter wie Hölderlin. Beide wirken auf uns so stark, weil sie durchaus eigene Persönlichkeiten sind, in sich ruhend, aus sich das Gesetz ihrer Bewegung nehmend. Das selbe gilt für Michelangelo wie für Poussin, für Calvin wie für Lessing. Daß sie sich nach der Antike richteten, ist in der Tat bei ihnen allen unwesentlich, aber daß sie einheitlich gerichtete Menschen waren, ist sehr wesentlich. Diese Spannung und Richtung aber auf ein Wesentliches hin ist uns heute ebenso möglich wie sie es für jene war. Sie suchten den Menschen und fanden ihn im alten Griechenland, wir suchen den Menschen und finden ihn in den Forderungen und dem Glauben der vergangenen wie der gegenwärtigen Zeit, vor allem aber in den Forderungen unseres eigenen Gewissens. In dem Augenblick, wo unsere Erkenntnis nicht mehr Tatsachen registriert sondern Werte setzt, in dem Augenblick, wo sie wieder gläubig wird, wird sie auch wieder erzieherisch wirksam, menscheitsbildend. Dieser erzieherischen Kraft kann nun jede Wissenschaft teilhaft werden, und sie wird es in dem Augenblick, wo ihr der Mensch Ziel wird. Diese Einstellung, von dogmatischer Einstellung fern, gilt es für unsere Schule zu gewinnen.

Ich nehme ein gerade heute naheliegendes Beispiel: Anatole France. Er ist kein strenger Wissenschaftler, aber sein Erkennen ist sicher weiter, tiefer, klarer und weniger von Vorurteilen getrübt als das irgendeines zünftigen Fachgelehrten. Mit dieser Weite und Klarheit seines Wissens aber verbindet sich eine ganz entschiedene Willenseinstellung auf die Vermenschlichung der Welt. Beides gibt ihm die überzeugende Einheitlichkeit und nimmt ihm kein Iota von der naiven Anmut, die wohl nur einem Künstler, der zugleich Franzose ist, eignen kann. Er erscheint mir beispielhaft für die Möglichkeit eines Humanismus, der gegenwartswach und zukunftswillig ist. Unsere heutigen Universitäten bringen diese Typen nicht hervor. Sie lassen sie verkümmern. Bauen wir in ihnen oder neben ihnen, wie die politische Entwicklung es uns nun verstatten mag, die neue Pädagogik, die neue Wissenschaft zum Menschen und zum Kind hin, von der aus dann auch das Fachwissen umgestellt und belebt wird. Erst wenn diese Voraussetzung erfüllt ist, wird es angängig sein unsere Gymnasien und anderen höheren Schulen grundsätzlich umzubauen, denn dann erst werden wir die Möglichkeit haben uns vom heutigen Fachwissen zu lösen.

Heute bleibt jede Umgestaltung mehr oder weniger ein Spielen mit Rechensteinen, die man verschiebt, von denen man wegnimmt, und zu denen man

hinzufügt. Auch der größte Fortschritt, den wir anstreben: die Unterscheidung des Kern- und Wahlunterrichts, hilft hier gar nicht von Grund aus, so sehr sie erleichtern und freisetzen mag. Wenn Boelitz in seinem Schulaufbau betont, daß Schultypen eine Notwendigkeit seien, und daß es darauf ankomme sie klar herauszuarbeiten, so hat er recht. Unrecht hat er aber darin in unseren historischen Formen des Gymnasiums, des Realgymnasiums, der Oberrealschule und der neu angefügten Deutschen Oberschule solche Typen zu sehen. Das sind sie nicht mehr, oder sie sind es nie gewesen. Sie sind einfach Fachschulen und sogar noch ziemlich unvollkommene. Typus wird heute überhaupt keine Schule mehr durch die Zahl und Art ihrer Lehrfächer werden sondern nur durch einheitliche Zielsetzung und durch die Methode ihrer Arbeit. Und dabei ist etwas nachdrücklich vorwegzusagen. Trotz allen psychologischen Feststellungen nimmt unsere Schule noch viel zu wenig Rücksicht auf die Unterschiede zwischen Kindheit und Pubertätszeit. Wir sehen in den höheren Schulen die unteren Klassen noch viel zu sehr als Vorbereitung für die oberen an. Wir binden dadurch die Kräfte der Kinder, nehmen vorweg, was ihrem Alter noch nicht zukommt, und schicken sie übermüdet und abgestumpft in ihre wichtigste Periode, die der Pubertät. Für die freie geistige Arbeit, für das, was wir unter humanistischer Bildung hier verstehen möchten, kommt aber nur diese Zeit in Frage. Darum ist die erste Vorbedingung erfolgreichen Arbeitens in der spätern Zeit, daß vor Beginn der Pubertät die Kinder geistig geschont werden, daß hier das Schwergewicht auf körperliche, praktische und Ausbildung der Ausdrucksfähigkeit gelegt wird. Diese Umstellung ist so oft erörtert worden, daß ich nicht dabei zu verweilen brauche. Durchgeführt ist sie nirgends in Deutschland, auch nicht in den thüringischen Reformplänen. Ihre Durchführung wird auch erst dann möglich sein, wenn das Berechtigungswesen grundlegend umgestaltet, nicht wie bisher sanft gemildert wird.

Wir wollen für die neue Schule eines Humanismus der Zukunft nur gesund entwickelte junge Menschen mit frischen unverbrauchten Kräften des Geistes und Körpers. Daran liegt uns mehr als an einem bestimmten grammatischen Wissen, das durchaus nachgeholt werden kann. Nicht, als ob ich eine Fremdsprache für die zwischen Grund- und Oberschule liegenden Jahre ablehnen wollte. Eine Fremdsprache, die nicht als Hauptsache gewertet wird, läßt sich sehr wohl von normalen Kindern bewältigen. Ihre Aneignung, die auf Beobachtung und Nachahmung mehr als auf systematischem Denken beruht, regt gerade die im Kindesalter vorherrschenden Kräfte an, und daher wird sie von Kindern zumeist gern gelernt. 2 Fremdsprachen aber sind schon eine zu schwere Belastung. Vor allem aber sollte das Resultat dieser Zeit (bis zum 8. Schuljahr) weniger Stoffwissen als geübte Kraft der Kinder sein. Alles Wissen müssen wir in der folgenden Zeit doch noch einmal von Grund aus aufbauen. Sehr wesentlich, ich kann das aus vielfältiger Erfahrung nicht stark genug betonen, erschiene es mir überhaupt, wenn zwischen den Abschluß der mittlern Schule (bisherige Volksschulreife) und den Beginn der wissenschaftlichen Arbeit an der höhern Schule eine Zeit praktischer Arbeit geschoben werden könnte. Es ist nicht nur die körperliche Durchbildung, die wohltätig wäre. Ich glaube, daß irgendeine kaufmännische Lehre, irgendeine Mitarbeit im gesellschaftlichen Leben die gleiche Umstellung geben wird, die jeder Lehrer an Schülern kennt, die aus dem praktischen Leben in die Schule zurückkehren. Der Durchschnittsschüler kennt

nur eine Gemeinschaft, die ihn, den Schüler, und seine Ausbildung zum Mittelpunkt hat, er nimmt sie daher ganz selbstverständlich als Weltmittelpunkt, und gerade die Besten verfallen dadurch einem Subjektivismus, der quälend und unfruchtbar zugleich ist. Nur die Erfahrung kann ihnen das lebendige Bewußtsein der Gesellschaft und ihrer Forderungen geben und damit die für ihr weiteres Studium notwendige Problemstellung: Wie ist freie menschliche Entwicklung, für mich und andere, innerhalb der Gesellschaft möglich? (Weshalb die Landerziehungsheime und alle ihnen ähnliche Siedelungen und Internate, die theoretische und praktische Arbeit neben einander pflegen, nicht voll diese Aufgaben erfüllen, erhellt wohl aus dem eben Gesagten. Sie werden sich der Erfüllung um so mehr nähern, je mehr in ihnen die praktische Arbeit nicht dem Sport und der Übung sondern wirklicher Bedarfsdeckung dient.) Die Erfüllung dieser Forderung einer praktischen Zwischenzeit, die sich gar nicht lang zu bemessen braucht (1 Jahr genügte reichlich) ist heute unmöglich. Nicht wegen der erheblichen praktischen Schwierigkeiten, sondern weil die öffentliche Meinung dafür völlig unvorbereitet ist. Um so notwendiger ist die Propaganda für diese Forderung. Wie die weiterführenden Schulen im allgemeinen in ihrer innern Organisation zu denken wären: die landwirtschaftlichen, technischen, künstlerischen und wissenschaftlichen, davon ist schon oft gehandelt worden. Heute ist von der innern Gestaltung speziell der Schulen, die wissenschaftlicher Weiterbildung dienen, zu reden.

Da sei vorweg betont, daß heute eine verhängnisvolle Vermischung der verschiedensten Zwecke durch die Berechtigungs- und Reifeprüfungen erreicht wird. Bankhäuser, kaufmännische und industrielle Unternehmungen, Behörden und Technische wie Handelshochschulen, sie alle verlangen oder wünschen zum mindesten die Reifeprüfung. Das, was an allen diesen Stellen an sprachlicher Gewandtheit, naturwissenschaftlichen Kenntnissen, staatsbürgerlichem Wissen verlangt wird, ist aber himmelweit verschieden von der Selbstbesinnung der alten humanistischen wie der neu zu erstrebenden Bildung. Ich möchte in der Zukunft allen jungen Menschen eine solche Schule der Selbstbesinnung wünschen. Heute, unter der drängenden wirtschaftlichen Not, ist das ein unerfüllbarer Wunsch, und wenn alle die disparaten Elemente, die den verschiedenen praktischen Berufen zustreben, durch die Reifeprüfung und ihre Überschätzung auch in der Praxis in diese Schulen gezwungen werden, ist die Unmöglichkeit ihrer innern Erneuerung besiegelt.

Wir werden also an der Forderung höherer Fachschulen für Kaufleute, Techniker und alle akademischen Praktiker festhalten, Fachschulen, die naturwissenschaftliches und sprachliches Wissen mit besonderer Berücksichtigung der Praxis lehren und die Zulassung zur Hochschule sichern, da sonst diese Schulen wieder als mindern Werts gelten, und Standesvorurteil statt innern Bedürfnisses den andersgerichteten Schulen Schüler zuführen würde, die ihnen innerlich fremd sind. Äußerlich müßte also die Gleichordnung bestehen. Der Unterschied läge in einem andersgestellten Lehrziel und einer andersgestellten Methode, nicht in einer andern Auswahl der Fächer.

Ein Beispiel: Das praktische Leben, auch das fachwissenschaftliche Studium verlangt eine Beherrschung der französischen Sprache, die das Verständnis der Tagesliteratur sowohl wie wissenschaftlicher Werke sichert und den Verkehr mit den Menschen ermöglicht, daneben eine Kenntnis der fremden

Verhältnisse und so viel historisches Wissen, als zu diesem Verstehen notwendig ist. Das sind auch die Dinge, die eine normale Oberrealschule heute vermittelt. Das Gymnasium bleibt hinter ihr zurück. Eine Schule der Selbstbesinnung, wollen wir sie nun wissenschaftlich, philosophisch oder humanistisch nennen, sucht ganz etwas anderes. Sie wird versuchen aus den charakteristischen Werken der französischen Kultur ein Bild des eigentümlichen Menschentums zu gewinnen, das sich aus gerade diesen gesellschaftlichen Voraussetzungen gestaltet hat. Sie wird aus diesem Bild die Vergleichsmöglichkeiten und Maßstäbe für unser eigenes, verwandtes und doch wieder andersartiges gesellschaftliches Sein nehmen. Sie wird also, kulturphilosophisch und soziologisch bestimmt, die Schüler schließlich auf sich selbst zurück und zur Betrachtung ihres eigenen individuellen und gesellschaftlichen Seins führen. Sie wird so wertsetzend und zielbestimmend wirken, indem sie das Wesentliche zu sehen und wesenhaften Entwicklungen zu folgen lehrt. Daher kann sie nur die typischen Träger einer Kultur wählen, ohne Rücksicht auf ihre direkt praktische Brauchbarkeit: Pascal, Montaigne, Voltaire, Diderot, Rousseau, Corneille, Molière, Stendhal. Aus diesen muß sie zunächst wählen und aus ihrem Verständnis das Verständnis für die ebenso typischen und aus ihnen genährten Erscheinungen in der modernen Zeit gewinnen. Gelingt ein solcher Unterricht (und er kann bei einer Kultur gelingen, die so geschlossen, so eigengeartet und dabei so weit mit der neuern Entwicklung verwandt ist wie die französische), so wird das Ergebnis sicherlich eine geringere praktische Gewandtheit sein, ein vorläufiges Zurückbleiben hinter den aufs Nützliche geeichten Durchschnittsphilologen. Ebenso sicher aber befähigt die innere Selbstbefreiung eines solchen Unterrichts zu weit freierer Stellung gegenüber der Wirklichkeit, und damit gibt sie sicher die Möglichkeit auch das praktisch Versäumte nachzuholen.

Das Beispiel ist hier zufällig herausgegriffen. Denn der Stoff eines solchen Unterrichts ist zufällig, nicht wesentlich. Ich wollte zu zeigen versuchen, weshalb Latein und Griechisch nicht notwendige Zentralfächer des humanistischen Gymnasiums sind. Ich halte in der Tat den Bildungswert eines Pascal für ebenso groß wie den eines Cicero, und den eines Rousseau für nicht geringer als den eines Platon. Beide schließt keine absolute Wertung ein. Und sowenig mir Homer für irgendeinen europäischen Menschen entbehrlich scheint, so sehr bin ich von dem Ersatzwert einer guten Übersetzung überzeugt. Das heißt nicht: Latein und Griechisch seien verbannt. Vielleicht werden sie sich sogar mit besonderer Kraft behaupten. Wer will diese Entwicklungen voraussagen? Es heißt nur, daß eine humanistische Schule der Gegenwart Freiheit in ihrem Lehrplan und in ihrer Fachauswahl braucht. Diese Freiheit haben wir früher besessen. Alle unsere alten gelehrten Schulen setzten sich Plan und Ziel selbst. Und diese Freiheit ist der Nerv alles wissenschaftlichen Arbeitens schlechthin.

Es wird nur eine praktisch stichhaltige Einwendung gegen Minimalpläne und Freiheit für die weitergehenden Leistungen erhoben: Bei Ortswechsel und Wechsel der Anstalt werden die Schüler geschädigt und zurückgehalten. Dieser Einwand mag allenfalls für die unteren und mittleren Schuljahre begründet sein; ich halte ihn auch hier für nicht zutreffend. Durchaus verfehlt ist er für eine wissenschaftliche Oberschule. Hier muß dem Schüler Freiheit gewährt und verantwortliche eigene Arbeit von ihm verlangt werden.

Wer nicht imstande ist beim Übergang in eine neue Anstalt eine Umstellung vorzunehmen und sich in neue Lehrpläne hineinzuarbeiten, der ist ebenso ungeeignet zur wissenschaftlichen Arbeit wie der Student, der auf einer einzigen Universität hocken bleiben wollte, weil das Lehrsystem eines andern Professors Umstellung verlangte und Zeitverlust bedingte.

Der wesentliche Gewinn dieser freieren Lehrpläne, der Selbstverantwortung einzelner Anstalten, natürlich unter der Nachprüfung der Behörden, wäre die Freistellung der Lehrer, die Möglichkeit, daß der einzelne sich in seiner Persönlichkeit und auf seinem Gebiet frei auswirkt. Diese freie Wirksamkeit läßt sich nur dann wünschen und vertreten, wenn die so Befreiten keine Fachspezialisten sind sondern Lehrer im wahren Sinn des Wortes. Ihnen müssen Bedürfnis und Veranlagung ihrer Schüler, Forderungen und Möglichkeiten der Gesellschaft die beiden Bestimmungspunkte ihrer Arbeit sein. Erkenntnis dieser beiden ist aber nicht etwa ein Geschenk des Heiligen Geistes und gehört auch nicht zu den angeborenen Gaben des vielberufenen Erziehers von Gottes Gnaden. Es ist vielmehr ein Ergebnis eines klar geführten Studiums. Und damit kehre ich zu der Forderung einer neuen Lehrerbildung zurück. Der Fachspezialist muß vom pädagogisch und soziologisch geschulten Lehrer verdrängt werden, der aus dieser Schulung die Maßstäbe gewinnt, um seine Fachwissenschaft in die große Gesamtheit menschlicher Bildungsarbeit einzugliedern. Hierin, und nur hierin, sehe ich die Möglichkeit das Lebensvolle des alten Humanismus in einer ganz veränderten Gesellschaft zu erwecken.

Die Sonne Homers leuchtet auch uns. Nicht etwa deshalb sehen wir in der uns scheinenden Sonne die Sonne Homers, weil diese eine Spezial- und Normalsonne wäre, sondern weil sie eine Sonne ist, die über alle Völker leuchtet und geleuchtet hat, über Kreter, Perser und Elamiter ebenso wie über Walt Whitmans Bewohner der ganzen Erde. Mir scheint, daß gerade Whitmans allumfassende Erdenfreude das ist, was die Atmosphären unserer Schulen durchdringen sollte, und daß wir in ihr ein Vorbild dessen haben, was verwandelter, in gegenwartserfüllte Selbstbesinnung gewandelter Humanismus ist.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Kommunalsozialismus / Hugo Lindemann

Deutschland:
Steuernotver-
ordnung

Die auf Grund des 2. Ermächtigungsgesetzes von der Reichsregierung erlassenen Verordnungen greifen sehr tief in die ganze Gemeindeverwaltung ein, so tief, daß man in der Tat von einer Revolutionierung mancher Gebiete sprechen kann. Es sind insbesondere die 3. Steuernotverordnung und die dazu ergangenen Ausführungsverordnungen, mit der wir uns hier beschäftigen müssen. Diese Steuernotverordnung vereinigt eine Reihe von Bestimmungen über die Aufwertung von Vermögensanlagen mit der Einführung neuer Steuern,

die den Geldentwertungsausgleich zugunsten des Reichs und der Länder regeln wollen, mit dem Finanzausgleich, also einer Abänderung des Finanzausgleich- und des Landessteueränderungsgesetzes, regelt weiter die Mitwirkung der Gemeindebehörden im Besteuerungsverfahren und bringt schließlich Vereinfachungen der Steuerrechtspflege und des Strafrechts, die im wesentlichen auf eine Entrechtung des steuerzahlenden Bürgers zugunsten der besteuerten Körperschaft und zur Bequemlichkeit ihrer Organe hinauslaufen: also ein Sammelsurium aller möglichen Gebiete. In dieser Rundschau interessieren nur die Vorschriften der Verordnung, die sich mit den Gemeinden beschäftigen.

Da ist zunächst der § 7 von Bedeutung, aus dem Abschnitt über die Aufwertung, der sich mit den Sparkassenguthaben und ihrer Aufwertung beschäftigt. Danach sollen Sparkassenguthaben, die bis zum 31. Dezember 1924 bei der Aufwertungsstelle angemeldet sind, in der Weise aufgewertet werden, daß die Teilungsmasse von einem Treuhänder unter die Gläubiger verteilt wird. Der von diesem aufgestellte Teilungsplan muß von der Landesregierung oder einer von ihr bestimmten Stelle genehmigt werden. Teilungsmasse ist natürlich nur dann vorhanden, wenn das Sparkassenvermögen, das in Hypotheken angelegt war, seinerseits aufgewertet wird, wie das in § 2 vorgesehen ist. Die Landesregierungen treffen nähere Bestimmungen über die Bildung und Verteilung der Teilungsmasse sowie über den von dem Schuldner der Sparkasse zu leistenden Beitrag und geben Grundsätze für die Bemessung der Verwaltungskostenbeiträge. Da nun die ganze Aufwertung überhaupt nur 15 % beträgt, und die Zahlung nicht vor dem 1. Januar 1932 verlangt werden kann, eine Verzinsung erst vom 1. Januar 1925, und zwar mit dem niedrigen Zinssatz von 2 % beginnt, so kann man sich ungefähr ausrechnen, wieviel auf die einzelnen Sparkassenguthaben schließlich entfallen wird, nachdem noch die Verwaltungskosten von der Teilungsmasse abgezogen sind. Entfielen doch im Jahr 1921 in Preußen auf die Kontogröße bis zu 600 Mark nicht weniger als 61,8 % der Gesamtzahl der Sparbücher. Die 600 Papiermark machten in der 1. Hälfte des Jahres rund 40 Goldmark aus und sanken in der 2. Hälfte auf 12 Goldmark herab. In der Mehrzahl der Fälle wird die ganze Aufwertungsaktion nur ein Scheinmanöver sein und den Sparkassen eine ungeheure Masse von Arbeit bringen, da sie ja doch die ganze vorbereitende Arbeit für den Treuhänder zu leisten haben werden. Soweit die Sparkassen Hypothekengläubiger sind, kommt ihnen der § 2 ff. zugute, ebenso die Aufwertung der Pfandbriefe und ähnlicher Vermögensanlagen, soweit sie solche in ihrem Besitz gehabt haben. Was ihnen auf der einen Seite gegeben wird, nimmt ihnen auf der andern der Artikel 2, der im § 16 die Verzinsung und Einlösung von Anleihen des Reichs und der Länder bis zur Erledigung sämtlicher Reparationsverpflichtungen hinausschiebt. Da die Sparkassen zum Teil durch Gesetz gezwungen waren ihr Vermögen in mündelsicheren Inhaberpapieren, also in erster Linie in Schuldverschreibungen des

Reichs und der Länder anzulegen, so hatten sie recht beträchtliche Teile darin investiert. 1921 waren 27,1 % des zinsbar angelegten Vermögens in Inhaberpapieren angelegt, von denen bei den preußischen Sparkassen 71,1 % auf Schuldverschreibungen des Deutschen Reichs, 11 % auf solche Preußens entfielen. Hatten schon in der Zeit vor dem Krieg die Sparkassen mit ihren Inhaberpapieren recht wenig günstige Erfahrungen gemacht (Konvertierungen und Kursrückgänge brachten wiederholt recht bedeutende Verluste), so ist die Beteiligung der Sparkassen an den Kriegsanleihen ein außerordentlich schlechtes Geschäft für sie gewesen. Nun hört auf Grund des § 16 jede Verzinsung und Einlösung für unbestimmte Zeit auf. Wenn die Sparkassen auch nicht verpflichtet sind den Reichsmarkbetrag von Zinsen und Kapital zum Nennbetrag als Schuld erfüllt anzunehmen, so ist dies nur ein schwacher Trost für die Sparkassen.

Den Gemeinden und Gemeindeverbänden kommt die Stundung der Verzinsung ihrer Anleihen in gleichem Umfang wie dem Reich und den Ländern zugute. Soweit nicht, wie die Verordnung vorsorglich hinzusetzt, durch Reichsgesetz etwas anderes bestimmt wird. Allerdings ist damit den Gemeinden nur angedroht, daß einmal etwas anderes bestimmt werden könne. Irgendeinen andern Zweck hat dieser Zusatz nicht; denn selbstverständlich kann durch Reichsgesetz immer an der Steuernotverordnung geändert werden. Aber der § 16 gibt der Obersten Landesbehörde auch noch das Recht in Einzelfällen, sofern besondere Verhältnisse vorliegen, für die Anleihe einer Gemeinde eine abweichende Regelung zu treffen. Da weniger als nichts für Verzinsung und Rückzahlung nicht gezahlt werden kann, kann es sich nur um die Aufwertung einer kommunalen Anleihe handeln. Die Oberste Landesbehörde kann also eine Gemeinde zur Zinszahlung und Einlösung zwingen. Offenbar wird sie nur in seltenen Fällen von diesem Recht Gebrauch machen, denn sie würde es mit sämtlichen Gemeinden ihres Landes zu tun bekommen, wenn sie es unternehmen wollte im einzelnen Fall solche Zwangsvorschriften zu erlassen. Und in der Tat ist auch nicht abzusehen, warum das, was dem Reich und den Ländern recht ist, nicht auch den Gemeinden billig sein sollte. Der Absatz 5 des genannten Paragraphen schafft dann für die Aufnahme neuer Anlagen durch die Gemeinden eine

gewisse Grundlage, insofern er bestimmt, daß sie mit Vorrang vor den im Absatz 1 bezeichneten Anleihen zu verzinsen und zu tilgen sind. Zustimmung der Obersten Landesbehörde ist auch hier vorgeschrieben. Da niemand den Gemeinden auch nur einen Pfennig leihen würde, wenn nicht Verzinsung und Tilgung ausreichend sichergestellt sind, namentlich nachdem die Gemeinden die Vorteile der Inflation bei der Rückzahlung ihrer Anleihen voll ausgenutzt haben, liegt die Bedeutung dieser Bestimmung weniger darin, daß sie die Einräumung eines Vorrangs ermöglicht, als daß sie wieder einmal die Zustimmung der Obersten Landesbehörde vorschreibt.

Von besonderer Bedeutung ist der Geldentwertungsausgleich zugunsten der Länder, da die Gemeinden an seinem Ertrag beteiligt sind. Nach näherer Bestimmung des Landesrechts sind die Länder verpflichtet in engem Zusammenhang mit der Regelung des Mietszinses von bebauten Grundstücken eine Steuer zu erheben. Ihr Ertrag soll zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs der Länder und Gemeinden dienen, sowie des Aufwands, der durch die Übertragung der Aufgaben der Wohlfahrtspflege, des Schul- und Bildungswesens und der Polizei nach § 42 der 3. Steuernotverordnung erwachsen wird. Für die Förderung der Neubautätigkeit müssen mindestens 10 % des Steueraufkommens verwandt werden. Die Besteuerung kann entweder die Form einer besondern Aufwertungssteuer haben oder auch die einer Steuer vom Grundvermögen. Sie soll so bemessen werden, daß durch die Miete mindestens die Betriebs- und Instandsetzungskosten gedeckt werden, die nach den bestehenden Verhältnissen des Gebäudes erforderlich sind. Dem Eigentümer müssen am 1. April 1924 30 % der Friedensmiete verbleiben. Für die Grundstücke, die mit wertbeständigen Hypotheken belastet waren, sowie für die Grundstücke, die am 1. Juli 1914 unbelastet oder höchstens mit 20 % des Gesamtwerts belastet waren, sind Ausnahmen vorgesehen. In Preußen ist die Hauszinssteuer durch Verordnung vom 1. April 1924 in der zweiten Art als Steuer vom Grundvermögen geregelt worden, und zwar als Zuschlagssteuer zu der Steuer vom Grundvermögen, die das Gesetz vom 14. Februar 1923 neu geregelt hatte. Der Zuschlag beträgt das 4fache der Grundvermögenssteuer. Die Hälfte des Aufkommens wird für den Neubau verwandt, von der andern fließt

je ein Viertel dem Land und den Gemeinden zu. Von der 1. Hälfte nimmt der Staat ein Viertel für sich in Anspruch, drei Viertel werden nach Maßgabe des örtlichen Aufkommens auf die Stadt- und Landkreise verteilt. Doch kann der Regierungspräsident auf Antrag bestimmen, daß kreisangehörige Städte, Ämter und Landbürgermeistereien mit mehr als 10 000 Einwohnern im Umfang ihres örtlichen Aufkommens an die Stelle der Landkreise treten. Das Viertel der 2. Hälfte, das den Gemeinden zufließt, wird in der Weise auf die Stadt- und Landkreise verteilt, daß ein Achtel nach Maßgabe des örtlichen Aufkommens den Stadt- und Landkreisen zufällt, das andere Achtel in den Landkreisen nach dem Maßstab der Bevölkerungszahl unter sie, auf die Stadtkreise nach dem Maßstab der veredelten Bevölkerungszahl verteilt wird. Wenn nun in Landkreisen Gemeinden selbst Bezirksfürsorgeverbände sind oder den Fürsorgeaufwand ganz oder zum Teil selbst zu tragen haben, dann bestimmen die Minister die weitere Verteilung. Gemeinden, die Waldbesitzer sind, bringt der § 37 eine Aufwertung der Kaufgelder, soweit die Holzhändler den vereinbarten Zahlungstermin nicht eingehalten oder den Kredit der öffentlichen Körperschaften in Anspruch genommen haben.

Der Artikel 5 bringt die wichtigen Änderungen am Finanzausgleichsgesetz und enthält den § 42, der die Aufgaben der Wohlfahrtspflege, des Schul- und Bildungswesens, der Polizei den Ländern und weiterhin den Gemeinden überträgt und damit auch die Lasten dieser Aufgaben auflädt. Der Anteil der Länder an der Einkommens- und Körperschaftssteuer wird auf 90 % erhöht. Das Reich behält also nur noch 10 % zurück, einen für die Deckung der Verwaltungskosten immerhin recht hohen Betrag. Die Erhöhung ist in Preußen den Gemeinden nicht zugute gekommen, denn hier wird der Anteil der Gemeinden und Gemeindeverbände durch die Verordnung vom 1. April 1924 von 55 auf 50 % des Landesanteils herabgesetzt. Von den 20 % des Aufkommens an Umsatzsteuer erhalten die Gemeinden und Landkreise drei Fünftel als Gemeindeanteil.

Von ganz außerordentlicher Tragweite ist der § 42 nebst der dazu erlassenen Fürsorgepflichtverordnung. Danach werden, wie bereits erwähnt, die Aufgaben der Wohlfahrtspflege, des Schul- und Bildungswesens und der Polizei den Ländern zur selbständigen Regelung und

Erfüllung überlassen. Diese bestimmen, inwieweit die Gemeinden an der Erfüllung der einzelnen Aufgaben zu beteiligen sind. Zu den Aufgaben der Wohlfahrtspflege rechnet der § 42 die Fürsorge für die Sozial- und Kleinrentner, die soziale Fürsorge für die Kriegsinvaliden und Kriegshinterbliebenen, die Fürsorge für hilfsbedürftige Minderjährige, die Wochenfürsorge, die Flüchtlingsfürsorge und die Leistungen nach dem Tumultschädengesetz. Zur Durchführung dieser Aufgaben sind Fürsorgeverbände zu bilden, auf die dann auch die Lasten übergehen. Die Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 regelt dann die Organisation der Fürsorge in den Hauptzügen. Sie unterscheidet Landesfürsorgeverbände und Bezirksfürsorgeverbände. Im übrigen bestimmen die Länder, welche Körperschaften diese Aufgaben übernehmen, und wie sie gebildet werden sollen; ferner, wie man den Kostenaufwand unter den Fürsorgeverbänden zu verteilen hat, endlich, welche Behörden alle diese Dinge durchzuführen haben, Verfahren, Beschwerde und Aufsicht, Beteiligung der Hilfsbedürftigen, Durchführung der Fürsorge usw. Preußen hat nun in seiner Ausführungsverordnung vom 17. April 1924 die Kreise zu Bezirksfürsorgeverbänden gemacht, zu Landesfürsorgeverbänden die Provinzialverbände. Die Aufgaben der Landes- und Bezirksfürsorgeverbände werden von den verfassungsmäßigen Organen der Gemeinden und Gemeindeverbände als Selbstverwaltungsangelegenheiten behandelt. Durch die Einsetzung der Kreise als Träger der Fürsorge sollte der alte Wunsch nach der Bildung leistungsfähiger Träger für die Aufgaben der Armenpflege und der übrigen Wohlfahrtspflege erfüllt werden. Damit war aber das Problem, wie nun die Kreise die Aufgaben im einzelnen durchführen sollten, nicht gelöst. Denn wenn auch die Kreise gewisse Zweige der Wohlfahrtspflege bereits übernommen und in vielen Fällen durchaus zweckmäßig und erfolgreich bearbeitet haben, so handelte es sich doch bei ihnen um solche Zweige, die zu einem Teil ihrem Wesen nach über die Leistungsfähigkeit der kleineren Landgemeinden und Städte hinausgingen, zum andern Teil aber auch innerhalb der Beschränkung auf die einzelnen Gemeinden gar nicht gelöst werden konnten. Nunmehr handelt es sich aber nicht darum, wer die bereits oben genannten Aufgaben, sondern vor allem auch darum, wer die Armenpflege übernehmen soll. Hier müssen sehr häufig Maßnahmen in

dringenden Notfällen, Entscheidungen sofort getroffen werden, und die unmittelbare Kenntnis des einzelnen Falls aus eigener Anschauung ist dabei unentbehrliche Voraussetzung. Durch besondere Kreisorgane läßt sich offenbar Armenpflege nicht treiben: man müßte denn gerade in jeder Gemeinde solche Kreisorgane anstellen. Die preußische Verordnung sieht daher vor, daß die Durchführung der Fürsorgeaufgaben von den Landkreisen den kreisangehörigen Gemeinden und anderen Gemeindeverbänden ganz oder teilweise übertragen werden kann. Das ist der Grundsatz der Regelung. Da sich nun aber in den Kreisen größere Gemeinden und Gemeindeverbände finden, die durchaus imstande sind aus eigenen Kräften die Aufgaben zu erfüllen (es gibt in Preußen Landgemeinden, die über 50 000 Einwohner haben), mußte die unbeschränkte Durchführung dieses Grundsatzes auf den Widerstand dieser Gemeinden stoßen, die sich mit Recht auf ihre erfolgreiche Tätigkeit berufen konnten. Die Verordnung sieht daher vor, daß Gemeinden und Gemeindeverbände von mehr als 10 000 Einwohnern beantragen können, daß ihnen die Fürsorgeaufgaben übertragen werden, und daß dem Antrag zu entsprechen ist, soweit nicht die Durchführung durch den Bezirksfürsorgeverband selbst für eine wirtschaftlich gesunde Erfüllung der Fürsorgeaufgaben erforderlich ist. Werden ihnen die Aufgaben übertragen, so haben sie sie selbstständig unter eigener Verantwortung zu verwalten. Um eine einheitliche Durchführung der Fürsorgeaufgaben sicherzustellen, die durch eine so weitgehende Übertragung der Aufgaben bedroht sein kann, kann der Kreisausschuß Richtlinien aufstellen, die für die Gemeinden verbindlich sind. Darüber hinaus ist der Kreisausschuß sogar befugt den Organen der Gemeinden Weisungen hinsichtlich der Art und Weise der Durchführung zu erteilen. Wir haben hier also die eigenartige und neue Erscheinung, daß ein Selbstverwaltungskörper dem andern subordiniert wird, und zwar in einer Weise, wie sie bisher nur zwischen Staatsbehörden und Selbstverwaltungsorganen auf dem Gebiet der sogenannten übertragenen Aufgaben bestand. Es werden also Selbstverwaltungskörper verschiedener Rangklassen geschaffen, von denen die einen befugt sind Richtlinien für die Tätigkeit der andern aufzustellen, die für diese verbindlich sind. Das bedeutet offenbar das Ende der Selbstverwaltung des untergeordneten

Körpers. Denn diese bestand ja gerade darin, daß Verwaltungsaufgaben unter eigener Verantwortung, selbständig in Angriff genommen und gelöst werden.

Kurze Chronik Am 28. und 29. Mai fand in Godesberg eine Tagung des *Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik* statt. Die Verhandlungen beschäftigten sich mit der Entwicklung der Selbstverwaltung seit 1918, der Bekämpfung der Wohnungsnot und der Einstellung der Städte in die künftige Wirtschaft und Wirtschaftspolitik des Deutschen Reichs. Allgemein war die Klage darüber, daß seit der Revolution die Stellung der zentralen Bürokratie gegen die kommunale Selbstverwaltung verstärkt worden sei, und die Besorgnis vor der Lahmlegung der Selbstverwaltung durch die Kommunisten in den Stadtparlamenten. Der Vortrag des Oberbürgermeisters Most behandelte auch die Bedeutung des Sachverständigengutachtens für die Städte. \diamond Der Deutsche Städtetag hat dem Reichstag eine Eingabe zur Vereinfachung der Organisation der *Arbeitsvermittlung* unterbreitet. Er verlangt die Aufhebung der Landesämter und Übertragung der fachlichen Aufsicht an die Aufsichtsbehörden der Gemeindevirtschaft, der wirtschaftlichen Funktionen der Landesämter an örtliche Arbeitsnachweise, die als Zentralen eines umfassenden Wirtschaftsgebiets eine anerkannt führende Stellung einnehmen. \diamond Die von der Stadt *Berlin* erlassene neue Wertzuwachssteuerordnung ist auf die Fälle beschränkt, in denen der Veräußerer das Grundstück erst nach dem 31. Dezember 1919 erworben hat, will also die Ausländer und Spekulanten treffen, die die Zeit des Währungsverfalls und der Hausbesitzernot zum billigen Erwerb von Grundstücken ausgenutzt haben. Die Steuerordnung vereinfacht die Berechnung des Erwerbspreises und des Veräußerungspreises durch Ausschaltung der zahlreichen Zu- und Abschläge, die die frühere Gesetzgebung kannte. Es werden nur 3 Hinzurechnungen zum Erwerbspreis gestattet: Veräußerungskosten (8% des Erwerbspreises), Aufwendungen für Bauten und andere dauernde Verbesserungen und ferner bei unbebauten Grundstücken die Aufwendungen für öffentliche Grundstückszabgaben. Vom Preis werden die Kosten der Veräußerung und Übertragung einschließlich der Vermittlungsgebühr abgezogen. Die Steuer beträgt 30% des Wertzuwachses.

Nationale Bewegung / Adoli Reichwein

Bulgarien und Südslawien Als der Bauernführer Stambolijskij noch die Regierungsgeschäfte in Bulgarien führte, war er bemüht gegenüber den früheren Kriegsgegnern eine entgegenkommende Politik zu treiben. Besonders gegenüber Südslawien; er hoffte auf den Tag des großen föderativen südslawischen Staates, der Bulgarien, Serbien, Kroatien und Slowenien in sich vereinigen sollte. Er bekämpfte alle, die die Härten des Friedensvertrags nicht vergessen wollten, den Bulgarien infolge des deutschen Zusammenbruchs annehmen mußte, und vor allem diejenigen, die immer und immer wieder an Mazedonien zurückdachten, das zwischen den siegreichen Serben und Griechen aufgeteilt worden war, und den alten bulgarischen Traum nach dem Besitz der thrakischen Küste am offenen Mittelmeer weiterträumten. Das Friedensprogramm Stambolijskij's begegnete psychischen Schwierigkeiten, die sich ihm in der öffentlichen Meinung entgegenstellten (siehe auch den Artikel Zankows Bulgarien nach dem Umsturz, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 116 f.). Nach dem Sturz Stambolijskij's erwartete man eine Schwenkung im auswärtigen Kurs im Sinn der großbürgerlichen großbulgarischen Idee. Sie blieb jedoch zunächst aus. Das Kabinett Alexander Zankow setzte die übernommene Verständigungspolitik fort. Im Januar dieses Jahres erst ließ es neue Pläne durchblicken. In einer weit hin beachteten Rede sprach der Ministerpräsident jetzt zum erstenmal von den Lasten (das Wort läßt sich hier auch mit Bedrückungen übersetzen), denen die mazedonischen Bulgaren unter serbischer Herrschaft ausgesetzt seien; auch von dem dringenden Bedürfnis Bulgariens nach einem ägäischen Hafen, dem uralten Wunsch der Großbulgaren, und der Notwendigkeit der Abänderung des Friedensvertrags, soweit die bulgarische Armee darin in Frage kommt. Angesichts der allgemeinen südslawisch-bulgarischen Spannung (auf dem Höhepunkt des südslawisch-italienischen Konflikts wegen Fiume erwartete man, daß Bulgarien gegen Belgrad bei dieser günstigen Gelegenheit vorgehen würde) bedeutete Zankows Rede eine Verschärfung der Lage. Mit der allmählichen Umstellung der bulgarischen Außenpolitik nach dem Tod Stambolijskij's trat eine zunehmende Bewegung unter den mazedonischen Bulgaren selbst zutage

(jugoslawische Staatszugehörigkeit). In den mazedonischen Bergen lagerten noch von dem bulgarischen Rückzug nach dem Zusammenbruch der Salonikfront her versteckte Waffen, die eines Tages zu einem bewaffneten Aufstand der dort ansässigen Bulgaren gegen die Serben benutzt werden sollten. Über den Grad der Entrechtung des bulgarischen Volkteils im serbischen Mazedonien kann gestritten werden, auch heute noch, nachdem der Völkerbund die Verhältnisse dort zu klären versucht hat. Eines ist gewiß: daß die bulgarischen Männer sich so bedrückt fühlten, daß sie 60 000 Kämpfer insgeheim bewaffneten. Während jedoch ihr Führer, Theodor Alexandrow, noch Verbündete für den günstigen Augenblick zu werben suchte, kam der große, überraschende Stimmungsumschwung: Die mazedonische Bewegung lenkte in das Fahrwasser der friedlichen parlamentarischen Opposition ein, an deren Spitze der kroatische Bauernführer Raditsch steht. Damit ist wohl vorläufig die Gefahr eines mazedonischen Aufstands beschworen; die bulgarischen Mazedonier werden vielmehr an den nächsten Wahlen teilnehmen.

Wenn sich tatsächlich die oppositionellen Gruppen in Südslawien, vor allem Kroaten und Mazedonier, bei den Wahlen vereinigen, dürfen sie eine parlamentarische Mehrheit erhoffen, die das zentralistische Kabinett Paschtsch stürzen kann. Da das Ziel der Opposition nicht die Auflösung des jetzigen jugoslawischen Staatsverbandes ist, so wäre die Folge des Sieges der Opposition ein Weg der Mitte: Die starken nationalen Minderheiten könnten sich unter einer föderativ eingestellten Regierung freier als bisher entwickeln. Das verheiße dem mittlern Balkan am besten allgemeine Beruhigung.

Daß die Dinge sich nun so zu fügen scheinen, ist ein besonderes Verdienst Raditsch' selbst. Sein Prinzip war stets, daß die Opposition ohne Gewalt vorgehen müsse, sich nur auf parlamentarische Mittel stützen dürfe. Mit dieser Taktik auf weite Sicht hat er allmählich die gesamte kroatische Bevölkerung für seine Politik gewonnen. So konnte er auf parlamentarische Tätigkeit verzichten, bis die Mehrheit endgültig gesichert wäre. Die mazedonische Opposition hat sich durch seine ruhige Art allmählich mit der kroatischen verbündet, so daß nach den nächsten Wahlen die föderalistischen Forderungen auch parlamentarisch durchgekämpft werden können. Diese klare Entwicklung der jugoslawi-

schen Opposition ist für das Verhältnis Südslawiens zu Bulgarien von zentraler Bedeutung. Ein föderativ gegliedertes Südslawien wird der Idee einer Föderation aller Südslawen offener sein.

Armenier

Die Doktor Lepsius-Orientmission hat es sich zur Aufgabe gemacht dem armenischen Volk bei seiner Wiederaufrichtung zu helfen. Über das Schicksal dieses Volkes während des Krieges wurde in dieser Rundschau (1920 I Seite 51 f. und 1921 I Seite 562 f.) im Anschluß an die Herausgabe der Aktenstücke Deutschland und Armenien durch Lepsius und an den Teilirianprozeß wiederholt berichtet. Über die Arbeit der Orientmission unterrichtet das Organ der Gesellschaft Der Orient Potsdam, Tempelverlag. In einer Reihe von Publikationen wird weitere Aufklärung über die unsagbaren Leiden und Martern gegeben, unter denen sich die Deportationen der Armenier während des Krieges vollzogen. Die vom Jungtürkischen Komitee im Frühjahr 1915 beschlossene Verschickung erfaßte von den etwa 1,8 Millionen zählenden Armeniern 1,4 Millionen, nämlich die gesamte armenische Bevölkerung Anatoliens; sie lebte hauptsächlich in Ostanatolien, in den Wilajets von Erserum, Wan, Bitlis, Diarbekr, Siwas und Charput. Nach den Anweisungen der türkischen Regierung, insbesondere den Anordnungen Talaats, wurde die Deportation so ausgeführt, daß nur etwa 10 % der Verschickten am Ziel ankamen, während die übrigen unterwegs ermordet wurden oder durch Hunger und Erschöpfung zugrunde gingen. Von der Verschickung verschont blieben etwa 200 000 Menschen, in der Hauptsache die Stadtbevölkerung von Konstantinopel, Smyrna und Aleppo, teils durch die Bemühungen der Botschafter und führenden deutschen Offiziere in der Türkei teils durch die Vorteile ihrer sozialen Stellung, die es ihnen erlaubte sich loszukaufen. Das festzustellen ist wichtig, weil es die Behauptung widerlegt, die Massakers seien eine Folge der Ausbeutung der Türkei durch die armenischen Kaufleute, die eine spontane Volksbewegung gegen die Armenier hervorgerufen habe. In Wirklichkeit waren sowohl die Armenierverfolgungen von 1895-1896 wie die ungleich schrecklicheren von 1915 und den folgenden Jahren, wie Johannes Lepsius in seinem Gutachten im Teilirianprozeß (jetzt abgedruckt im Anhang zu Therese Lehmann-Haupt Erlebnisse eines 12jährigen Knaben während

der armenischen Deportationen /Potsdam, Tempelverlag/) bekundet hat, administrative Maßnahmen der türkischen Regierung. Sie trafen die gesamte Bauernschaft von Anatolien, die 80 % der armenischen Bevölkerung ausmachte, samt den Handwerkern, die größtenteils Armenier sind, also Volksteile, bei denen der Vorwurf der Ausbeutung anderer schon an sich sinnlos ist.

In manchen handwerklichen Berufen spielen in ihren Wohngebieten die Armenier eine so wichtige Rolle, daß man nach den Verfolgungen oft in die größte Verlegenheit geriet, weil kein Brot gebacken werden konnte, und die armenischen Bäcker nur gegen die feierlichsten Zusicherungen der Schonung bewogen werden konnten aus ihren Verstecken hervorzukommen und ihren Beruf wieder auszuüben. Jacob Künzler, ein Schweizer Arzt, der während des Krieges als einziger Neutraler in Ura in Mesopotamien einen Teil der Geschehnisse miterlebte und sich in aufopfernder Weise für die Armenier einsetzte, schildert Gesehenes und Erlebtes in einem Buch Im Lande des Blutes und der Tränen /Potsdam, Tempelverlag/. Es ist reich an grauenhaften Einzelheiten. Der Verfasser enthält sich jeder Reflexion und wirkt deshalb mit dem, was er berichtet, um so stärker. Im Schlußwort nennt er aus seiner 20jährigen Erfahrung heraus die Armenier ein freiheitliebendes und äußerst intelligentes Volk; unter dem lebenszerstörenden moslemischen Gewaltregiment und dem Druck periodisch wiederkehrender Massenabschlachtungen sei sein Charakter sicherlich nicht gebessert worden. Niemand verstehe es so gut wie der Armenier sich in allem auch den schwierigsten Verhältnissen anzupassen und überall einen Gewinn herauszuschlagen. Wie man im alten Europa keinen Bahnbau ohne italienische Arbeiter kannte, so im Orient keinen Handel ohne Armenier. »Aber die Armenier« fährt Künzler fort »sind nur zum kleinsten Teil Kaufleute. Wohl 80 bis 90 % der Gesamtbevölkerung sind Bauern, und ein beträchtlicher Teil sind Handwerker. Die fleißigsten Arbeiter am Bagdadbahnbau waren Armenier. Die Vertrauensposten überall beim Bagdadbahnbau hatten die Armenier inne . . . Es war undenkbar und unmöglich, daß die Bagdadbahngesellschaft an irgendeinen großen und wichtigen Vertrauensposten einen Türken oder andern Mohammedaner hätte stellen können. Und wenn nun der alte Orient endlich einer Erneuerung entgegengehen soll, wenn neues Leben aus

den Ruinen des Orients hervorblühen soll, wenn Kulturwerke und Kulturwerte entstehen sollen, so bedarf es dazu unbedingt der armenischen Volkskraft; ohne diese bliebe der Orient eine Wüste.«

Balkankunde Zur Balkankunde ist eine Reihe recht brauchbarer Monographien erschienen. Der Verlag L. W. Seidel in Wien hat einen von Hugo Grothe verfaßten Beitrag zur Landeskunde *Bulgariens* herausgegeben (in der bekannten Sammlung *Angewandte Geographie*). In knappen Umrissen werden die klimatisch-geologischen und die volkstümlichen Voraussetzungen des bulgarischen Lebens geschildert. Staat und Kultur erscheinen in ihrer historischen Entwicklung. Die Wirtschaft wird in den wichtigsten Zweigen nur gestreift. Die Darstellung ist für die Zeit bis 1910, bis zum Ausbruch der großen Balkanerschütterung also, ganz unrichtig. Man vermißt jedoch Hinweise und Material, die den wichtigen Ereignissen im wirtschaftlichen und politischen Leben Bulgariens gerade der letzten 10 Jahre gelten, man vermißt auch die Eingliederung in größere Balkanzusammenhänge, besonders sind die Reflexe der außenpolitischen Stellung des modernen Bulgariens, die für sein inneres Leben von so großer Bedeutung sind, nicht gewürdigt. Vielleicht wird diesen Mängeln durch Ergänzungen in einer spätern Auflage abgeholfen. Erfreulicher gerade mit Rücksicht auf diese Aktualität wirkt die Arbeit Friedrich Schmalz' *Großrumänien* (in der Sammlung *Auslandskunde* /Gotha, Friedrich Andreas Perthes/). Sie konzentriert sich auf eine grundsätzliche Analyse der Wirtschaftslage und gibt im Zusammenhang damit wichtige sozialpolitische Aufschlüsse. Die Kapitel über Agrar- und Industrewirtschaft, über Verkehrs- und Finanzlage sind bis in die jüngste Zeit nach dem Krieg ergänzt. In einem besonders Abschnitt sind die Verhältnisse der nationalen Minderheiten in Neurumänien (Banat, Bessarabien, Bukowina, Dobrudscha, Siebenbürgen) geschildert. Das Ganze zeugt von intensivem Studium an Ort und Stelle und ist durch willkommene Quellennachweise ausgezeichnet. Die Handlichkeit des wertvollen Buchs wird durch ein kurzes Schlußregister erhöht. Es wäre wünschenswert, daß der Verlag in dieser Form seine Sammlung erweiterte. Die ganze junge bewegte Geschichte *Südslawiens* wird ungemein lebendig in den glänzend geschriebenen Schilderun-

gen Hermann Wendels Aus dem südslawischen Risorgimento /Gotha, Friedrich Andreas Perthes/. Die Lagerung der volklichen Eigenarten des heutigen südslawischen Staats, überhaupt seine föderative Struktur (die sich ja allmählich auch nach außen politisch durchsetzt) wird einem durch diese seine geistige Vorgeschichte der letzten 150 Jahre recht anschaulich gemacht. Wie wichtig für uns gerade die geistige Welt der Südslawen ist, sagt Wendel selbst: Es »rauschen hier die Quellen eines Stromes, der auch unser Ufer netzt. Das südslawische Risorgimento ist die geistige Vorgeschichte des südslawischen Staates, der nach Vereinigung unserer österreichischen Brüder mit uns unmittelbarer Nachbar der Deutschen Republik sein wird.« Aber das Buch enthält nicht nur eine glänzende Darstellung sondern zugleich die Verarbeitung eines seltenen Wissens um die südslawischen, nicht einfachen Zusammenhänge. Mehr unterhaltsam, aber durchaus nicht minder geeignet zum Kennenlernen südslawischer Volkstümer sind Wendels Reiseschilderungen Von Belgrad bis Buccari, eine unphilosophische Reise durch Westserbien, Bosnien, Hercegovina, Montenegro und Dalmatien /Frankfurt, Sozietätsdruckerei/. Wobei sofort am Rand bemerkt werden muß, daß Wendel nach einem dem Buch als Motto vorangestellten Wort Alfred Kerrs »nicht Reisebeschreibung sondern das Erinnern an Lebensstunden« gibt. Das ist es auch: eine farbige Folge von Bildern über Bildern, manchmal nur Skizzen in wenigen Strichen, aber dann um so treffender in aller Kürze bezeichnende Ereignisse oft in der Wendung einiger Worte. Ein lustiges und doch so nachdenkliches Buch. (Die schlecht wiedergegebenen Photographieen hätte man besser draußen gelassen.)

Von ganz anderer Art sind die »20 Jahre Balkanerinnerungen«, denen die Verfasserin, M. Edith Durham, den heute besonders unpassenden Titel Die slawische Gefahr gegeben hat /Stuttgart, Robert Lutz/. Das Buch kennzeichnet die *englische Stellung* zum neuen Balkan; es hat die Vorzüge solcher englischen Publikationen, deren Bedingtheit wir aber nie aus dem Auge verlieren dürfen. Es ist einerseits ein reiches Buch, illustriert mit ungezählten aufschlußreichen Episoden, der Blickkreis geweitet durch vielfache historische Beziehungen (Geschichte hat ja heute in Südslawien noch eine viel unmittelbarere Bedeutung als bei uns im Westen), und viel drastische

Anschauung steckt darin. Aber alle politischen Folgerungen diktiert von Furcht und Haß gegenüber dem Slawentum. »Die Geschichte Montenegros, wie diejenige sämtlicher Balkanvölker, ist nur ein Ausschnitt aus dem gigantischen Rassenkampf der Slawen und Germanen um die Vorherrschaft im Nahen Osten. Vor diesem einen starren und ganz unhistorischen Rassenmaßstab vergehen alle sachkundigen Maßstäbe, mit denen man allein die vielfältige (und nicht so leicht gereimte) historische Wirklichkeit erfassen kann. Politisch wird darum das Buch der Engländerin ganz wertlos. Es hilft uns keinen Schritt weiter in den gewiß schwierigen Situationen der jungen Gestaltungen des Balkans. Und schließlich läßt sich an den Zielsetzungen oder Perspektiven eines Buches, wenn sie schon gegeben werden, am einfachsten die eigene kritische Stellung ermessen. Die Verfasserin schreibt: Die nach dem Weltkrieg auf dem Balkan gezogenen Grenzen werden wohl kaum von Dauer sein. Das von den Serben annektierte Montenegro ist in übler Verfassung. Nur durch ein starkes Truppenaufgebot gelingt es den Serben die Monteneginer unterdrückt zu halten. Auch in Bosnien, Mazedonien und Kroatien sind die Verhältnisse sehr schlecht. Und es ist gut möglich, daß das heutige Großserbien nicht länger bestehen wird als das mittelalterliche Reich Stefan Duschans. Großgriechenland verkrümelt sich eben jetzt in Kleingriechenland. Der Verlust Thraziens droht.« Keine konstruktive Idee, kein Auge für die jungen aufbauenden Kräfte auch auf dem schwierigen, volklich so bunt besetzten Boden Südslawiens. Das Buch ist in dem diplomatischen Wirrwarr der Vorkriegszeit stecken geblieben. Heute ist der Balkan weiter marschiert.

Kurze Chronik Das neue Gesetz über die *Einwanderung in die Vereinigten Staaten* ist in letzter Stunde noch durch einen Beschluß des Repräsentantenhauses wie des Senats bis auf weiteres außer Kraft gesetzt worden. Die amerikanische Regierung gibt sich so noch eine Bedenkzeit, ehe sie die Bestimmungen, über deren weittragende Konsequenzen sie nicht im unklaren ist, durchführt. Nach diesen Bestimmungen wird die Gesamtzahl der Einwanderer von 360000 auf 160000 pro Jahr verringert. Bemerkenswert ist, in welchem Maß die Quoten der einzelnen Länder verändert wurden. Die deutsche Einwanderungsquote wird nur von 68000

auf 50 000 herabgesetzt, die englische von 77 000 auf 62 999, dagegen zum Beispiel die italienische von 42 000 auf 4000. Die Bill sieht, und das ist ihre schärfste Spitze, ein radikales Verbot der japanischen Einwanderung vor. Japan hat offiziell gegen diese Bestimmung protestiert. ◊ Die Lage der Deutschen in Südslawien hat sich verschlechtert. Eine der letzten Maßnahmen des Kabinetts Paschitsch war die Auflösung des Deutschen Kulturbunds. Der Deutsche Kulturbund ist seinerzeit mit Genehmigung der Regierung gebildet worden. Er blieb unbehelligt, solange die Deutschen die Regierungsmehrheit der Radikalen unterstützten. Als sie jedoch gemeinsam mit den Kroaten in die Opposition gingen, genügte das sie als Staatsfeinde zu erklären, deren Verbände man einfach auflöst. Der Auflösung des Kulturbunds folgte die Aufhebung der deutschen Vereine in Slowenien. Und diesen Maßnahmen folgten Übergriffe der serbischen Bevölkerung gegen deutsche Bauern. ◊ Das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale hat die Moskauer Politik gegenüber Georgien verurteilt. Es betonte, daß die georgische Bevölkerung den von den Bolschewisten eingesetzten Behörden feindlich gegenüberstehe, daß diese die Verantwortung für die Verwüstung Georgiens und das Terrorregime tragen, das nach den Methoden reaktionärer Regierungen, mit brutaler Gewalt Arbeiterstreiks und Protestkundgebungen unterdrückt und die elementaren Grundsätze des Zusammenlebens zivilisierter Völker verletzt habe. ◊ In der englischen Presse las man kürzlich, daß der Professor Gregory von der Universität Glasgow eine Forschungsreise durch Chinesisch Tibet abgeschlossen hat. Man wurde dabei an den frühern diplomatischen Streit zwischen England und Deutschland um die Interessensphäre des Jangtse erinnert. Als England damals die Erweiterung seiner Interessensphäre von der Mündung des Jangtse nach dem Innern aufgeben mußte, versuchte es den Jangtse wirtschaftspolitisch von Indien aus über Tibet zu erobern. Dieses Bestreben hat nie aufgehört; von ihm unternommene geographische Exkursionen sind nur wirtschaftliche Fühler. Beachtenswert ist, daß in Kanton Straßenplakate die Bevölkerung auffordern englische und amerikanische Waren mit Boykott zu belegen. Andere Plakate fordern das Volk auf sich zusammenzuschließen, um die alten Sitten zu wahren und »die chinesische Nation zu retten«.

WISSENSCHAFT

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Marxkritik

Ein Buch des Amerikaners *Maurice William* Die soziale Geschichtsauffassung, das im Nebentitel eine »Widerlegung der Marxischen wirtschaftlichen Geschichtsauffassung« verspricht und drüben große Aufmerksamkeit erregt haben soll, ist jetzt in deutscher Übersetzung erschienen /Berlin, Trowitzsch & Sohn/. Seine Polemik wirft auf amerikanische Parteiverhältnisse, auf den Dogmatismus, der dort im sozialdemokratischen Lager vielfach noch zu herrschen scheint, mancherlei bezeichnende Schlaglichter. Insofern mag sich die Ansicht des Übersetzers bestätigen, daß dieses Werk, dessen Verfasser ein Vierteljahrhundert in der Partei tätig gewesen ist, auch für den deutschen Leser Interesse haben werde. Doch nur insofern. Nach neuen Einsichten und Ausblicken sucht man darin vergebens. Die Marxkritik, die in den revisionistischen Debatten vor nunmehr 2½ Jahrzehnten zu Wort kam, war ungleich schärfer und umfassender, vor allem aber von einer gerechtern Würdigung der evolutionistischen Momente Marxschen Denkens getragen. Und wie das neue Görlitzer Programm zeigt, hat sich der von ihr vertretene Standpunkt durchgesetzt. Jener innere Zwiespalt zwischen einer aus der Marxschen Frühzeit übernommenen revolutionären Ideologie, die alles vom "Zusammenbruch des Kapitalismus" erwartet, und der von der Partei in Wirklichkeit betriebenen Reformpolitik, ein Zwiespalt, auf den William immer wieder hinweist, gehört in Deutschland, wenigstens was die gezeigte sozialistische Partei anlangt, zur Vergangenheit. Jene einstmals so wichtige, doch heute offenbar unhaltbare Ideologie ging, von allen Zügen realistischer Denkart losgelöst, als Erststück auf die unter bolschewistischem Kommando stehende sogenannte kommunistische Bewegung über, die daraus Parolen für ihr sinnloses Geschimpfe über den angeblichen Arbeiterrat der Sozialdemokratie und für eine töricht wirre Spaltungstaktik schöpfte. Sie wurde zum Aushängeschild dumpfer Ressentimentsinstinkte, die in einer Art von herostratischem Wahnsinn die einzig wirksamen Waffen, die durch gewerkschaftliche und politische Organisation in jahrzehntelanger Arbeit für den Klassenkampf geschaffen waren, zerbrechen möchten und sich bei diesem selbstmörderischen Tun als Vollstrecker Marxscher Ideen gebärden.

Williams Polemik gegen den Marxismus basiert auf einzelnen herausgerissenen Aussprüchen Marxens, die, aus dem impulsiven Temperament und den jeweils gegebenen historischen Konstellationen ohne weiteres erklärbar, mit den Richtlinien der Marxschen soziologischen Forscherarbeit und mit seiner sozialen Grundanschauung in keinerlei organischer Beziehung stehen. So kommt ein völlig verzeichnetes Bild des Marxschen Geistes heraus, das sich von den Karikaturen, die bolschewistische Gewaltanbeter vom Marxismus entworfen haben, kaum irgendwie noch unterscheidet. Statt von vornherein auf den allgemein evolutionären Grundgedanken der ökonomischen Geschichtsauffassung Marxens zurückzugreifen, um sich von diesem Allgemeinen her zu orientieren, das Wesentliche im Marxismus von bloß zeitbedingten Äußerungen zu unterscheiden, geht er einer solchen prinzipiellen Auseinandersetzung vorerst in weitem Bogen aus dem Weg, um hinterher gelegentlich in einigen Zitaten auf diese so lange völlig ignorierte Wesensseite des Marxismus hinzuweisen. Kein Zweifel scheint ihn anzufechten, ob denn überhaupt die ganze von ihm bis dahin in bolschewistischem Stil entworfene Marxcharakteristik noch haltbar ist. Sein Vorurteil gegen den Marxismus treibt ihn zu den wunderlichsten Widersprüchen. Die deutschen Mehrheitssozialisten, das redet er den Bolschewisten, denen er sonst so feindlich gegenübersteht, ohne weiteres nach, hätten die Grundsätze Karl Marx' verraten. Warum? Weil sie an dem Reformprogramm der Zweiten Internationale festhielten, das den Gesetzen der sozialen Entwicklung entspreche und überall die Massen für den Sozialismus empfänglich mache. »Wenn die Sozialisten die Unterstützung der Massen wiedergewinnen und sich erhalten wollen, werden sie die utopistischen antisozialen Grundsätze Karl Marx' aufgeben und ihren Aufruf auf das praktischere Reformprogramm der Zweiten Internationale aufbauen müssen . . . Die marxistischen wissenschaftlichen Sozialisten lobpreisen die Dritte Internationale, weil deren praktisches Programm die theoretischen Prinzipien Karl Marx' zugrunde liegen. Aber gerade dies ist die Ursache, weshalb die Dritte Internationale zum Untergang verurteilt ist.« Der Leser faßt sich bei derartigen Expektorationen, die ähnlich durch das ganze Buch hindurchgehen, unwillkürlich an den Kopf. Weist dieses hier von William als realpolitisch anerkannte Reformprogramm der Zweiten

Internationale denn nicht in jedem Zug auf das der Ersten zurück, das von Marx selbst verfaßt ist und seine gereifte Auffassung über die durch die ökonomische Entwicklung der Arbeiterklasse zunächst vorgezeichneten Zielsetzungen widerspiegelt? Wie soll also die deutsche Sozialdemokratie dadurch, daß sie in ihrem Programm und ihrer Taktik an jener von Marx selbst formulierten Richtung festhielt, an seinen »Grundsätzen« Verrat begangen haben? Irgendwelcher Sinn läßt sich in diese Behauptungen nur hereinbringen, wenn man annimmt, nach des Verfassers Meinung habe Marx selber in jener berühmten Inauguraladresse vom Jahr 1864 und überall sonst, wo er in seinen Schriften und Briefen sich zu einer von der Arbeiterklasse zu erstrebenden Reformpolitik als einer unumgänglichen Voraussetzung für die Entwicklung zum Sozialismus bekennt, »Verrat« an seinen eigenen »Grundsätzen« begangen und so den späteren Verrätern vorgearbeitet. So grotesk das klingt, scheint das tatsächlich Williams Ansicht. Der Marx, der in dem Vorwort zum Kapital die heutige Gesellschaft einen »umwandlungsfähigen und beständig in dem Prozeß der Umwandlung begriffenen Organismus« nennt, und dem es von diesem Standpunkt aus als selbstverständlich gelten muß, daß eine Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft, wenn überhaupt, nur auf dem Weg einer stufenweise fortschreitenden, die Lage und die Machtposition der Arbeiterklasse stufenweise hebenden Umbildung der gegebenen Ordnung möglich ist, wird von William um dieser Einsicht willen für einen Eklektiker und Kompromissmenschen gehalten, der seinen eigentlichen Kerngedanken aus Popularitätsrücksichten mit allerhand fremdem Flitterwerk behängt. Unser Autor sagt das nicht ausdrücklich; aber aus der Art, wie er die Reformforderungen in den Programmen der marxistisch-sozialistischen Parteien für einen Abfall von der marxistischen Grundidee erklärt, geht das unverkennbar hervor. Die Stupiditäten des Bolschewismus, der Aufruf zum "Bürgerkrieg", zur "Diktatur des Proletariats", zur "Zertrümmerung" oder zur "Abwürgung des Staates" präsentieren sich ihm, den Eindruck hat der Leser, im Licht logisch echter Konsequenzen des Marxismus, den man nach diesen seinen Früchten einzuschätzen und zu beurteilen hat. Auch die Bewilligung der Kriegskredite durch die deutschen Sozialdemokraten nach Ausbruch des Weltkriegs figuriert bei

William, ebenfalls nach bolschewistischem Rezept, als ein Verrat an dem Marxismus; obwohl aus den veröffentlichten Briefen Marxens ja ohne weiteres hervorgeht, welchen Wert er, und zwar gerade auch im Interesse der Arbeiterbewegung, auf die Herausbildung und Selbstbehauptung großer nationaler Staaten legte. Einen so zurechtgemachten Marxismus zu widerlegen und zu überwinden ist dann freilich kein schweres Stück.

So irreführend mithin die Bezeichnung Marxismus für die von William bekämpfte Richtung ist, der kritische Feldzug gegen einen veralteten revolutionären Dogmatismus, die Forderung einer mit dem wirklichen sozialen Entwicklungsverlauf in engem Konnex stehenden sozialistischen Reformpolitik könnte verdienstlich und im Rahmen der amerikanischen Sozialdemokratie ein förderndes Moment sein. Vollkommen unverständlich ist es aber, wie William, dieser angebliche Realpolitiker, die gegebene soziale Wirklichkeit so weit aus dem Auge verlieren kann, daß er allen Ernstes von der Partei ein Aufgeben des Klassenkampfstandpunkts verlangt. Die Vorstellungen, die er mit dem Wort Klassenkampf verbindet, sind von geradezu erstaunlicher Naivetät. Er sieht in diesem Kampf einen »Bürgerkrieg«, durch den die Arbeiterklasse, wenn sie dabei Sieger bleibt, sich an die Stelle der vertriebenen Kapitalisten setzen will, um nun ihrerseits, als Herrin der Produktionsmittel, die Gesellschaft auszubeuten. Phantasmen, wie man sie in Deutschland schon bei Militärs antipreußischen Schläges kaum finden dürfte. Der allerelementarste Ausdruck jeder Arbeiterbewegung, eben der gewerkschaftliche Zusammenschluß, durch den allein den übermächtigen Unternehmerkapitalisten bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen abgerungen werden können, und in Ergänzung dazu der politische Zusammenschluß zu einer Arbeiterpartei, die Forderungen im Interesse der Arbeiterschaft wie der ihr gleichgestellten ungeheuren Mehrheit der Gesellschaft durchsetzen, jene Bewegungsformen, die den treibenden Hintergrund alles sozialen Fortschritts bilden: was sind sie anders, wenn nicht Klassenkampf, aus der ökonomischen Struktur einer Gesellschaft mit kapitalistischer Warenproduktion notwendig hervordringender Klassenkampf, der, in seinen Tendenzen erfaßt, einer immer weiter greifenden Umgestaltung der wirtschaftlichen, zunächst rein vom kapitalistischen Profitinteresse beherrschten Wirtschaftsordnung zutreibt? Die

Vergesellschaftung der Produktionsmittel schlechthin läßt sich, ohne in Dogmatismus zu verfallen, nicht als Ziel formulieren; sie kann nur eins der Mittel sein, das sich auf diesem Weg bietet und je nach Umständen verwendbar wird. William stellt der Marxschen Geschichtsauffassung, die die Parteibildung im Zusammenhang mit dem Wesen und der innern Gliederung des volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses begreift, mit überlegener Miene eine, wie er es nennt, »soziale Geschichtsauffassung« entgegen, die es in ihrer Gemeinplätzigkeit fertig bringt von alle dem, worauf es ankommt, und so auch von den Klassengegensätzen selber, abzusehen. Er hat entdeckt, daß »die Triebkraft, die allen sozialen Veränderungen zugrunde liegt«, das Bestreben ist »das Existenzproblem zu lösen«. Diese Phrase von der Lösung des Existenzproblems erfüllt ihn derart, daß er darüber ganz vergißt, daß das Existenzproblem für Angehörige verschiedener Klassen natürlich je nachdem ganz verschieden ist, daß also dieses schöne Schlagwort, wenn man sich bei ihm überhaupt etwas denken will, auf einem Umweg alsbald wieder auf den Marxschen Standpunkt der Klassenanalyse zurückführt. Die Individuen, die Marx unter dem Gesichtspunkt der von ihnen im ökonomischen Prozeß ausgeübten Funktionen und Hand in Hand damit unter dem Gesichtspunkt von Klassen mit verschiedenen Klasseninteressen betrachtet, tauchen bei William in der allgemeinen, von jeder innern Bestimmtheit abstrahierenden Kategorie von »Verbrauchern« unter, die als solche, von einem Haufen Parasiten abgesehen, die »gleichen Interessen« haben. Die Vervollkommnung der Produktionsmethoden sorgt nach ihm letzten Endes am besten (wem fallen da nicht die Doktrinen des selig entschlafenen Manchestertums wieder ein?) für die Verbraucher und damit die Arbeiter selbst. Diese haben darüber hinaus keine besonderen Klassenziele zu vertreten. Marx, der sich bei solcher tiefen Weisheit nicht beruhigen wollte, war eben »Sozialpathologe . . . Er untersuchte eine Reihe sozialpathologischer Fälle und hielt die von ihm beobachteten Erscheinungen irrtümlich für die Gesetze sozialer Biologie.« Die Kapitalisten sind nicht, wie jener meinte, Ausbeuter der von ihnen in Lohnform bezahlten Arbeiterschaft sondern der Gesellschaft überhaupt, und solange sie unter dem Druck der Konkurrenz für eine wirksame Entwicklung der Technik sorgen, eigentlich auch das nicht. Alle soziale Unzufrieden-

denheit sollte sich vielmehr nach William gegen die distributiven Organe, die Kaufmannschaft, richten, durch die der Prozeß der Verteilung der Produkte zwecklos verteuert wird, und deren Funktionen großenteils von Konsumgenossenschaften übernommen werden können. Daneben verlangt er in Amerika die Verstaatlichung von Transport und Bergbau. Nicht als Produzentenklasse, auf die die Last des kapitalistischen Systems am schwersten drückt, und die in ihrer allgemeinen Forderung nach Einschränkung der kapitalistischen Willkürfreiheit zugleich die Interessen der großen ihnen gleichgestellten Massen vertritt, nur als Teile des allgemeinen konsumierenden Publikums sollen die Arbeiter Politik betreiben. Dann wird, so versichert die realpolitische Einsicht des Verfassers, die Macht des unter solcher Verbraucherparole geeinten Volkes alsbald unwiderstehlich werden, und alles sich aufs beste lösen.

Das steht annähernd etwa auf der gleichen Höhe wie einige Orakelsprüche, die Oswald Spengler, der vor einigen Jahren berühmte, vom Übersetzer des Buchs interviewte Entdecker des Untergangs des Abendlandes, als Vorwort zu dem Buch gependet hat. Das von Spengler beliebte Jonglieren mit Worten und Analogieen kulminiert hier in der verblüffenden Erklärung, daß der »volkstümliche Gegensatz von Kapitalismus und Sozialismus«, der aus einer »gehässigen Aufteilung der Gesellschaft in arme Arbeiter und reiche Nichtstuer« entstanden sei, sich in nichts auflösen werde, »wenn man die Gesellschaft in Führer und Geführte einteile, die beide arbeiten müssen, und von denen die einen das Vermögen der Nation verwalten, während die anderen davon leben«.

Gemeinverständliche Schriften

Ein Heftchen Die geschichtlichen Grundlagen des Sozialismus von Emil Kraus

in der Sammlung Wissen und Wirken /Karlsruhe, G. Braun/ bringt eine wohl-durchdachte, von philosophischem Interesse zeugende Einführung in die *ökonomische Geschichtsauffassung*, der zahlreiche Leser in Parteikreisen zu wünschen wären.

Julian Borchardt, der eine nicht gewöhnliche Begabung übersichtlicher konzentrierender Ideenpopularisierung in seinem schon mehrfach aufgelegten Extrakt des Marxschen Kapitals gezeigt hat, gibt eine Einführung in den *wissenschaftlichen Sozialismus* /Berlin, E. Laub/, die den Inhalt seiner vor dem Krieg ge-

haltenen Vortragskurse reproduziert. Die Darstellung ist flüssig und geschickt, so stark manche Ausführungen zum Widerspruch herausfordern. So wird gegen den Revisionismus der Einwurf erhoben, er habe allmählich zu einer regelrechten Geheimdiplomatie innerhalb der Sozialdemokratischen Partei geführt. Wunderlich mutet auch bei dem realpolitischen Charakter, den der Sozialismus in wachsendem Maß angenommen hat, die Erklärung an, er erstrebe eine Wirtschaftsordnung ohne Kauf und Verkauf, in dem es dann auch keinen Lohn mehr geben werde. Und ebenso der Passus: Der Gedanke, daß das, was die einzelnen genießen, irgendwie nach dem zu bemessen ist, was sie gearbeitet haben, ist unsozialistisch und muß fallen gelassen werden.«

Oskar Stillich, der seine Eignung für faßlich populäre Darstellung in seiner Dozententätigkeit an der Humboldtakademie und ähnlichen Instituten erwiesen hat, veröffentlicht in handlichen Bändchen eine Einführung in die *Nationalökonomie* /Würzburg, Kabitzsch & Mönlich/. Der 1. Band wollte eine Einleitung zu dem System der Gesamtwirtschaft geben. Der 2. nennt sich Theorie der Produktion; er handelt von den 3 Produktionsfaktoren: Natur, Arbeit, Kapital, vom Typ des Unternehmers, von der kapitalistischen, der genossenschaftlichen, der gemischt-wirtschaftlichen und sozialisierten Unternehmung. Als 3. Teil liegt eine Theorie des Tausches vor. Die Anordnung ist (was sich zum Teil auch aus dem Streben möglichst aktuelle Verhältnisse heranzuziehen erklärt) systematisch wenig gegliedert. So werden die Berliner Roggenrentenbank und ähnliche Nothilfen der Inflation unter der Rubrik Naturalwirtschaft besprochen. Wert und Preis, also Kategorien, die bereits zum Verständnis der Produktion in der modernen Volkswirtschaft schlechthin unentbehrlich sind, mithin schon in die Theorie der Produktion gehörten, gelangen erst im 3. Band zur nähern Erörterung, wobei überdies der für das Verständnis der wirklichen Wert- und Preisregulierung ganz unfruchtbaren sogenannten Grenznutztheorie ein überflüssiger Respekt erwiesen wird. Lesern, deren Interesse vorwiegend auf systematische Erkenntnis geht, wird die Schrift, bei allen Vorzügen der Darstellung, nicht wesentliche Förderung bieten können. In der gedrängtesten Form eines einzigen Bandes bietet H. A. Pickhans jetzt in 3. Auflage erscheinendes Büchlein Grundzüge der *allgemeinen Volkswirt-*

schaftslehre / Jena, H. W. Schmidt/ einen Überblick. Ein Abschnitt über das bolschewistische Rußland und über die Neugestaltung der deutschen Volkswirtschaft (Sozialisierungskommission und Sozialisierungsgesetz) sind in der neuen Auflage hinzugekommen. Fragen der Theorie treten hier noch unvergleichlich mehr als bei Stillich zurück. So sind dem "Tauschwert" gerade 10 Zeilen gewidmet, in denen obendrein noch mit der grundfalschen Vorstellung einer Kommensurabilität von Tauschwert und Gebrauchswert operiert wird. »Tauschwert und Gebrauchswert« erklärt der Verfasser nämlich »sind für ein und die selbe Person nie übereinstimmend«; vielmehr sei der Tauschwert stets größer (!) als der Gebrauchswert, sonst würde die betreffende Person das Gut selbst gebrauchen. Der Tauschwert, heißt es dann im Schlußsatz höchst einfach weiter, »wird bestimmt durch Angebot und Nachfrage«. Was aber nicht hindert, daß der Verfasser ebenso wie Stillich seinem Leserkreis nützliche Kenntnisse vermitteln kann.

Totenliste

Der ehemalige Professor an der Heidelberger Universität *Adolph Koch*, der dort als erster über Zeitungskunde und Journalistik las, ist Anfang Dezember 1923 in Diessen am Ammersee im Alter von 67 Jahren gestorben. In seinen Übungen haben viele angesehene deutsche Journalisten die technische Grundlage ihres Berufs erworben. Koch war nach einem Prozeß mit Max Weber aus dem Lehrkörper der Universität ausgeschieden. Später war er im Orientinstitut in Berlin tätig.

Der Politiker *Karl Helfferich*, der, wie bereits in der Rundschau Außenpolitik (in diesem Band Seite 314) berichtet wurde, bei dem Eisenbahnunglück in Bellinzona ums Leben kam, hatte seine Laufbahn als Wissenschaftler begonnen. Er promovierte in den Staatswissenschaften und habilitierte sich nach längeren Reisen an der Berliner Universität. Nach dem Erscheinen seines Buches über Handelspolitik erhielt er 1901 den Professortitel und übernahm gleichzeitig das Referat für volkswirtschaftliche Angelegenheiten in der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amts. 1906 wurde er Direktor an der Anatolischen Eisenbahn, 1908 an der Deutschen Bank. Von seinen ökonomischen Arbeiten erfreut sich das 1903 publizierte Werk über das Geld, das als Lehr- und Lesebuch weite Verbreitung gefunden hat, noch heute großen Ansehens.

Kurze Chronik Den Studierenden der Universität Breslau ist von der Staatswissenschaftlichen Fakultät für das Jahr 1924 die folgende *Preisauflage* gestellt worden: »Die Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit in der modernen Einkommenbesteuerung.«
 ◊ An der Handelshochschule Leipzig ist unter der Führung des derzeitigen Rektors Ernst Schultze ein *Weltwirtschaftsinstitut* ins Leben gerufen und eröffnet worden. Die Tätigkeit des Instituts soll sich zunächst auf die Pflege der Weltwirtschaftslehre in akademischen Vorlesungen und Übungen erstrecken, ferner auf die Errichtung einer weltwirtschaftlichen Bibliothek, die Veranstaltung von Vorlesungen und Vorträgen hervorragender Gelehrter und Praktiker des In- und Auslands sowie auf die Herausgabe wissenschaftlicher Veröffentlichungen. ◊ Der ordentliche Professor für Nationalökonomie an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Bonn-Poppelsdorf *Friedrich Beckmann* ist zum Honorarprofessor in der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn ernannt worden. ◊ Dem Kieler Professor *Erwin von Beckerath* ist das Ordinariat der Staatswissenschaften an der Universität Köln übertragen worden. ◊ Der Direktor des Sozialen Museums in Frankfurt *Heinz Marr* habilitierte sich an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Frankfurter Universität für soziale Theorie und soziale Politik.

Literatur

In dem groß angelegten *Grundriß der Sozialökonomik* /Tübingen, J. C. B. Mohr/, zu dem über 50 Gelehrte und Fachleute Beiträge geliefert haben, liegt der von Industrie, Bau- und Bergwesen handelnde Band der 6. Abteilung in 2., neu bearbeiteter Auflage vor. Auf jeden der Aufsätze entfallen im Durchschnitt je 40 Druckseiten Großformat: ein Umfang, der eine gründliche Beleuchtung der erörterten Themen gestattet und zweckmäßig ausgenutzt ist. Wer sich näher zu informieren wünscht, dem wird durch sorgfältig ausgewählte Literaturangaben der Weg gewiesen. Heinrich Sieveking, der jetzt in Zürich dozierende Wirtschaftshistoriker, gibt eine lichtvolle Darstellung der Geschichte der gewerblichen Betriebsformen wie der städtischen und staatlichen Gewerbepolitik. Eberhard Gothein erörtert mit reichem wirtschaftsgeschichtlichen Material den Bergbau. Über den Wettkampf der verschiedenen Betriebsformen (Hausfleiß, Gewerbefleiß, Lohnwerk, Handwerk, Verlegerei und

Fabrik) und die Entwicklungstendenzen innerhalb der Industrie schreibt Eugen Schwiedland, Adolf Weber über Wohnungsproduktion und Wohnungspolitik. Otto von Zwiédineck-Südenhorst über Arbeitsbedarf und die Lohnpolitik der modernen kapitalistischen Industrie. In früher wenig beachtete Gebiete führen, gestützt auf enge Führung mit der Praxis, die Arbeiten Rudolf Weyermanns (Die ökonomische Eigenart der modernen gewerblichen Technik), Leitners (Betriebslehre der kapitalistischen Großindustrie) und Vogelsteins (Die finanzielle Organisation der kapitalistischen Industrie).

Hygiene / Georg Wolff

Botulismus In neuerer Zeit hört man wieder mehr vom Botulismus, jener eigenartigen

Nahrungsmittelvergiftung, bei der die Störungen des Magen-Darm-Kanals vollkommen hinter denen des Zentralnervensystems (Sehstörungen, Schlingbeschwerden, Lähmungserscheinungen) zurückstehen; mit Fieber geht die Krankheit meist nicht einher. Jetzt hat *Heinrich Hetsch* aus dem Frankfurter Institut für experimentelle Therapie ein polyvalentes Serum gegen die Erkrankung hergestellt und den Ärzten übergeben. Während beim Typhus und Paratyphus die Krankheitserreger selbst in den menschlichen Körper eindringen, ihn überschwemmen und dadurch eine echte Infektionskrankheit hervorrufen, ist der Botulismus die Folge eines Bakteriengiftes, das der *Bacillus botulinus* im Innern von längere Zeit aufbewahrten oder konservierten Nahrungsmitteln bildet. Der *Bacillus botulinus* wurde im Jahr 1895 von van Ermenghem entdeckt und näher beschrieben. Er gedeiht nur bei Luftabschluß, siedelt sich daher im Innern schlecht geräucherter oder konservierter Fleisch-, Fisch- und Wurstwaren, seltener auch in Gemüsekonserven an und bildet unter Geruchsentwicklung ein abscheuliches, sehr widerstandsfähiges Gift, das die genannten Krankheitsercheinungen beim Menschen hervorruft. Der Keim selbst vermag (im Gegensatz zu den Paratyphus- und Typhusbazillen) weder im Körper des Menschen noch anderer Tiere zu leben sondern ist ein richtiger saprophytischer Fäulniserreger, der nur in totem Material existieren kann und darin sein Gift bildet. »Der *Bacillus botulinus* wirkte«, wie Hetsch in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift vom 4. Januar 1924 ausführte, »bei Menschen und Tieren nur dadurch krank-

machend, daß seine während der saprophytischen Wucherung erzeugten Giftstoffe zur Wirkung kommen. Die zur Vergiftung führenden Nahrungsmittel enthalten oft nur wenig Fäulniskeime und brauchen deshalb keine putriden Veränderungen zu zeigen. In anderen Fällen aber weisen die Konserven stärkere Veränderungen auf und fallen bei der Zubereitung durch ihren Geruch oder die Bildung von Gasblasen auf. Nicht alle Teile zum Beispiel von Würsten, Schinken oder Fischkonserven enthalten das Gift in gleicher Menge. Gewissermaßen in Inseln wächst der anaerobe Erreger des Botulismus in den Konserven und führt zur Giftentwicklung nur an den Stellen, an denen er sich vermehrt hat. Damit hängt es zusammen, daß keineswegs immer alle Personen, die solche infizierten Nahrungsmittel genossen haben, erkranken.«

Ist der Botulismus auch glücklicherweise keine sehr häufige Erkrankung (Ludwig Bitter hat für Preußen aus den Jahren 1898 bis 1919 223 Erkrankungen mit 27 Todesfällen und außerdem in den nicht-preußischen Gebieten Deutschlands 75 Erkrankungen mit 21 Todesfällen zusammengestellt), so ist doch eine wirksame Behandlung angesichts der Schwere der Krankheit und des hohen Sterblichkeitssatzes sehr wünschenswert. Schon früher versuchte man eine Therapie durch Anwendung von Heilserum, zuletzt mit gutem Erfolg in Amerika, nachdem dort festgestellt worden war, daß 2 verschiedene Typen des *Bacillus botulinus* (Typus A und B) existieren. Ein Heilserum wird deshalb nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn es polyvalent wirkt, das heißt auf die Gifte beider Typen eingestellt respektive mit ihnen hergestellt ist. Solch ein polyvalentes Botulismusantitoxin ist jetzt auf Veranlassung des Instituts für experimentelle Therapie in Frankfurt von den Höchster Farbwerken erzeugt worden; es verspricht nach den bisher vorliegenden Tierversuchen auch bei Erkrankungen des Menschen wirksam zu sein. Da die Serumtherapie bisher gerade bei den bakteriellen Erkrankungen die besten Erfolge gezeigt hat, bei denen nicht die Bazilleninvasion, sondern die Giftwirkung durch ein entsprechendes Gegengift zu paralisieren war (Diphtherie, Wundstarrkrampf), ist es wahrscheinlich, daß wir im Botulismus- wie im Diphtherie- und Tetanusantitoxin ein neues wertvolles Kampfmittel erhalten haben. Endgültig werden wir freilich erst urteilen dürfen, wenn Erfahrungen beim Menschen vorliegen.

**Gewerbe-
hygiene**

Sobald die akuten Fragen der Volksgesundheitspflege im Zusammenhang mit der Regelung des Wohnungswesens, den Gesetzen zur Bekämpfung der chronischen Volksseuchen, der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten, des Alkoholismus, eine wenigstens vorläufige Beantwortung gefunden haben, werden wir wieder den Problemen der Berufs- und Arbeitshygiene unsere Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Auch die Diskussion über die Melde- und Versicherungspflicht bei chronischen Gewerbekrankheiten, deren wichtigster Repräsentant die Bleivergiftung ist, war augenblicklich in den Hintergrund getreten. So besteht noch heute die Lücke im Arbeiterschutzgesetz, daß die akuten Betriebsunfälle der Unfallversicherung und Entschädigungspflicht durch die Berufsgenossenschaften unterliegen, während die chronischen Gewerbekrankheiten und Berufsschädigungen nach dem Versicherungsgesetz nicht für entschädigungspflichtig gelten, obschon in der Umfrage, die das Institut für Gewerbehygiene in Frankfurt durch die beiden Gewerbeärzte Erich Francke und Rudolf Bachfeld anstellen ließ (Die Meldepflicht der Berufskrankheiten /Berlin, Julius Springer/), die Mehrzahl der Befragten für die Einbeziehung der Gewerbekrankheiten in die Versicherungspflicht eintrat. Freilich wird es oft sehr schwer sein die chronischen Gewerbebeschädigungen von solchen zu unterscheiden, die sonst durch die Unzuträglichkeiten des Lebens erworben werden. Bei den akuten Betriebsunfällen besteht diese Schwierigkeit nicht; daher steht man bei ihnen vor einer relativ einfachen Aufgabe. Deshalb darf aber dennoch nicht das Problem gänzlich umgangen werden, zumal in anderen Ländern (England, Holland, Schweiz) die Versicherung bei Gewerbekrankheiten durchgeführt ist. Nachdem in Weyls monumentalem Handbuch der Hygiene /Leipzig, Johann Ambrosius Barth/, das jetzt von August Gärtner herausgegeben wird, das Gesamtgebiet der Gewerbehygiene im 7. Band ausführlich und zusammenfassend behandelt ist, wird in der Schriftenfolge des Frankfurter Instituts für Gewerbehygiene eine Reihe besonders wichtiger Fragen monographisch bearbeitet /Berlin, Julius Springer/. Besonders zu nennen ist hier die sorgfältige Arbeit der englischen Gewerbehygieniker Thomas M. Legge und Kenneth W. Goadby Bleivergiftung und Bleiaufnahme, die von Hans Katz übertragen und von Ludwig Teleky als 7. Heft der Schriftenfolge heraus-

gegeben und mit Anmerkungen versehen wurde. Teleky ist auf dem Gebiet der gewerblichen Bleiintoxikationen außerordentlich erfahren und mit zahlreichen eigenen Untersuchungen hervorgetreten. Seine Anmerkungen bilden daher einen wesentlichen Bestandteil des Buches, das schon auf die Vorkriegszeit zurückgeht. Viele Literaturangaben aus der deutschen und fremdländischen Fachliteratur machen das Werk auf diesem gewerbehygienisch wichtigen Gebiet zu einem Standardwerk. Von großem praktischen Interesse für alle beteiligten Kreise ist auch der Anhang, in dem die deutschen und deutschösterreichischen Verordnungen zur Verhütung gewerblicher Bleivergiftung von Else Blänsdorf zusammengestellt sind. Weitere Aufmerksamkeit verdienen auch die beiden nächsten Hefte, die eine internationale Übersicht über Gewerbekrankheiten nach den Berichten der Gewerbeinspektionen der Kulturländer für das Jahr 1913, ferner über die Jahre 1914 bis 1918 bringen. Sie sind mit Unterstützung von Ernst Brezina /Wien/ nach den Originalberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten der einzelnen Länder bearbeitet. In erster Linie wurden das Deutsche Reich, Österreich, die Schweiz, England, die Niederlande dabei berücksichtigt. Berichte aus Frankreich und Belgien konnten nicht beigelegt werden, da sie noch nicht vorliegen; sie sollen in einem der folgenden Hefte nachgetragen werden. In der Zusammenstellung steckt eine ungeheure Kleinarbeit, die alle Aufmerksamkeit verdient und von Fabrikärzten, Gewerbeinspektoren und allen an gewerbehygienischen Fragen beteiligten Kreisen und Organisationen dankbar anerkannt werden wird, zumal sämtliche Gewerbebeschädigungen, soweit sie faßbar sind, in diese Zusammenstellung einbezogen sind. Es werden die durch Blei hervorgerufenen Schädigungen, die auch hier an erster Stelle stehen und den breitesten Raum einnehmen, sowie die durch Quecksilber und andere Metalle, durch Arsen, Phosphor, Schwefelwasserstoff, Chlor, Salzsäure, schweflige und Schwefelsäure, nitrose Gase, Kohlenoxyd, Rauchgase, Kohlendunst, Kohlensäure, Schwefelkohlenstoff, gechlorte und andere Verbindungen der Fettreihe, Anstrich von Flugzeugen, durch Benzin, Petroleum usw. wiedergegeben. In weiteren Abschnitten werden die in den einzelnen Ländern gemeldeten Gewerbebeschädigungen durch Benzol und Benzolderivate aufgeführt, wobei ein eigenes Kapitel den Schädigungen durch Benzolderivate in der Munitionsindustrie

gewidmet ist, die in den Kriegsjahren eine besonders große Rolle gespielt haben; weiter die gewerblichen Vergiftungen durch Kampfgase, Terpenting, die Gewerbeinfektionen durch Milzbrand und andere parasitäre Einflüsse, die Schädigungen durch Staub, durch ungeeignete Arbeitsräume, extreme Temperaturen, übermäßige Muskelanstrengung und durch mechanische Ursachen; weiter werden die in den einzelnen Ländern gemeldeten gewerblichen Erkrankungen der Haut, der Augen, schließlich die Wirkungen des elektrischen Stroms und verschiedene andere Störungen zusammenfassend mitgeteilt. Von Interesse ist im Anhang auch der Originalbericht des englischen Gesundheitskomitees an den Munitionsmminister, betreffend Gewerbekrankheiten in der Munitionsindustrie. Ein überreiches Material ist hier zusammengetragen und zur Benutzung übergeben worden. Der Herausgeber Brezina macht darauf aufmerksam, daß sich die englischen Berichte vor den deutschen dadurch auszeichnen, daß in der englischen Gewerbeinspektion der sanitäre Teil in der Hand von Ärzten ruht, während die deutschen Gewerbeaufsichtsbeamten noch meist der fachärztlichen Unterstützung entbehren.

In diesem Zusammenhang darf noch Martin Reichardts Einführung in die Unfall- und Invaliditätsbegutachtung genannt werden, die in 2. Auflage /Jena, Gustav Fischer/ vorliegt. Der Verfasser ist von Haus aus Psychiater und als solcher psychologisch geschult. Diese Vorbildung eines Begutachters der Unfallfolgen kann, wenn sie sich von Einseitigkeiten frei hält, als ein Vorzug betrachtet werden; bezieht sich doch die Unfallbegutachtung vielfach auf solche seelischen Zustände, die an der Grenze des Normalen liegen; es sei nur an die in der Versicherungspraxis so überaus wichtige Rentenhysterie und Unfallneurose erinnert. Dem Individuum soll bei einer Unfallfolge gewiß kein Unrecht geschehen; die Gesellschaft darf aber auch nicht zugunsten eines einzelnen geschädigt werden. Das ist eine soziale Forderung, heute mehr denn je. Darum ist es wichtig, daß in der Praxis der Unfallbegutachtung die medizinische Psychologie die spezielle ärztliche Erfahrung wirksam unterstützt. Unter diesem Gesichtspunkt ist das mehr als manche kompilatorische Kasuistik in die Tiefe der seelischen Zusammenhänge gehende Werk dem ärztlichen Begutachter, der sich seiner Verantwortung nach allen Seiten bewußt ist, warm zu empfehlen.

Gemeinverständliche Schriften

Die Vorgänge im menschlich-tierischen Körper behandelt ein Buch, das Hans Günther (Walter de Haas) Wunder in uns genannt und mit einer Reihe bewährter Mitarbeiter: Hermann Decker, Fritz Kahn, Adolf Koelsch, Carl Ludwig Schleich, herausgegeben hat Zürich, Rascher & Cie. In einem einleitenden Kapitel gibt der Verfasser eine zusammenfassende Darstellung der *menschlichen Physiologie*, die er durch eine Anzahl, in ihrer Anlehnung an maschinelle Einrichtungen originelle Abbildungen erläutert; spezielle Kapitel ihrer eigenen Arbeitsgebiete behandeln die übrigen Mitarbeiter. Alle verstehen trefflich ihre Sache deutlich zu machen; nie haben sie ihr Ziel vergessen ein Buch vom menschlichen Körper für jedermann zu liefern. Kein einziger ist hier in platten naturwissenschaftlichen Materialismus verfallen; vielmehr blieb das "Wunder in uns" überall Leitmotiv der Auffassung der einzelnen Bearbeiter.

Kurze Chronik Der Landtag des Freistaats Mecklenburg-Schwerin hat am 19. Februar ein Gesetz zur *Tuberkulosebekämpfung* beschlossen, wonach jede Erkrankung und jeder Todesfall an Tuberkulose durch die Ärzte meldepflichtig ist. Das ähnliche Gesetz für Preußen ist, da das Reichsgesetz über den Entwurf nicht hinauskam, in Kraft getreten. ◊ Der Bremer Hygieniker Hermann Christian Tjaden warnte vor einer Überspannung der *sozialen Fürsorgetätigkeit*, da sie geeignet sei das persönliche Verantwortungsgefühl und das Streben des einzelnen sich selbst zu helfen zu unterdrücken. Er bestreitet nicht die Notwendigkeit öffentlicher Fürsorge und Wohlfahrtspflege, sieht aber eine Gefahr darin, daß sie Selbstzweck werden und damit nicht mehr der Gesellschaft dienen. ◊ Als im Sommer 1923 das Amerikanisch-Jüdische Ärztekomitee eine Delegation zu einer Studienreise nach Palästina entsandte, regte diese an auf dem Ölberg in *Jerusalem* eine moderne Medizinische Fakultät mit einem Krankenhaus zu errichten und durch das Ärztekomitee zu diesem Zweck 8 Acres Boden für 50 000 Dollars erwerben zu lassen. Das Komitee wird auch ein hebräisches medizinisch-terminologisches Handbuch herausgeben. Es wurde von L. Goldin, A. Goldstein und L. M. Herbert fertiggestellt. Einer der Direktoren des Komitees, Julius Jarcho, hat aus eigenen Mitteln eine medizinische Bibliothek von 10 000 Bänden gestiftet.

KUNST

Rühnenkunst / Nora Zepler

Duse † Die Mitwelt, in der dem Ruhm der Duse nur der der Sarah Bernhardt gleichkam, hat Eleonora Duse die Darstellerin des Schmerzes genannt. Es gibt ein Bild der Künstlerin, wie sie, den Kopf an die Wand gelehnt, vor sich hin in die Weite blickt. In der Tat läßt sich in einem Menschengesicht kein größerer Schmerz bergen als ihn dies edle, geistverzehrte Antlitz mit den brennenden Augen, den in leidvollem Grübeln hochgezogenen, melancholisch niederschweifenden Brauen unter der unirdisch reinen Stirn und dem in tiefer Resignation herabgezogenen schmalen Mund ausdrückt. Das ist der Mensch in seiner Einsamkeit, und zugleich die Güte unendlichen Verstehens. Das Bild der Maria mit den sieben Schwertern. Kein Wunder, daß Eleonora Duse nicht die Mittel der anderen brauchte, um zu wirken. »Das Genie der Duse scheint durch ein Nichts zu uns zu sprechen« sagt von ihr Herman Bang in seinen Menschen und Masken. »Magda, über ihr Schwesterchen gebeugt. Da wurde kaum gesprochen, es war nur das liebkosende Hinfahren einer Hand über blondes Haar — aber wie zärtlich. Wieviel sie doch mußte, die diese Liebkosung gab.« Eleonora Duse wurde selten laut, denn »die verstanden haben, kämpfen nicht ... Eleonora Duses Darstellung des Schmerzes ist ein schweremütiges, zu Tode betäubtes Grübeln über den Schmerz ... Das ist die Grundstimmung der Kunst der Duse, und diesen beinahe passiven Gemütszustand macht ihr Genie — dramatisch.« Aber »nicht das kränkliche Leiden sondern den bittern Schmerz, der für die starken Seelen unausweichlich ist, stellt die Duse dar ... Über die Leiden des Lebens siegt der Wille. Nur das Leid am Leben, das bleibt zurück. Und Willen hat Eleonora Duse wie keine ... Er ist ... das Mittel ihrer Kunst, das einzige, das ihr all die Mittel ersetzt, die sie verschmäht ... Wie bei keiner andern ist die Darstellung der Duse ein ununterbrochener Willensakt, wo der Wille und er allein sich einen Körper unterwirft und umgestaltet ... Und nur weil bei ihr alles "darstellt", Blick, Mund, Hände, Stirn, jede Körperbewegung, kann sie sich mit Mitteln begnügen, die so klein sind ... Wie keine andere hat sie sich des "Requisits" bemächtigt. Eine Rose, ein Tuch, eine Kette, sie bemächtigt sich ihrer und läßt sie sprechen ... Frau Duse knickte

mit 2, 3 kleinen Handbewegungen, die man kaum sah, die Kronen dieser Blumen, und vor uns, vor unseren Augen schienen sie an dem Schmerz Marguerites zu sterben.« Durch eine leise Bewegung, ein Zittern ihrer Hand konnte die Duse das innerste Leid der Seele ausdrücken. So, durch Verschweigen, sprach diese Kunst, deren Untergrund hoffnungsloser Pessimismus, Entsagung und Güte war. Und noch wenn die Duse, wie in ihrer berühmten *Mirandolina*, bezaubernd und verlockend lachte, spottete und verführte, so hatten dies Lachen und diese Fröhlichkeit in sich ein herzbrechendes Weinen. Diese Darstellerin der Trauer empfand ihren Beruf als eine religiöse Berufung, der sie mit tiefstem Ernst sich hingab, fern von aller Sucht nach dem Lärm der Berühmtheit, vor der sie sich, wie immer sie konnte, verkröchte. Sie, das Theaterkind aus 3 Generationen, das im Wagen der Wanderschmiere, unbekannt wo, in Italien zur Welt gekommen war, alles Elend eines hungernden Komödiantenkindes durchmachen mußte und bereits mit 4 Jahren auf den Brettern stand, sie war vor dem Jahr 1921 10 Jahre lang nicht mehr auf der Bühne erschienen sondern hatte sich in die Einsamkeit vergraben. Die Weltberühmte wurde niemals zum "Star" sondern blieb immer das bescheidene, in Demut der Sache hingeebene Mitglied ihrer Truppe, die sie, bedeutend auch als Regisseurin, in strenger künstlerischer Schulung hielt. Als sie im Beginn ihrer Berühmtheit zu ihrer ersten Europatournee aufgefordert wurde, schlug sie das mit der Begründung ab: »Lassen Sie mich meine Kunst zu vervollkommen suchen, und ziehen Sie mich nicht von dem Weg ab, den ich mir vorgesteckt habe.« Und ihr ganzes künstlerisch religiöses Wesen zeigten ihre Worte: »Ich habe mich dem Leben, den Dingen mit unerschöpflichem Feuer geschenkt, und ich bereue es nicht.« Ihren ersten großen Erfolg hatte sie als Zolas *Thérèse Raquin*. Sie wurde daraufhin Mitglied der Truppe Cesare Rossis, und als solches gewann sie in Turin in Dumas' *Prinzessin von Bagdad* den entscheidenden Sieg. Anfangs bestand ihr Programm hauptsächlich aus Dumas, dann kamen dazu Shakespeare, Ibsen und d'Annunzio, der die meisten seiner Stücke für sie schrieb (der auch ihr entscheidendes persönliches Schicksal wurde, und an dem ihr Leben als Frau zerbrach). Ihre berühmtesten Rollen waren die *Fedora*, die *Kameliendame*, die *Magda*, *Monna Vanna*, die *Gioconda*,

Kleopatra, Hedda Gabler und Frau vom Meer. Erst als sie in Italien schon 13 Jahre lang berühmt war, begann sie ihre Gastreisen durch ganz Europa und durch Amerika, die ihren Weltruf zeitigten.

Eleonora Duse starb am 21. April dieses Jahres auf einer amerikanischen Tournee, in Pittsburg. Nach einer Meldung ist sie einer Lungentzündung erlegen, nach einer andern Verletzungen, die sie dadurch erlitt, daß ein Automobil sie überfuhr. Sie ist 64 Jahre alt geworden. Ihr Tod erweckte in Italien eine wirkliche Volks- und Landstrauer. Man überführte ihre Leiche aus Amerika nach Italien. Die Leichenfeier in Rom Mitte Mai wurde in Gegenwart der geistigen und politischen Vertreter der Nation abgehalten, ihren Sarg, für den ein Galawagen bereitstand, bedeckte die italienische Fahne. Und das Volk selbst bildete Spalier; überall, wo der Sarg erschien, kniete man nieder und betete. In Asolo, wo die Duse beerdigt wurde, waren zum Zeichen der Trauer die Läden geschlossen. So ehrte Italien seine große Künstlerin.

Reicher † Am 15. Mai ist Emanuel Reicher in Berlin an Herzschwäche gestorben; kurz vor seinem 75. Geburtstag. Reichers eminente Bedeutung ist mit der Beschreibung seiner schauspielerischen Leistung nicht erschöpft. Sie war prinzipieller Art, und mehr noch als auf die Zuschauer hat Reicher auf die deutsche Bühne selbst gewirkt. Er war der Fahnenträger und epochemachende Vertreter des deutschen Naturalismus, dem er für eine ganze Generation den Sieg gebracht hat. Reicher war der Schauspieler dieser Richtung, nicht etwa im Sinn kleinlicher Detailmalerei und sklavischer Nachahmung sondern im Sinn jener Selbstverständlichkeit und Einfachheit des schauspielerischen Sichgebens, jener Lebenswahrheit, die das seelische Erleben hinter völliger äußerer Zurückhaltung hervorschimmern läßt. Reicher hat als Pionier seiner, an sich ihm an schauspielerischem Genie überlegenen, Kollegen Rittner und Sauer gewirkt: Er war es, der Brahm sein berühmtes Ensemble bilden half. In diesem Ensemble schuf er seine Ibsenschen und Hauptmannschen Figuren. Er gab den Rosmer und Borkman, Engstrand, Mortensgaard, den Vockerat, Wermelskirch und den ersten Florian Geyer.

Emanuel Reicher war der Sohn eines Advokaten aus dem galizischen Städtchen Bochnia. Er kam über kleine

Bühnen in Polen und Ungarn bereits als 24jähriger nach München und dann über Oldenburg und Hamburg 1887 nach Berlin, zuerst an das Residenztheater, das, im Literarischen ohne Belang, bloß unterhaltend, im Schauspielerischen eine Art Vorfrucht des Naturalismus wurde. 1894 ging er dann zu Brahm an das Deutsche Theater und übersiedelte mit ihm später ins Lessingtheater. Brahm auf das engste geistig verbunden, war Reicher sein treuer Waffengenosse in den literarischen Kämpfen der neunziger Jahre. Die von dem Künstler gegründete Schauspielschule leitete er natürlich streng im Sinn der naturalistischen Richtung. An Vitalität unverwundlich, ein vorzüglicher Organisator, hat Reicher dann bei Beginn des Kriegs in New York ein deutsches Theater Brahmischer Tradition eröffnet, das Amerika mit dem Wesen und Niveau deutscher Schauspielkunst und Literatur enger bekannt machte und auf das amerikanische Theater Einfluß übte. Anfang dieses Winters kehrte Reicher nach Berlin zurück und zeigte sich im Renaissancetheater in 2 neuen Rollen. Man sah seine unveränderte Charakterisierungskunst und darstellerische Souveränität.

Sozialistisches Drama Die Aufführung von *Ernst Tollers* Hinkemann unter der Regie Emil Linds im

Berliner Residenztheater war eins der bemerkenswerten Bühnenergebnisse dieser Theaterspielzeit. Toller hat hier sein menschlichstes und dichterisch bedeutendstes Werk geschaffen. Diese Tragödie des Proletariats, dem der Krieg die männliche Kraft zerstörte, ist ein Manifest gegen Krieg und soziale "Ordnung" und führt doch weit darüber hinaus: In diesem Einzelfall offenbart sich das Leid des Geschaffenen an der stumpfen Grausamkeit der Natur mit ihrer einzigen Macht des Triebs, die jedes Wesen ans Kreuz schlägt und in seiner Not allein läßt. Und der Dichter klagt den Menschen an, daß er der Brutalität des Seins nicht den eigenen Willen zur Güte entgegensetzt. Das Stück sollte nach dem konzentrierten 2. Akt abschließen, der 3. Akt verläuft sich etwas in Rhetorik. Heinrich George schuf mit dem Hinkemann seine bisher größte Gestalt. Wie er, fast irre, im 2. Akt einigen Genossen von seinem Schicksal sprechen muß, in tierhafter Angst und Scham, überlebenshaft, mit der Sucht unbeteiligt zu scheinen, als spräche er von einem Dritten, mit einer Sprache, die bald sich überstürzt bald

ins Lallen abgeleitet, mit einem hilfseischenden Tierblick und wie an Ketten gelegt, mit einem wahnsinnigen, unterdrückten Spähen in den Gesichtern der anderen, das war eine Sache, die im Tiefsten aufrüttelte. Neben ihm verblaßte das Übrige, obgleich fast alle mit liebevollem Verständnis im Werk standen. Vorzüglich in der Maske der trockene Parteisekretär Erich Ottos. Welch einen krassen Fehler beging aber die Regie, indem sie den Schaubudenbesitzer von Hugo Döblin als eine gespenstisch hoffmanneske Figur (an sich glänzend gespielt) geben ließ. Hier ist nur nüchterner Realismus am Platz. Gerade die vollkommene Gleichgültigkeit der Seele ist das Grausige.

Die Berliner Volksbühne verdiente sich Dank mit einer Aufführung von *Allons Paquets* Fahren, einer Folge zahlreicher Szenen, die in knappen Umrissen den berühmten Chicagoer Anarchistenprozeß des Jahres 1886 behandeln, in strenger Sachlichkeit und historischer Treue, nur als eine Art Berichterstattung, oft ungelentk und scheinbar trocken; aber gerade aus diesem bescheidenen Verzicht auf die eigene dichterische Vision bricht, entzündet und entzündend, die sozialistische Idee hervor. Die Regie Erwin Piscators übertrug die Flamme des Stücks in die Aufführung, schuf mit ehrlich schlichten Mitteln eine konzentrierte Atmosphäre, vereinte in den mit Hilfe der Drehbühne sich rasch abwickelnden Szenen Klarheit und Elan. Unter den Mitwirkenden fiel die starke Begabung, Ilse Baerwalds auf, die ein junges Arbeitermädchen, die Geliebte eines der zum Tod verurteilten Führer, sehr innerlich gab. Die Demonstrierung des Handlungsverlaufs mittels Filmplakate erwies sich aber als überflüssig.

Weniger glücklich war an der selben Bühne die Aufführung von *Leonid Andrejew's König Hunger*, unter Fritz Holls Regie. Das Werk, gleich dem Roten Lachen eine schauerlich wahnsinnige Vision, in der Hunger und Empörung wie riesenhafte Schatten der Apokalypse einherrschen müssen, in dem die Revolte von der Verzweiflung, einer Fontäne gleich, emporgeschleudert wird, dies Werk fand in entscheidenden Szenen nur eine matte Wiedergabe, die sich in einen schematischen Expressionismus flüchtete, und der die Fieberglut und seherische Kraft fehlten. Das Stück wirkte darum etwas hirnlisch kalt; um so mehr, als Paul Henckels die Gestalt des Königs Hunger mehr mit einer Technik des Gefühls als mit wirklicher Liebe erfüllte.

Berlin: Deutsches Opernhaus Das Deutsche Opernhaus hat uns in diesem Winter vor allem eine sehr schöne Neueinstudierung der Zaubrerflöte geschenkt. Seit Jahren hatte man keine Aufführung von solchem Feuer und solcher Lebendigkeit erlebt, wie sie hier zustande gebracht wurde. Es war wirklich die Liebe zum Werk in dieser Inszenierung, dessen unvergleichliche Schönheit und Tiefe um so erhabener leuchteten. Chöre und Orchester klangen in Klarheit und Präzision, das Damen- und das Knabenterzett hörte man selten in so reinen Linien und so lebendig wiedergegeben. Die Solisten hatten fast alle Niveau. Die Königin der Nacht, wenn auch von der Vollendung weit entfernt, wurde doch nicht oft in den letzten Jahren gesänglich und darstellerisch so eindringlich gemacht wie von Hanna Bader-Siegert. Die Pamina der Alice Marturell hatte in einzelnen Szenen starken Ausdruck. Jaro Dworsky in strahlender Jünglingerscheinung gab den Tamino beseelt, rein und geistig, in wunderschönem gelösten Klang, eine außergewöhnliche Leistung. Überraschend war der Sarastro Emanuel Lists. Eine machtvolle Baßstimme von einer Satttheit, Breite, Tiefe und Weichheit, wie man sie ganz selten hört (die Große Volksoper verfügt jetzt über den herrlichen ergreifenden Baß Hans Hermann Nissens), mit edler Gesangkunst gepflegt, stand im Dienst einer umfassenden Gestaltung, die vollkommene Menschlichkeit und Güte mit der ehrfurchtweckenden Würde der Erkenntnis in wahrhafter Religiosität verschmolz. Wer die Arie hörte, wird sich einem überströmenden Gefühl des Glaubens an das Gute nicht haben entziehen können. Auch die priesterliche Größe der äußern Erscheinung glich dem Phantasiebild der Gestalt. Es wäre nur zu wünschen, daß die Szene der beiden Geharnischten endlich einmal ersten Sängern, voran einem ersten Tenor, anvertraut würde, damit dieser Gipfelpunkt des Werks richtig aufklänge. Nach der Verniedlichung, die die Zaubrerflöte in der Inszenierung der Staatsoper erfahren hatte, sah man mit Genugtuung hier Kostüme in edlen, fließenden Formen. Nur Paminas Erscheinung war zu realistisch umrissen anzuschauen, es fehlte das silberne Verschwabende der Figur, die gleich sanftem Mondlicht ist. In den zum erstenmal wieder verwandten Schinkelschen Dekorationen begrüßen wir die ruhige, ernste Strenge und Klarheit der Tempelarchitektur, die das weihvoll Hohe der Musik wiedergibt.

Das Traumverlorene und zur Sonne Aufragende aber bleibt sie uns doch schuldig; sie ist da zu schwer, zu farblos, zu irdisch fest. Man wünschte sich zarte, leuchtende Farben, Konturen, die ganz klar sind und doch ins All hinüberfließen, und zuletzt, beim Sonnentempel, ein endloses Emporsteigen ins Licht. Eindrucklos ist das Bild der Feuer- und Wasserprobe, das gar nicht den Charakter des Furchtbaren trägt. Überwältigend dagegen das kosmische Bild der ins Unendliche verlaufenden Sternbögen am dunkelblauen Nachthimmel, unter denen die Königin der Nacht auf ihrer Mondsichel selbst nur wie ein Atom der Unendlichkeit erscheint.

Im übrigen hat das Deutsche Opernhaus in diesem Winter aus der Not seiner ständigen Wirtschafts-, Direktor- und Dirigentenkrise eine Tugend zu machen gewußt, indem es durch zahlreiche bedeutende Gastspiele das Interesse auf sich zog. Man hatte im Lauf der Spielzeit Gelegenheit Weltgrößen wie die Altistin Cahier, die Baritonisten Baklanow und Joseph Schwarz, außerordentliche Künstler wie List, Rode, Marga Dannenberg zu hören. Mehr noch als für diese Sängergastspiele dankt man aber dem Institut, daß es Felix Weingartner und Bruno Walter für eine Anzahl Abende als Dirigenten gewann. Weingartner, den Berlin mehr als 2½ Jahrzehnte nicht mehr am Opernpult erlebt hat, erwie seine unverändert geniale Kraft in der Götterdämmerung, in der fortreißenden Rheinfahrt und dem ergreifenden Trauermarsch. Und die Auf-führung der Aida unter Walter war derart, daß man dieses herrliche Werk, ungezählte Male gehört, doch zum erstenmal richtig zu hören glaubte. Ein Schwung, der faszinierte, eine Innerlichkeit, die erschütterte.

Endlich hat, und dieses ist besonders wichtig, das Deutsche Opernhaus der ersten Pflicht: der gegen das neue Schaffen, zu genügen gesucht. Es hat 3 Novitäten herausgebracht: Rezniceks Holofernes, Puccinis Mantel und Graeners Don Juans letztes Abenteuer. Der Holofernes fand eine hervorragende Wiedergabe. Die Szene der klagenden Juden an der kahlen, fahlblau belichteten Stadt-mauer war voll von der Größe Jahwes, und in dem strotzenden Zelt des Holofernes rauschte die Sinnlichkeit. Prachtvoll das Bild, wie sich über der sterbenden Judith, im Angesicht der am Horizont blutrot aufsteigenden Sonne, die Speere der Krieger senkten. Die Judith gab Marga Dannenberg mit der unbe-

dingten Glut des religiösen Ergriffen-seins, in zwingender Kraft einer Aus-erwählten, mit großen rhythmischen Gesten, trunken hingerissen. Eine bedeutende Darstellerin. Michael Bohnen dagegen macht aus dem Holofernes einen riesigen stierhaften Boxer, nicht den großen, unabhängigen Willensmenschen, bei dem auch die Sinnlichkeit geistige Kraft ist. (Welch andern Geistes war Wegener.) Giacomo Puccinis Mantel, das erste Stück des Triptychons (dessen letztes, der Gianni Schicchi, vor einem Jahr durch die Leitung Stiedrys so prachtvoll lebendig wurde (siehe diese Rundschau, 1923 Seite 323)), ist die Oper der Armen und Gedrückten, deren Leben von der harten Arbeit verschlungen wird, die sich selbst ihre Liebe nur heimlich abstehlen müssen. Über dem Ganzen Pariser Stimmung: die Seine, Volk und Straßendichter, Leierkasten und improvisierter Tanz, die Handlung selbst auf einem Schleppkahn, und im Hintergrund, wie ein Traum, die Türme der Notre Dame. Die Darstellung und Inszenierung des Deutschen Opernhauses war in ihrer Einfachheit eindringlich; Jaro Dworsky, Desidor Zador, Cläre Born gaben mit starkem Gefühl das Menschliche dieser Menschen, die in ihrer Elendigkeit noch gegen einander sein müssen. Auch die Oper Paul Graeners wurde gut wiedergegeben. Namentlich der Giovanni des Robert Burg war eine interessante Leistung. Aber gerade darum enthüllte sie die Grundschwäche dieses Werkes (das in musikalischen Einzelheiten Eindruck macht). Wenn man nach Mozart noch einen Don Juan schreiben will, so muß man ein Neues in diesem großen Menschheitssymbol klarlegen, es nicht aber zu einem kleinen Menschen zurückbiegen. Der alternde Don Juan ist ein Widerspruch in sich. Don Juan hat kein Alter (wir haben es, mit Recht, auch nie glauben wollen, daß d'Andrade irgendeinmal 60 Jahre alt wurde), und er hat auch kein »letztes Abenteuer«. Solange er lebt, zwingt er die Welt, ihr allein gegenüberstehend, alles allein verantwortend. Er wird nie graumeliert in Bart und Empfindung. Wohl sucht er das Letzte, das er nie findet. Aber er liebt nie "unglücklich". Es war das Schlimme für den Komponisten dieser Oper, daß er an einen Vorwurf geriet, der ideell nicht lebensfähig war. Gleichwohl mußte man dieses Schaffen eines ersten Musikers uns zeigen; und es muß anerkannt werden, daß das Deutsche Opernhaus für Berlin diese Verpflichtung gefühlt hat.

Kurze Chronik In Helsingfors wurde am 25. April eine *internationale Theaterausstellung* eröffnet, die von allen wesentlichen Staaten besichtigt war. Die Deutsche Abteilung wurde wieder, wie vor 2 Jahren in London, von dem Berliner Universitätsprofessor Oskar Fischel geleitet. \diamond Yvette Guilbert ist daran gegangen eine *Theaterschule* in Wien zu gründen. Sie will mit ihren Schülern Tourneen durch die Welt unternehmen. Diese französisch-deutsche Kooperation, eingeleitet von der unvergeßlichen "divette Yvette", ist lebhaft zu begrüßen. \diamond Victor Barnowsky, der seit dem Jahr 1913 das *Berliner Lessingtheater* leitete, mußte zu Ende dieser Spielzeit seine Direktortätigkeit dort aufgeben, da der Besitzer des Hauses das Theater den Brüdern Rotter übertragen hat. \diamond Als Nachfolger Zeiß' wurde Clemens Freiherr von und zu Frankenstein zum Generalintendanten der *bayrischen Staatstheater* gewählt. Frankenstein war bereits 1912 bis 1919 Intendant in München. \diamond Interne Konflikte veranlaßten *Leo Blech* von seinem Posten als Generalmusikdirektor des Deutschen Opernhauses in Berlin zurückzutreten. \diamond Wie die beiden anderen Berliner Operninstitute hat auch die Große Volksoper ihre Dirigentenkrise gehabt. Offiziell beigelegt ist auch sie noch nicht. Doch steht schon fest, daß *Eugen Szenkar* die Volksoper verläßt und an die Kölner Oper geht. \diamond Das ist um so bedeutungsvoller, als auch *Fritz Stiedry* Berlin verloren ging. Er wurde, als Nachfolger Weingartners, Direktor der Wiener Volksoper. Stiedry wird dort, nach einer gründlichen Reorganisation des Orchesters und des Ensembles, ein in der Hauptsache der Moderne gewidmetes Programm durchführen. Sein Repertoire enthält Schreckers Fernen Klang, Gals Heilige Ente, Busonis Arlecchino, Bartoks Holzgeschnittenen Prinzen, Strawinskijs Nachtigall, Mussorgskijs Kowatschina, Dvoraks Rusalsna, Werke von Pfitzner, Groß, Janacek, die Einakter Hindemiths. Ferner beabsichtigt er Mozarts Idomeneus und Verdis Don Carlos und Forza del destino herauszubringen. Stiedry begann seine Tätigkeit mit einer musikalischen Neueinstudierung von Tristan und Isolde, die außerordentlichen Eindruck machte. Die Wiener Volksoper dürfte unter seiner Führung ein vom Geist des Neuen getragenes Operninstitut werden. Berlin, das den Künstler nicht zu halten verstand, verlor die umfassendste Individualität unter den Dirigenten.

KULTUR

Kunstgewerbe / Adolf Behne

Städtebau Die Sächsische Arbeitsgemeinschaft der Freien Deutschen Akademie des Städtebaues hat ein Gutachten gegen die Bebauung des Eichplatzes in *Jena* abgegeben, unter dem die Namen Paul Wolff, Emil Högg, Albert Muesmann und Cornelius Gurlitt stehen. Dieses Gutachten ist von einer geradezu peinlichen Oberflächlichkeit und Phrasenhaftigkeit. Der Eichplatz ist überhaupt kein Platz im städtebaulichen Sinn, sondern eine Baustelle, die zufällig leer blieb; bis 1806 war er bebaut, eine Granate brannte den Block nieder. Ihn als eine »Lunge« der Stadt anzusprechen ist lächerlich. Er ist ein staubiges Sandfeld, und genau die Länge von 4 Häusern trennt ihn von der freien Natur. Aus künstlerischen Gründen sollte man ihn wieder bebauen, da seine unmotivierte Leere die sehr sorgfältige und überlegte Vorbereitung des im Zentrum der Stadt liegenden Marktplatzes, der wirklich ein Platz ist, stört. Ich weiß nicht, ob sich die Freie Deutsche Akademie des Städtebaues durch Gutachten dieser Qualität allgemeinen Ansehen erringen wird. Die Deutsche Gesellschaft für Städtebau und Landesplanung trat als Konkurrenz für die Freie Deutsche Akademie ins Leben, und sie scheint in der merkwürdigen Einstellung zu baukünstlerischen Aufgaben weiterhin mit jener konkurrieren zu wollen. Sie findet es bei ihrer Stellungnahme zu der demnächst erscheinenden neuen Bauordnung für *Groß Berlin* mit dem Bund Deutscher Architekten wichtig und richtig, daß »Baukörper, die aus rein architektonischen Gründen ohne wirtschaftliche Mehrausnutzung geplant sind, in den Bürgersteig vorzutreten Berechtigung haben sollen«. Man denkt hier offenbar immer noch mehr an das Verbauen als an das Bauen. Der Österreichische Verband für Siedelungs- und Kleingartenwesen, die Spitzenorganisation für alle österreichischen Siedelungsgenossenschaften, hat auf dem letzten Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie den Beschluß durchgesetzt, daß in allen Gemeinden mit einer proletarischen Mehrheit die gesamte Bautätigkeit nach einem einheitlichen Plan unter Rücksichtnahme auf die Erfordernisse der Arbeiterbevölkerung gestaltet werde. Die erste Verwirklichung findet dieser Beschluß in *Wien*, und wie es bisher den Anschein hat, in einer Weise, die vorbildlich wirken kann. Im Jahr

1905 wurde ein Regulierungsplan für die Erweiterung Wiens aufgestellt, der heute nicht mehr genügt. Er soll durch einen Generalarchitekturplan ergänzt werden, der aber nicht zu verstehen ist als die formalästhetische Ergänzung des praktischen Regulierungsplanes, etwa durch Schaffung von prächtigen Durchblicken, gewaltigen Achsen, nicht als Mittel die Ideale eines Verschönerungsvereins zu verwirklichen, sondern als die von Grund aus einheitliche Gestaltung aller ökonomischen, hygienischen und ästhetischen Notwendigkeiten. Kommt dieser Plan zustande, so darf die Arbeiterbewegung auf eine mustergültige kulturelle Tat hinweisen. Bisher steht die Sache gut. Der genannte Verband hat ein Bureau zur Ausarbeitung der Pläne eingerichtet und unter anderen Peter Behrens, Adolf Loos, Josef Hoffmann, Oscar Strnad und Josef Frank gewonnen. Mit Recht heißt es in einem Aufsatz Otto Neuraths in der Wiener Arbeiterzeitung vom 28. Oktober 1923: Die Stadtarchitektur von Neuwien ist die erste große Gelegenheit für die siegreiche Arbeiterbewegung auf dem Gebiete der künstlerischen Gestaltung entschieden Stellung zu nehmen.«

Die Stadt Prag hat durch Eingemeindungen die Zahl ihrer Einwohner von 400 000 auf 700 000 erhöht. Die Verwaltung hat ein Bauprogramm für die nächsten 50 Jahre aufgestellt, dessen Durchführung 5 Milliarden Kronen erfordert: Zentralbahnhof, Gaswerke, Bebauung des Belvedere mit Staatsgebäuden und Untertunnelung des Belvedere. Die private Bautätigkeit ist ziemlich lebhaft: Bankneubauten und Aufstockungen, Miethausgruppen und Fabriken. Einen guten Einblick in die Arbeit der jungen Prager Architekten gibt neben ihrer ausgezeichneten Zeitschrift Stavba auch der Almanach Zivot, der von Karl Teige redigiert wird.

Die Gemeinde Spalato in Jugoslawien hat einen internationalen Ideenwettbewerb Groß Spalato ausgeschrieben. Es soll hier einer der größten Mittelmeerbahnen geschaffen werden. Im Preisgericht (2 Architekten, 2 Ingenieure, 1 Hygieniker) ist ein Platz einem deutschen Städtebauer zugesichert.

Die Verlegung der türkischen Regierung von Konstantinopel nach Angora hat die Wohnungsnot in Konstantinopel gemildert, in Angora erhöht. Für den Fall, daß Angora die Hauptstadt bleibt, würde dort eine umfangreiche Bautätigkeit, für neue Regierungs-, Gesandtschafts- usw. Gebäude, beginnen müssen. Mit der Er-

richtung eines Parlamentsgebäudes ist bereits angefangen worden.

Abbildungen nach Bauten, die die Baugilde Palästina in letzter Zeit in Haifa, Tell Awiw, Jaffa und anderen Orten errichtet hat, bringt die Soziale Bauwirtschaft vom 25. Oktober 1923. Die Baugilde Palästina ist heute der größte Baubetrieb des Landes und hat in den Jahren 1921 bis 1923 10 Bauten für die Regierung, 357 Wohnbauten, 6 Fabriken und 195 Bauten in landwirtschaftlichen Betrieben, außerdem zahlreiche Straßenanlagen ausgeführt. 4000 Mitarbeiter wurden durch die Baugilde ausgebildet und beschäftigt.

Im Januar dieses Jahres legte der Emir von Afghanistan feierlich den Grundstein zum Bau einer neuen Hauptstadt für das Land, die den Namen Dar ul Aman tragen soll. In der Begleitrede begründete der Emir die Aufrichtung einer neuen Hauptstadt mit der neuerdings ganz veränderten Stellung Afghanistans im Weltverkehr, das jetzt mit den meisten Staaten in Beziehung stehe; die Hauptstadt müsse in ihrer Anlage dem Rechnung tragen.

Bei dem Erdbeben in Japan sollen sich am besten Häuser aus Stahlgerüst bis zu 4 Stockwerken bewährt haben. Auch das von Frank Lloyd Wright erbaute Imperialhotel (Eisenbeton) soll den Stößen gut widerstanden haben. Für den Wiederaufbau Tokyos, der wahrscheinlich am alten Platz erfolgt (während es fraglich ist, ob man als Haupthafen wieder Yokohama aufbauen wird), ist Charles Beard aus Washington berufen, der bei dem Wiederaufbau San Franciscos wertvolle städtebauliche Erfahrungen gesammelt hat. Charakteristisch für die Einstellung weiter Kreise zum Wiederaufbauproblem in Japan ist folgende japanische Presseäußerung: »Das Erdbeben ist der Preis, den Japan für eine neue Hauptstadt, für einen neuen Hafen zahlen mußte. Wenn man vernünftig ist, wird man einsehen, daß es dieser furchtbaren Zerstörung bedurfte, um in einer schmerzreichen Geburt den Aufbau einer wundervollen neuen Stadt zu erzwingen.«

Durch die neue Zonenbauordnung in New York ist die Gebäudehöhe im Herzen des Manhattanbezirks auf das Doppelte der Straßenbreite beschränkt (Maximum 91½ Meter). Höhere Geschosse werden nur zugelassen, wenn sie im Lichtwinkel zurückgesetzt sind. In der nächsten Staffel ist das Maximum der Gebäudehöhe 46, weiterhin 38, 24 und 11 Meter. Bereits 193 Städte Nordame-

rikas haben ähnliche Staffelbauordnungen eingeführt. Mehr und mehr wirkt sich ja die Zusammendrängung von Hochhäusern auf engem Raum als Erschwerung des Verkehrs in den Straßen aus. Der englische Städtebauer Raymond Unwin hat in einem, auch in Berlin gehaltenen Vortrag eben diese Verkehrsschwierigkeiten sehr interessant behandelt. Bei einer Panik in New York, die etwa alle Insassen der Hochhäuser gleichzeitig auf die Straßen triebe, wäre eine Katastrophe unvermeidlich, da zum Beispiel der Exchangeplatz nur 38 % der auf ihn strömenden Massen aufnehmen könnte. Entließe das Wolworthgebäude seine 14 000 Insassen gleichzeitig, so würden die rund 1400 Automobile seiner Angestellten die gesamte Straßenbreite in einer Länge von $1\frac{1}{2}$ Kilometer beanspruchen. Aus solchen und anderen Gründen kommt Unwin zu strikter Ablehnung einer Erhöhung der Gebäude in den noch wesentlich engeren Straßen Londons (bisheriges Maximum 24 Meter) und zur Forderung weiträumigen Flachbaus. An Unwins Vortrag im Institute of Architects in London schloß sich eine Diskussion, in der Charles Conway ausführte: »Niemand will in London Hochhäuser so dicht bei einander errichten, daß sie sich gegenseitig Licht und Luft wegnehmen. Brächte man aber die dichten Volksmassen in den 3geschossigen Häusern des Ostens in einigen Turmhäusern unter, so wohnten sie besser und gesünder als heute, und drei Viertel des Geländes könnten als Freiflächen ausgenutzt werden.« Die Schwierigkeiten des Straßenverkehrs haben neuerdings in New York zu einem System von Lichtsignaltürmen geführt und den Plan auftauchen lassen die Straßen 3geschossig anzulegen respektive umzubauen. Das jetzige Niveau soll danach für Automobile reserviert bleiben, für Fußgänger wird ein erhöhter Gang geschaffen, die Straßenbahnen fahren unter der Erde.

Baukultur Es scheint, als ob die Bautätigkeit endlich doch in Fluß kommt. Aus dem Nachweis der Bauvorhaben in der Bauwelt ergibt sich folgendes Bild:

Zeitpunkt	Wohnbauten	Fabrikbauten
November 1923	296	183
Dezember 1923	308	139
Januar 1924	687	214
Februar 1924	675	153
1. bis 20. März 1924	900	452

Wettbewerbe wurden durchgeführt für ein Bureau- und Geschäftshochhaus Bör-

senhof in Königsberg, für die Bebauung des Nollendorfplatzes in Berlin, für einen Bebauungsplan Neu Westend und sind zurzeit noch offen für Messebauten in Frankfurt am Main und für eine interessante, von der Bauwelt gestellte Aufgabe: die Neugestaltung der Wohnung. Die Ergebnisse des Königsberger Wettbewerbs veröffentlichte H. de Fries in den Wasmuthschen Monatsheften für Baukunst. Vergleicht man die preisgekrönten mit einigen der durchgefallenen Arbeiten (von Adolf Rading, Max Luz, Hans Söder, Mart Stam Walthausen, Hans Scharoun), so muß man das harte Urteil de Fries' durchaus unterschreiben, »daß eine größere Zahl von Arbeiten von wirklichem Rang sich nicht ihrer Bedeutung entsprechend aus der Masse der Vielzuvielel herauszuheben vermochte, einfach unter den Tisch fiel, weil das Niveau des Preisgerichts dem ideellen Gehalt dieser Arbeiten nicht gewachsen war«. Preisgekrönt wurden akademische Fassaden. Der 1. Preis ist eine glatte Blamage des Preisgerichts, das man als eine Art Wettbewerb der Urteilslosigkeit bezeichnen kann. Im Wettbewerb Neu Westend fiel der 1. Preis an Otto Salvisberg; im Wettbewerb Nollendorfplatz fielen die beiden 2. Preise an Karl Nitschke und Wilhelm Bünz. Die gesündesten Vorschläge schienen mir die zu sein, die Mies van der Rohe und ein unter dem Kennwort Reklame arbeitender Verfasser einreichten. Sie sind der hier ganz unmöglichen monumentalen Lösung aus dem Weg gegangen.

2 sehr bemerkenswerte Neubauten in Berlin sind zu nennen. An dem neuen *Gewerkschaftshaus*, dem Verwaltungsgebäude für den Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund, an der Inselbrücke, hat sich Max Taut zu einem vortrefflichen Architekten entwickelt. Nur noch wenige Teile zeigen Willkürlichkeiten, unnötige, nicht architektonisch empfundene Interessantheiten. Deutlich erkennt man im Ganzen die Tendenz zur größten Bestimmtheit und Eindeutigkeit, zum Raum, zur Architektur. Die Kassensäle im Erdgeschoß und die Treppenhalle rechnen zum Besten, was in letzter Zeit in Berlin gebaut wurde. Sehr gut wirkt die Behandlung der Materialien. An Erich Mendelsohns Aufstockung auf der Cremer- und Wolfensteinischen Sandsteinfassade des *Mossehauses* in der Jerusalemerstraße erfreut die unsentimentale Bravour, die das Alte ohne jeden Versuch einer Modernisierung stehen läßt, zwischen alt und neu einen markanten Trennungsstrich zieht und das

Neue kompromißlos aus dem Gefühl der eigenen Zeit durchführt. Auch hier hat sich der Architekt an der über einige Jahre gehenden Arbeit zu größerer Ruhe und Einfachheit entwickelt. Das Arbeitszimmer Mosses ist von ausgezeichneter räumlicher Einheit. Mit den ihm besonders nahen Problemen des Dynamischen, der Bewegung, der Funktion (obere Fensterreihen des Mossehauses) hat sich Mendelsohn in einem sehr bedachten Sinn neuerdings in einem Vortrag über die Einheit des Bagedankens in Europa auseinandergesetzt. Er hielt ihn im Wendigenkreis in Amsterdam. Es ist durchaus charakteristisch, daß sich Mendelsohn sehr zu der Amsterdamer Schule hingezogen fühlt. Eine gewisse Verwandtschaft mit Michel de Klerk, über Olbrich, ist sicherlich gegeben. Seit seiner ersten Ausstellung bei Cassirer hat sich Mendelsohn über den Einsteinturm, das Haus am Karolingerplatz, die Fabrik in Luckenwalde, das Geschäftshaus in Gleiwitz und die Projekte für Palästina aus eigener Kraft frei entwickelt.

Auf dem Ballhausplatz in Wien wird ein großes *Bankhaus* gebaut. Der Bauherr mußte sich verpflichten außer der Zahlung von 6½ Milliarden Kronen für den Bauplatz noch die Errichtung eines Kriegsarchivgebäudes aus eigenen Mitteln zu leisten. Das Stadtbauamt hatte einen Wettbewerb ausgeschrieben für neue Mietshäuser. Den 1. Preis erhielt Krist, den 2. Hubert Geßner, den 3. Wohlmayr und Hanschka.

Von den Architekten Arneberg und Poulsen soll in *Kristiania* am Hafen ein neues *Rathaus* gebaut werden. Der Plan zeigt eine reichlich repräsentative Anlage mit Campanile, Teichen, Kolonnaden, Brunnenfiguren, Lanzenreitern usw., vielleicht nicht ohne Geschmack, doch viel zu gedrängt und von einer pseudo-modernen Gesamthaltung.

Reklame In der Akademie der Künste in London hielt der Prinz von Wales einen Vortrag über Kunst in der Reklame. Die Reklame könne als eine Art Bildermuseum für das große Publikum der Straße angesehen werden. Für viele Menschen sei das Reklamebild die erste und einzige Kunstäußerung, die ihnen zu Gesicht komme. Deshalb sei die Reklame auch als ein Mittel anzusehen die Liebe zur Bildkunst, die in jedem Menschen schlummere, zu wecken.

Am 4. April wurde im Palais für Volksfleiß in Amsterdam eine internationale Reklameausstellung eröffnet. Die künst-

lerische Gestaltung leitet der Architekt H. Th. Wijdeveld. Die Ausstellung zeigt möglichst viele Reklambetriebe bei der Arbeit und ist mit einem Wettbewerb für Schaufensterdekorationen und Lichtreklamen verbunden.

Durch eine außerordentlich geschmackvolle Haltung zeichnen sich die einheitlich durchgeführten ganzseitigen *Inserate* im *Esprit Nouveau* aus. Sie verraten deutlich den Geschmack der Puristen Ozenfant und Jeanneret. In der Benutzung klar herausgestellter, den Gegenstand markant vorführender Klischees haben die Zeichner dieser *Inserate* viel von den Amerikanern gelernt, doch gehen sie weiter in der typographischen Sauberkeit und Bestimmtheit. Gegenüber dem Naturalismus auch des "konstruktiven" amerikanischen *Inserats* finden wir hier eine bis ins letzte durchgebildete Abstraktion bei aller Gegenständlichkeit. Charakteristisch ist in diesem Sinn die nicht seltene Verwendung großer Frakturtypen, charakteristisch auch die Verwendung einer farbig gedruckten Fläche mit Millimeterraster, in die das Klischee gedruckt wird, mit dem Erfolg einer pikanten Durchdringung von Gegenständlichkeit und Abstraktion. Die Pariser Zeitung *Le Quotidien* bringt eine neue Ordnung der *Inserate*, die sie nach Branchen zusammengefaßt unter deutlichen Stichworten (zum Beispiel *Mode*, *Haushalt*) um kleine Fachaufsätze auf je einer Seite gruppiert. Weiter noch in der fachlichen und geschmacklichen Vereinheitlichung der *Inserate* geht der Rotterdamer *Maasbode*, der die Seite in gleich große Felder teilt, in der Regel 9, und nicht nur die Zeichnungen sondern auch die Texte einheitlich durchbildet, jene durch Collette, diese durch den Leiter seiner Annoncenabteilung H. Conijn. Auch hier finden wir Stichwortüberschriften (zum Beispiel *Für die Hausfrauen*), mit mehr oder minder witzigen Zeichnungen. Es scheint, als käme in den *Inseratenteil* der Zeitungen eher Übersicht und Ordnung als in den redaktionellen.

Der interessanteste Schaufensterdekorateur, Typograph und Plakatist ist Alexander Rodzenko, dessen *Plakate* für die Luftverkehrsgesellschaft *Dobrolet* eine prägnante Einfachheit, Klarheit und Allgemeinverständlichkeit haben. Rodzenko will aus dem Plakat jedes unsachliche Kunstelement strikte verbannt sehen. Seine Plakate versuchen keineswegs sich durch Originalität von der üblichen Affiche zu unterscheiden sondern die in dieser liegenden Möglichkeiten bewußter,

klarer, erfolgreicher zu gestalten. Seine Ideen sind absolut unkompliziert, nahelegend, ungesucht, seine Blätter fallen unter anderen Affichen nicht als eine besondere künstlerische Klasse auf, nutzen aber gleichwohl alle Erfahrungen der neuen Kunst.

Es häufen sich jetzt auch die Untersuchungen über das Wesen der Reklame, sowohl in Zeitschriften wie in selbständigen Publikationen. Hermann Behrmann gibt unter dem Titel Reklame im Industrieverlag Spaeth & Linde in Berlin ein kenntnisreiches knappes Handbuch heraus, mit dem Ziel »zum Sinn der Reklame vorzudringen, in ihren mannigfachen Erscheinungs- und Anwendungsförmern das Grundsätzliche herauszufinden«. Die Abschnitte des Buches sind: Wesen der Reklame, Das Werkzeug, Werbeplan, Werbemittel und Recht der Reklame. Behrmann ist, wie die Auswertung der Abbildungen beweist, künstlerisch stark auf Lucian Bernhard eingestellt; die neuere, mit Deffke beginnende Werbekunst kommt zu kurz. Das Märzheft des Deutschen Buch- und Steindruckers ist der Kunst in der Reklame gewidmet und bringt in der Hauptsache Arbeiten von Deffke, Burchartz, Dixel, Fischer, Schlemmer und anderen. Eine neue Monatsschrift für das gesamte Werbewesen erscheint unter dem Titel Reklamepraxis in Bern. Sie sagt »den Auswüchsen der Reklame, insbesondere der Schändung der Landschaft und historischen Stätten, ferner gewissen Unternehmern, die durch angeblich glänzende Reklamegelegenheiten die Geschäftswelt schädigen, den rücksichtslosesten Kampf an«. Das 1. Heft, eingeleitet durch Victor Mataja, bringt einen ausgezeichneten Beitrag Christian Kupferbergs Die Einführung eines neuen Massenartikels.

Totenliste Am 17. April 1923 starb *Jan Kotera*, der am 18. Dezember 1871 in Brünn geboren wurde. Er darf als Führer der jüngeren tschechischen Architekten angesehen werden. Von 1894 bis 1897 war Kotera Schüler Otto Wagners in Wien, in den letzten Jahren wirkte er als Lehrer an der Akademie der Künste in Prag. Die Ausführung seines letzten Projekts, des juristischen Auditoriums für die Hochschule Prag hat Kotera nicht mehr erlebt. Als seine besten Werke gelten das Museum in Königgrätz und der Umbau des Schlosses Radbor. Die holländische Baukunst hat innerhalb weniger Monate des Jahres 1923 einige ihrer Besten aus dem Kreis Architectura

et amicitia verloren: Im Juli starb *Guillaume Frédéric La Croix*. Zu den Versuchen der jüngeren Amsterdamer Schule große Mietshausblocks einheitlich zu gestalten trug La Croix seinen Anteil mit dem Block in der Bellamy Straat bei, an dem diejenigen Teile gut sind, die sich von aller Dekoration freihalten.

Ging La Croix den Weg der Amsterdamer mit, so war *Michel de Klerk*, der am 24. November, an seinem 31. Geburtstag, plötzlich starb, trotz seiner Jugend der anerkannte und betrauerte Führer. In einem Nachruf auf ihn schrieb Berlage: »In der letzten Zeit haben wir alle dorthin geblickt, wo nach dem Schiffahrtshaus van der Meys und den Brücken Kramers die großen Häuserblocks de Klerks zu sehen waren, mit denen dieser Architekt begann einem neuen Stadtteile Form zu geben . . . Dieser bescheidene Mensch, den eigentlich nur die Amsterdamer Künstler persönlich kannten, war tatsächlich die große Figur der Amsterdamer Richtung, das Zentrum, von dem aus diese ihre Entwicklung genommen hat.«

Sein Lehrer *K. P. C. de Bazel*, der auch sein Werk im 2. Jahrgang des *Wendungen* gewürdigt hat, starb auf dem Weg zur Beerdigung dieses seines Schülers. Von de Bazels Arbeiten seien ein Verwaltungsgebäude in Arnheim und ein Landhaus in Bussum genannt, Arbeiten, die gegenüber der Romantik de Klerks fast akademisch erscheinen. Sein Wohnhausblock am Beuningenplein in Amsterdam stellt etwa den Übergang von Berlages zerrissener Fronten zu denen der jüngeren Amsterdamer, mehr fast noch zu den Miethausblocks des Rotterdammers I. I. P. Oud dar.

Am 28. Dezember starb *Gustave Eiffel*, der Konstrukteur des nach ihm benannten Eiffelturms in Paris, des höchsten Bauwerks der Erde, das zu einem der stolzesten Symbole menschlicher Kühnheit geworden ist (siehe die Rundschau Technik, in diesem Band Seite 68). Eiffel wurde 1832 in Dijon geboren. Seit 1858 war er für die Konstruktion eiserner Brücken tätig, unter denen namentlich der Viadukt Garabit bemerkenswert ist.

Kurze Chronik Im Zusammenhang mit den lange dort bestehenden Fabrikräumen der früher Königlichen, jetzt Staatlichen Berliner Porzellanmanufaktur in Berlin wurde ein *Keramisches Museum* des Instituts eröffnet. ◊ Die Histadruth Haowdim, die jüdische Arbeiterorganisation in Palästina, soll im Auftrag der Regie-

zung die während des Krieges zerstörte historische *Brücke zwischen Palästina und Syrien* wiederaufbauen. Die Regierung zahlt ihr dafür 500 Pfund Sterling. \diamond Im Krieg wurden von österreichischem Militär die *goldenen Schlüssel* der Stadt Lyon erbeutet und nach Wien gebracht. Die Schlüssel, nach einem Entwurf Chinards von einem Lyoner Goldschmied gearbeitet und mit zahlreichen Bildern geschmückt, sind ein Meisterwerk der Goldschmiedekunst. Am 29. Januar hat der österreichische Gesandte in Paris dem Bürgermeister von Lyon mitgeteilt, daß die Schlüssel zurückgegeben werden würden. \diamond Ungefähr gleichzeitig sind Ludwig Hoffmann in Berlin und Bruno Taut in Magdeburg von ihrem Amt als *Stadtbaurat* zurückgetreten. Hoffmann als 72jähriger, Taut als 45jähriger. Hoffmann wird auf Beschluß der Stadtverordneten, leider, in neuer Eigenschaft als Stadtkunstwart weiterhin seinen Einfluß auf die Berliner Bautätigkeit ausüben, Taut tritt in die Privatpraxis zurück. Hoffmann hat die Architekturentwicklung Berlins sehr nachhaltig beeinflusst, Tauts Amtsführung in Magdeburg blieb Episode. Schade, daß Hoffmann, dessen dekorative Auffassung wir bekämpfen müssen, in der Verhinderung des Neuen so sehr viel mehr Zähigkeit und Beharrlichkeit aufbringt als Bruno Taut in der Durchsetzung des Neuen.

Literatur

Von bleibendem Wert ist der Band *Ingenieurbauten* in ihrer guten Gestaltung, herausgegeben von Werner Lindner und Georg Steinmetz auf Anregung des Deutschen Werkbundes und des Vereins deutscher Ingenieure /Berlin, Ernst Wasmuth/. Ein ausgezeichnet durchgearbeitetes Werk, das nicht nur durch sein unvergleichliches Bildermaterial sondern auch durch seinen Text eine starke gute Wirkung ausüben wird, keines der üblichen schnell zusammengetragenen Bilderbücher. \diamond Der Leiter des jetzt parteipolitisch so heftig umstrittenen Staatlichen Bauhauses in Weimar, *Walter Gropius*, zurzeit mit Plänen für ein Philosophenhaus beschäftigt, das als Stiftung ausländischer Universitäten in Erlangen entsteht, legt 2 Bücher vor, die in sein Wirken Einblick geben. Bauten *Walter Gropius'* mit Adolf Meyer /Berlin, Ernst Wasmuth/ läßt uns vom Bureauhaus der Kölner Ausstellung 1914 an bis zu den letzten Industrie- und Landhausbauten diese in der vordersten Linie stehenden Baukünstler verfolgen. Das

Heft ist typographisch sehr erfreulich, bis auf das Kokettieren mit dem roten Quadrat auf dem Umschlag. Auch die Publikation Staatliches Bauhaus in Weimar 1919 bis 1923, München, Bauhausverlag' bemüht sich um vorbildliche Typographie, ohne vollständig zu überzeugen. Der Band enthält programmatische Beiträge von Gropius und seinen Mitarbeitern Kandinskij, Schlemmer, Moholy, Klee und in reicher Fülle und in technisch hervorragender, zum Teil farbiger Wiedergabe Arbeiten der Lehrer und Schüler. \diamond In *Oskar Fischels* umfangreichem Buch *Das moderne Bühnenbild* Berlin, Ernst Wasmuth fehlen leider die Tschechen ganz und desgleichen die Holländer (Wijdeveld, Frits Lensvelt, Hermann Rosse), die Amerikaner (Sam Hume), es fehlen bis auf geringste unwesentliche Proben die Franzosen und die Russen. Was das Buch enthält, ist in der Hauptsache das dekorativ malerische Bühnenbild der Stern, Keiser, Orlik. Die wichtigsten neuen Versuche sind nur durch ein paar zufällig herausgegriffene Arbeiten von Altmann, Strnad, Tschelitschew und Schlemmer repräsentiert. Was die Buchgestaltung angeht, so ist schwer einzusehen, warum ein Buch, in dem von allen Abbildungen zwei Drittel Querformat haben, in Hochformat gebunden wird, warum die Farbtafeln zwar eine Ziffer, aber keine Unterschrift tragen, und warum in so vielen Fällen eine Angabe fehlt, für welches Theater das Bühnenbild geschaffen wurde. \diamond Die von Walter Curt Behrendt mit Umsicht redigierte *Volkswohnung* erscheint in ihrem 6. Jahrgang als *Der Neubau*, in größerem Format Berlin, Ernst Wilhelm & Sohn'. Das 1. Heft bringt Poelzigs Verwaltungsgebäude in Hannover, das eine arge Enttäuschung ist, und Gellhorn-Knauthes Pläne für eine Silberhütte im Südharz, die erfreulich wirken.

EINZELNES

Aus der Zeit

Zucker † Der Tod Gertrud Zuckers ist hier in der Rundschau *Kommunalsozialismus* (in diesem Band Seite 187) mitgeteilt worden. Aber die, in einer aufgeregten Zeit, in aller Stille dahinging, verdient ein weiteres Wort des Gedenkens. Denn sie war eine unserer Besten, ihr Wirken ist daher mit dem Abschluß ihres Lebens nicht abgeschlossen. Ihr Tätigkeitsgebiet hat sich aus kleinen Anfängen heraus zu einer der größten, unentbehrlichsten Auf-

gaben der Kommune ausgewachsen. Die öffentliche Arbeitsvermittlung ist mit durch Gertrud Zuckers vorbildliche Leistung qualitativ immer mehr erweitert und vertieft worden. Neue Arbeitszweige, wie die Berufsberatung, die Arbeitsbeschaffung und die Erwerbslosenfürsorge, hat Zucker mit schöpferischem Geist immer mit zuerst erfaßt, den wechselnden Verhältnissen des Arbeitsmarkts angepaßt und immer vollkommener zu entwickeln versucht. Sie hat wesentlich geholfen die Stellung und Bedeutung des öffentlichen Arbeitsnachweises herauszuarbeiten und zu festigen, so daß er, den sie noch als Zweig der Armenverwaltung kennen lernte, in der Zeit des völligen wirtschaftlichen Chaos zu dem wirtschaftlich und sozial gleich unentbehrlichen Faktor zur Regelung des Arbeitsmarkts werden konnte.

Zweierlei hat man den Frauen immer absprechen wollen: daß sie neue Wege bahnen könnten, und daß sie sich einer abstrakten Aufgabe ohne persönliche Beziehungen ganz und gar hingeben könnten. Das danken wir Gertrud Zucker, daß ihr diese beiden Mängel, die den Frauen nachgesagt werden (in der Mehrzahl der Fälle nicht mit Unrecht, wie zugegeben sei), fremd waren, und daß sie dennoch ihrem öffentlichen Wirken eine besondere weibliche Note zu geben verstand, daß sie weibliche Weichheit mit sachlichem Denken zu vereinen wußte. War es Zufall, war es Bestimmung, was Gertrud Zucker den Weg wies, den sie ohne Abirring, in immer größere Aufgaben wie von selbst hineinwachsend, bis zu ihrem Tod verfolgte? Gertrud Zucker verlor in früher Jugend ihre Mutter und wurde, selbst noch jung, die Erzieherin ihrer jüngeren Geschwister, die wie an einer Mutter an ihr hingen, und deren verehrte Beraterin sie auch im spätern Leben blieb. Ihr Vater heiratete dann in 2. Ehe die Leiterin eines bekannten großen privaten Stellenvermittlungsbureaus Johanna Simmel. Hier gewann Gertrud Zucker als junges Mädchen Einblick in die Schwächen der privaten Vermittlung, und hier erfaßte sie der Gedanke der öffentlichen Arbeitsnachweise, dessen Siegeszug sie von Anfang an mit erleben durfte, bis zu dem erst jüngst durchgeführten Arbeitsnachweisgesetz. Sie selbst hat noch die praktische Durchführung dieses Gesetzes an der schwierigsten Stelle, in Groß Berlin, einleiten und überwachen können. Der Stadtrat Brühl, der sie in ihrer Tätigkeit kennen und hochschätzen gelernt hatte, hatte sie in das Landesarbeitsamt berufen. In die

leider nur verhältnismäßig kurze Zeit, die es ihr vergönnt war an dieser verantwortungsvollen Stelle zu wirken, fiel die durch die wirtschaftliche Krise bedingte schwere Arbeitslosigkeit. Ich hatte im engen persönlichen Verkehr Gelegenheit zu beobachten, wie sie in unermüdlicher Tätigkeit Mittel zu deren Bekämpfung ausfindig zu machen suchte, wie sie versuchte neue Berufe denen zu erschließen, die in ihren früheren Berufen ein Unterkommen nicht mehr finden konnten, und wie sie so den ursprünglichen Arbeitsnachweis zu etwas ganz anderm gestaltete: nämlich zu der Stätte, wo die Arbeitsmöglichkeit erst geschaffen wurde. Wie sie dadurch Tausenden von Menschen wieder eine Lebensmöglichkeit gegeben hat, ist in der Öffentlichkeit kaum bekannt genug. Ihr letzter Gedanke waren ihre Schutzbefohlenen. Sie starb mitten in der Arbeit nach nur 3tägiger schwerer Krankheit. Auf ihrem Totenbett sagte sie zu ihrem Bruder: »Ich habe solche Angst um die Erwerbslosen.«

In jeder Frau lebt wohl der Muttertrieb. Gertrud Zucker hat mir selbst angedeutet, wie sie darunter gelitten hatte, daß ihr die Mutterschaft versagt war. Aber wenn andere Frauen ihre mütterlichen Gefühle durch Wohltun und Betreuung an einzelnen Bedürftigen auszuleben suchen, wurde sie die Fürsorgerin Tausender, die sie nicht kannte, und die ihre Wohltäterin nicht kannten. Ihre Hilfsbereitschaft setzte sich in organisatorische Ideen um, deren Durchführung sie gegen zahlreiche Widerstände zu erringen verstand. Man hat es ihr nicht leicht gemacht an einer leitenden Stelle Männern in gewisser Weise übergeordnet zu sein; aber ihr klarer Verstand und ihre persönliche Liebenswürdigkeit besiegten die Schwierigkeiten. Erst wenn viele ihr ebenbürtige Frauen im öffentlichen Leben tätig sein werden, werden die Frauen wirklich die Gleichberechtigung errungen haben, die heute noch mehr oder weniger nur auf dem Papier steht.

Neben ihrer ausgedehnten amtlichen Wirksamkeit hat Zucker immer noch Zeit gefunden sich allen den Menschen zu widmen, die sich persönlich um Rat und Hilfe an sie wendeten; und ihrer waren sehr viele. Den Sozialismus (sie war seit ihrer Jugend Sozialdemokratin) hat sie nicht im Munde geführt; er durchdrang ihr Leben, er war ihr wahres Sein.

Allen Frauen wird sie ein Vorbild bleiben, in der Art, wie sie nüchterne Arbeit mit Verantwortungsbewußtsein und Mitgefühl leistete.

Martha Wygodzinski